# SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Cl Hg M Bl Tbl

DIENSTAG, DEN 13. MAI 1947 VERLAG UND SCHRIFTLEITUNG: TÜBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 58


## Keine Aenderung des Regierungskurses

**Präsident Auriol in Orleans / Streik der Arbeiter der Renaultwerke beigelegt / Finanzminister Schumann zum Haushalt**

PARIS. Die erste Regierungshandlung des französischen Ministerpräsidenten Ramadier nach Umbildung seines Kabinetts bestand in der Vorstellung der neuen Mitglieder seiner Regierung beim Präsidenten der französischen Republik, Vincent Auriol. In der Regierung sind nunmehr die Sozialisten mit 12, die republikanische Volksbewegung mit 6, die Vereinigung der Linksparteien mit 5 und die Unabhängigen mit 2 Mitgliedern vertreten. Der Ministerpräsident stellte in diesem Zusammenhang fest, daß sowohl außenpolitisch wie innenpolitisch keine Aenderung in der Haltung der Regierung eintreten werde.

Die kommunistische Partei Frankreichs hat ihrerseits bekanntgegeben, daß sie nicht beabsichtige, in eine systematische Opposition zu treten, sondern vielmehr ihren Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse und des Zusammenschluß aller Republikaner fortzusetzen gedenke. Die sozialistische Partei beschloß, der Regierung die weitere Durchführung ihrer Aufgabe zu ermöglichen, die republikanische Volksbewegung (MRP.) gab ihrer Genugtuung Ausdruck, Ministerpräsident Ramadier das von Léon Blum eingeleitete Werk der finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung fortsetzen zu sehen, die Fraktion der Vereinigung der Linksparteien beschloß, auch weiterhin mit der Regierung Ramadier, und zwar ohne jeglichen Vorbehalt, zusammenzuarbeiten. Danach scheint der Start der umgebildeten Regierung Ramadier günstig zu verlaufen.

Nachdem in Frankreich in der letzten Woche Streiks ausgebrochen waren, ist nunmehr in dieser Hinsicht eine wesentliche Wandlung eingetreten. Die Arbeiter der Renaultwerke haben mit 12 075 gegen 6 866 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Der Minister für Arbeit und soziale Fürsorge gab danach bekannt, daß die Arbeit unter folgenden Bedingungen wieder aufgenommen wird:

Erhöhung der Leistungsprämie um 3 Fr. bei entsprechender Produktionserhöhung, ohne rückwirkende Kraft und ohne Bezahlung der Streiktage.

Der Minister erklärte: „Ich verberge Ihnen nicht meine Genugtuung über das Verständnis der Arbeiterschaft. Das Abkommen, das auf diese Weise durch eine Massenabstimmung gebilligt wurde, paßt sich genauestens den allgemeinen Richtlinien der Wirtschaftspolitik an, die die Regierung auch weiterhin zu verfolgen gedenkt."

ORLEANS. Anläßlich der Feierlichkeiten, die die Stadt Orleans zum Gedächtnis ihrer Befreiung durch Jeanne d'Arc und in Erinnerung an den zweiten Jahrestag des alliierten Sieges im zweiten Weltkrieg veranstaltete, hielt der Präsident der französischen Republik, Vincent Auriol, eine Rede, in der er über die Zukunft Frankreichs sagte:

„Noch ist die Befreiung nicht vollkommen, noch sind wir nicht wieder ganz aus der Tiefe emporgestiegen. Es ist meine Pflicht, heute an dieser Stelle zu sagen, daß wir immer noch alles verlieren können. Jeder einzelne muß begreifen, daß nach diesem Krieg für lange Jahre der Lebensstandard — völlig unabhängig von der Art des gerade vorherrschenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Regimes — nicht der gleiche sein kann, wie er es in den glücklichen Zeiten vor 1914 oder auch noch in den Jahren, die vor 1939 lagen, war.

Noch ist nichts entschieden, noch sind wir weit davon entfernt, sagen zu können, daß endgültig alles gerettet ist, und doch bedarf es nur einiger Zivilcourage, Solidarität, Beharrlichkeit und etwas Mut. Solange die Welt nicht wieder ihre politische und ihre wirtschaftliche Stabilität gefunden hat, wird auch unser Land nicht in Ordnung sein können. Deshalb muß jeder seinen Beitrag zur gemeinsamen Wiedergesundung leisten.

Weder ein Einzelner, noch eine soziale Schicht, noch irgendeine Klasse darf sich einbilden, daß sie eigene Interessen und eigene Privilegien aus egoistischen Beweggründen heraus verfolgen und erhalten kann. Es gibt keinen Egoismus mehr, der für irgend jemand von Nutzen sein könnte."

PARIS. Der französische Finanzminister Robert Schumann gab vor der Finanzkommission der französischen Nationalversammlung in der vergangenen Woche eine ausführliche Erklärung zum Staatshaushalt ab. Danach belaufen sich die Ausgaben des ordentlichen Haushalts auf insgesamt 612 Milliarden Franc für das gesamte Finanzjahr. Die Einnahmen werden auf 590 Milliarden Franc geschätzt. Das Defizit soll durch Herabsetzung der Ausgaben verschiedener Ministerien ausgeglichen werden. Insgesamt will man dadurch 22 Milliarden Fr. einsparen.

Schumann teilte mit, daß die Regierung beschlossen habe, das Militärbudget auf 180 Milliarden Fr. festzusetzen. Von der Beamtenentlassungsaktion werden insgesamt 50 000 Personen betroffen. Es seien jedoch in Zukunft noch rigorosere Sparmaßnahmen in dieser Hinsicht erforderlich. Vor allem wolle man überflüssige Verwaltungsstellen ganz aufheben. Die Subventionen für die Wirtschaft beliefen sich immer noch auf insgesamt 59 Milliarden Fr. trotz aller Bemühungen, sie nach und nach zum Verschwinden zu bringen.

Der französische Kriegsminister Paul Coste-Floret erklärte nach seiner Rückkehr aus Indochina, Frankreich habe in Vietnam militärische Erfolge erzielt. Nicht eine einzige französische Garnison sei eingeschlossen, alle Straßen von der Kontrolle und die Städte von vietnamesischen Truppen gesäubert. Diese Streitkräfte hätten sich in Gebiete zurückgezogen, wo man nicht beabsichtige, sie anzugreifen, „denn", so sagte der Minister, „es ist unser Ziel, dem Lande Frieden zu bringen und es nicht durch einen totalen Krieg zu verwüsten. Die Zeit wird kommen, da die moralisch und physisch erschöpften vietnamesischen Truppen, von ihren eigenen Leuten als vogelfrei betrachtet, sich auflösen müssen. Dieser Zeitpunkt ist nicht mehr allzufern."

## 18. Mai 1947

**Volksentscheid über die Verfassung und Landtagswahlen**

**Wahlrecht ist Wahlpflicht!**

## Sieg der „entschlossenen Politik"

**Repräsentantenhaus billigt den 400-Millionen-Dollar-Kredit für Griechenland und die Türkei**

WASHINGTON. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat am vergangenen Wochenende den 400-Millionen-Dollarkredit zur Hilfeleistung für Griechenland und die Türkei gebilligt. Die Türkei erhält davon 100 Millionen, während auf Griechenland 300 Millionen entfallen. Der Vorschlag, das Hilfsprogramm der UN. vorzulegen, wurde abgelehnt. Wie bekannt, hat der Senat der USA. schon Ende April diesem Programm, das inzwischen den Beinamen „Truman-Doctrin" erhalten hat, zugestimmt.

In der letzten Sitzung des Repräsentantenhauses vor der entscheidenden Abstimmung wurden etwa 30 Aenderungsanträge verworfen, die dem amerikanischen Balkanprogramm seine politische Bedeutung genommen hätten. Denn obwohl es sich offiziell bei diesem Programm um eine wirtschaftliche Unterstützung der beiden Länder handelt, die ihnen „die Möglichkeit zum Widerstand gegen äußere Machteinflüsse geben soll", bildeten bei allen Debatten die Beziehungen der USA. zu Rußland die eigentliche Diskussionsbasis. Parlamentsbeobachter stellten fest, daß die Worte „UdSSR. — Stalin und sowjetische Aggression" viel häufiger fielen als die Namen der Nutznießer Griechenland und Türkei.

Das Hauptaugenmerk der amerikanischen Außenpolitik ist jetzt auf die Anwendung dieser Kredite gerichtet, die nicht nur eine Hilfe für den Wiederaufbau Griechenlands und der Türkei darstellen, sondern auch, wie unterrichtete Kreise Amerikas sich ausdrücken, „an den Pforten des Mittleren Orients der russischen Expansion Einhalt gebieten sollen, die bereits Italien und Frankreich bedroht und daher für die westliche Zivilisation eine Gefahr bilden".

Ganz offensichtlich bedeutet diese Zustimmung des Kongresses eine hundertprozentige Unterstützung der „entschlossenen Politik" des Staatssekretärs Marshall, wie er sie in Moskau mit Oesterreich und Deutschland vertrat.

Die Gegner des Dollarhilfsprogramms wenden sich nicht gegen die darin zum Ausdruck kommende politische Haltung, der wahre Grund für ihre Ablehnung ist vielmehr in ihrem Wunsch nach Sparsamkeit und ihrer Befürchtung, daß die Truman-Politik die USA. einer Inflation und einem Staatsbankrott entgegenführe, zu suchen.

### Achesons Exportpolitik

CLEVELAND. Unterstaatssekretär Dean Acheson erklärte in Cleveland: „Die Vereinigten Staaten werden unverzüglich darangehen, den Wiederaufbau Europas zu verwirklichen, und zwar einschließlich Deutschlands. Es muß möglich gemacht werden, daß die produzierenden Industrien bevorzugt behandelt werden können. Hand in Hand damit muß die Aufrechterhaltung der Exportkontrolle gehen, um deren Verlängerung der Kongreß ersucht wird. Sie hat die Aufgabe, die Ausfuhr in die richtigen Bahnen zu lenken oder unerwünschte Käufe einzuschränken."

Die amerikanischen Hilfeleistungen schätzte Acheson für das Jahr 1947 auf 17 Milliarden Dollar. Weiter verlangte Acheson, daß die gesetzmäßig am 30. Juni ablaufende Kontrolle der Brotgetreide-, Kohlen- und Stahlproduktion weiter beibehalten wird.

Die auf 8 Milliarden Dollar geschätzte Ausfuhr für 1947 stelle höchstwahrscheinlich das Maximum des in den nächsten Jahren möglichen amerikanischen Exports dar. Um die finanzielle Kluft zwischen dem Bedarf und dem Kaufvermögen der Welt zu überbrücken, müsse die amerikanische Einfuhr weiter erhöht werden.

## Ernste Krise in der britischen Zone

**Hungerdemonstrationen und Hungerstreiks in Hamburg und Hannover**

HAMBURG. Am 9. Mai demonstrierten 120 000 Arbeiter in Hamburg gegen die schlechten Ernährungsverhältnisse. Mittags um 12 Uhr begaben sich die Dockarbeiter von Blohm und Voß unter Vorantragen einer roten Fahne mit dem deutschen Adler in geschlossenem Zug zum Hauptbahnhof und zum Gewerkschaftshaus. Alles spielte sich in einer erstaunlichen Ruhe ab. Fast sämtliche Hamburger Betriebe waren zu der vom Hamburger Ortsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes einberufenen Demonstration erschienen.

Der Vorsitzende des Hamburger Ortsausschusses des deutschen Gewerkschaftsbundes stellte folgende Forderungen der werktätigen Bevölkerung Hamburgs auf:

Hamburg und das Ruhrgebiet, die ohne eigene Versorgungsmöglichkeiten sind, müssen zu Notstandsgebieten erklärt werden; ferner sei die Kontrolle der mit der Erfassung und Verteilung betrauten Stellen durch die Gewerkschaften notwendig.

Der Vorsitzende der allgemeinen Gewerkschaften in Hannover wies bei den dortigen Demonstrationen darauf hin, daß in der Vergangenheit schon mehrfach eine Verbesserung der Ernährungslage versprochen worden sei. So wie bisher könne es nicht mehr weitergehen.

Die arbeitende Bevölkerung Hannovers forderte die Aufnahme von stimmberechtigten Gewerkschaftsvertretern in den bizonalen Ernährungsrat in Stuttgart, die Errichtung von Kontrollausschüssen mit Beschlagnahmegewalt, die Todesstrafe für Schwarzhändler sowie die Enteignung ablieferungssäumiger Bauern.

Die Arbeiter und Angestellten aller öffentlichen und privaten Betriebe der Stadt Hannover traten am vergangenen Freitag um 13 Uhr in einen fünfstündigen „Hungerstreik".

Es ist zu erwarten, daß diese Ereignisse in der gesamten britischen Zone schwerwiegende Folgen nach sich ziehen werden, wenn nicht unverzüglich energische Maßnahmen ergriffen werden. Dabei ist es nicht übertrieben, wenn festgestellt wird, daß die Besatzungsbehörden seit Kriegsende sich niemals einer ernsteren Lage gegenübergestellt sahen. Der britischen Besatzungsbehörde fällt die Aufgabe zu, eine Ernährungskrise zu meistern, von der nicht nur ihre Zone und Großbritannien betroffen wird. Andererseits wird festgestellt, daß der passive Widerstand der deutschen Landwirte den Besatzungsbehörden große Schwierigkeiten bereite. Die Bauern weigerten sich vor allem, die geplante Abschlachtung des Viehbestandes durchzuführen mit der Begründung, „eine solche Maßnahme würde den völligen Ruin des neuen Deutschlands bedeuten."

Die Streiks in der britischen Zone sind, wie von britischen Kreisen zugestanden wird, als Zeichen einer allgemeinen Demoralisierung und Verzweiflung, die in der britischen Zone herrsche, zu werten.

Ein Generalstreik könnte unter Umständen Nachwirkungen haben, die nicht nur die deutsche Zivilbevölkerung, sondern ganz Europa in Mitleidenschaft ziehen würden.

## Wirtschaftsdemokratie

*Von Eberhard Wildermuth*

Seit langem vermag bei uns das Angebot an Gütern den Bedarf nirgends zu decken. Vorübergehend konnte die fast allumfassende Bewirtschaftung helfen. Kein Wirtschaftssystem mehr, sondern ein not- und mangelgeborener Zustand: die Zwangswirtschaft. Ihr Weg geht nun zu Ende, weil es zu wenig mehr zu verteilen gibt — weder nach Vordringlichkeit, noch nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit.

Wir sehen: der Zwang ist also kein geeignetes Mittel, das Wirtschaftsziel der Bedarfsdeckung zu erreichen, versagt er doch selbst angesichts größter wirtschaftlicher Not.

Nach Erfüllung der für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft gegebenen Voraussetzungen — sie haben das Ausmaß von Weltsorgen erreicht und werden Tag für Tag erörtert — muß daher das Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein: vom direkten Zwang, von der „Kommandowirtschaft", zu einer neuen Wirtschaftsform zu kommen, die ihre großen Aufgaben durch indirekte Maßnahmen erreicht und fördert, und damit innerhalb einer Ordnung dem wirtschaftenden Menschen das höchstmögliche Maß von Freiheit gewährt.

Diese indirekt wirkenden Mittel der Wirtschaftspolitik sind seit langem erkannt, theoretisch durchdacht und praktisch erprobt. Und die Kunst der Wirtschaftspolitik besteht darin, alle diese Mittel in Uebereinstimmung zu bringen, und nicht auf den verschiedenen Gebieten Maßnahmen zu treffen, die sich gegenseitig aufheben.

Die erste Forderung gilt einer geordneten Notenbankpolitik, denn die Notenbanken regeln durch ihre Zins- und Offen-Marktpolitik das Geldangebot, mit ihrer Kreditpolitik Ausdehnung und Einschränkung des Wirtschaftsprozesses. Es schließt sich die unserer besonderen wirtschaftlichen Situation angepaßte Devisenpolitik an, wobei die Vorbelastung unserer Außenhandelswirtschaft mit Reparationen sehr schwere Fragen aufwerfen wird.

Der Beginn planmäßiger deutscher Wirtschaftspolitik kann in anbetracht der großen, nebeneinanderliegenden Aufgaben — Wiederherstellung des Produktionsapparates, der Verkehrsmittel, insbesondere Bahnen, Aufbau der zerstörten Städte, Neubau von Wohnraum — zunächst auch nicht auf Investitionskontrolle verzichten.

Im Einklang mit diesen Maßnahmen muß die Steuerpolitik der öffentlichen Hand stehen: eine unserer Verarmung entsprechende Einschränkung der öffentlichen Ausgaben auf lange hinaus einerseits — soziale Gestaltung der Steuergesetze andererseits. Die Zollpolitik ist den Forderungen unserer als lebensnotwendig erkannten Ausfuhr unterzuordnen. Eine neue, mit der Währungssanierung einzuleitende Preispolitik hätte die Wiederherstellung des völlig aus den Fugen geratenen Preisgefüges zur Aufgabe. Es muß dabei Klarheit darüber bestehen, daß auf die Dauer nach allgemein geltenden ökonomischen Gesetzen weder in einem kapitalistischen noch in einem sozialistischen Wirtschaftssystem etwas produziert werden kann, das nicht Gewinn abwirft, der die Kosten deckt, die Aufrechterhaltung und Erneuerung des Produktionsapparates ermöglicht und den an der Produktion Beteiligten Gewinn und Lohn bietet.

Es ist schließlich die Lohnpolitik mit der Währungsreform neu zu regeln, wobei staatlicher Zwang abzulehnen ist. Arbeitskräftemangel — der Krieg dürfte uns ein Drittel unserer männlichen Arbeitskräfte gekostet haben — wird den Gewerkschaften große und schwierige Aufgaben stellen, denn es darf nie wieder Sache von Zwang und Dienstverpflichtung sein, die Arbeitskräfte dahin zu bringen, wo sie volkswirtschaftlich den größten Nutzen leisten. Als Grundsatz muß gelten, daß Sozialpolitik die wichtigste Ergänzung der allgemeinen Wirtschaftspolitik ist.

Welches Verhältnis nimmt eine solche Wirtschaftspolitik gegenüber den Forderungen nach Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie ein? Dazu muß zunächst festgestellt werden, daß die Vorstellung, Sozialisierung sei gleich Verstaatlichung, nur noch vom Sozialismus kommunistischer Prägung aufrechterhalten wird, der bei dieser Wirtschaftsform den Gedanken einer klassenlosen Gesellschaft aufgegeben hat. Unter allen Umständen gilt, daß die Stellung des Arbeitnehmers im staatlichen oder Gemeindebetrieb grundsätzlich keine andere ist als im Privatbetrieb. In einer totalen Staatswirtschaft verschlechtert sich sogar die Stellung des Arbeitnehmers in der Regel — wie das Beispiel etwa der ostdeutschen Gebiete zeigt. In jedem Fall hängt die Wirtschaftlichkeit solcher Betriebsformen von der Auswahl der leitenden Persönlichkeiten ab.

In der Wirtschaftsdemokratie hingegen sehen wir eine politische Forderung mit dem Ziel, den arbeitenden Menschen innerhalb der Wirtschaft aus einem Objekt zu einem Subjekt eigener Verantwortung und Mitwirkung zu machen. Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Unternehmer hätten die Aufgabe, sie stufenweise und organisch aufzubauen, und entscheidend für ihre Verwirklichung ist, die Erkenntnis, daß die gegensätzlichen Interessen weit überwogen werden von den großen gemeinsamen Fragen unserer wirtschaftlichen Existenz.

## *Kleine Weltchronik*

**Der französische Ministerpräsident verlieh dem ehemaligen britischen Premierminister Winston Churchill die französische Militärmedaille.**

Die Streikwelle in Spanien ist praktisch beendet. Der größte Teil der Arbeiter ist in die Fabriken zurückgekehrt.

Die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Korea sind wieder aufgenommen worden.

**In Italien steht die Umbildung der Regierung bevor. Ministerpräsident de Gasperi hatte verschiedene Aussprachen mit Parteivertretern.**

Der Bevölkerungsaustausch zwischen Polen und der Ukraine ist beendet. Insgesamt wurden 1 808 000 Personen repatriiert.

Ministerpräsident Yoschida hat den Leiter der Sozialistischen Partei Japans, Katayama, aufgefordert, die neue Regierung zu bilden. Katayama will eine Koalitionsregierung unter sozialistischer Führung aufstellen.

Italien hat einen offiziellen Antrag um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen gestellt.

Im britischen Unterhaus wird diese Woche Außenminister Bevin über die Moskauer Konferenz berichten.

England will 100 000 verschleppte Personen aus Oesterreich als freiwillige Arbeiter aufnehmen.

**Der amerikanische Senatsausschuß hat einstimmig die Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Ungarn und Rumänien gebilligt.**

### Keine Fusion der westlichen Zonen

PARIS. Die Gerüchte über Verhandlungen bezüglich eines Zusammenschlusses der französischen und der anglo-amerikanischen Besatzungszone entsprechen nicht den Tatsachen. Die französische Regierung ist auch weiterhin bemüht, eine Aufspaltung Europas in zwei feindliche Lager möglichst zu vermeiden. Wie kürzlich gemeldet wurde, sollen zwar Verhandlungen über einen Warenaustausch zwischen Frankreich und den übrigen Besatzungszonen in Deutschland aufgenommen werden, von Verhandlungen mit dem Ziele einer Fusion der westlichen Besatzungszonen kann jedoch im Augenblick noch keine Rede sein.

### Zur Bodenreform

KIEL. Der Gouverneur von Schleswig-Holstein, Champion de Crespigny, nahm zur Bodenreform in der britischen Zone Stellung und erklärte, daß sich bei der gegenwärtigen Nahrungsmittelknappheit die großen Güter als die ertragreichsten erwiesen hätten. Wenn die Welternährungslage sich jedoch bessere, würden die kleineren und mittleren Betriebe an Bedeutung gewinnen.

Die Militärregierung verfolge bei der Durchführung der Bodenreform zwei Gesichtspunkte: einmal müsse die politische und wirtschaftliche Macht des Großgrundbesitzes durch Begrenzung des Landbesitzes eingeschränkt werden; das zweite Ziel sei die Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur des Landes. Als Sofortmaßnahme werde den Besitzern von unausgenutztem Land von einer festgesetzten Größe ab das Besitzrecht entzogen und Treuhändern übergeben.

### Anklage gegen 12 ehemalige Generale

NÜRNBERG. Der Hauptankläger der USA. bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, General Taylor, überreichte am vergangenen Samstag dem Gericht die Anklageschrift gegen zwölf ehemalige Generale der Wehrmacht. Damit sind in Nürnberg erstmalig Offiziere wegen Verbrechen angeklagt, die sie als Heerführer im Kriege gegen die Bevölkerung der von Deutschland besetzten Länder im Südosten Europas verübten.

Nach der Anklageschrift sind die Generale verantwortlich für die Erschießung Tausender Geiseln aus der Bevölkerung Griechenlands, Jugoslawiens und Albaniens, die Ausplünderung öffentlichen und privaten Eigentums, mutwillige Zerstörung ganzer Städte und Dörfer und die Verwüstung großer Teile Norwegens, Griechenlands und Jugoslawiens.

Angeklagt sind Wilhelm List und Maximilian von Weichs, ehemalige Generalfeldmarschälle, Lothar Rendulic, ehemaliger Generaloberst, Walter Knode, Hermann Foertsch, Franz Boehme, Helmut Felmy, Hubert Lanz, Ernst Dehner, Ernst von Leyser, Wilhelm Speidel und von Geitner, ehemalige Generäle.

### Beisetzung ermordeter Elsässer

OFFENBURG. Die sterblichen Ueberreste der durch die Gestapo ermordeten elf Elsässer wurden in einer Halle der Stadt aufgebahrt. Am Donnerstag fand in Anwesenheit der Hinterbliebenen, zahlreicher Generäle, der Parteien und Behörden das feierliche Begräbnis statt.

### Der Rastatter Prozeß

In den Gerichtssitzungen der letzten Woche wurde als Entlastungszeuge der schon einmal vernommene Zeuge Stach gehört. Er sagte aus, daß die Wohnverhältnisse in Schömberg besser als in anderen KZ. gewesen wären, zum mindesten solange, als das Lager nicht überbelegt war. In Häftlingskreisen habe man allgemein davon gesprochen, daß alles Gute, das den Häftlingen widerfahren sei, durch die Firma Doelf veranlaßt worden wäre. Den Angeklagten Fortmann habe man für sehr korrekt gehalten. Wenn dieser wirklich Häftlinge der SS. gemeldet oder sie gar geschlagen hätte, würde er es bestimmt erfahren haben.

Zur Ueberraschung des Gerichts belastete ein Entlastungszeuge den Angeklagten Ehrmannstraut besonders schwer und nannte ihn den brutalsten SS.-Mann, der ihm bekannt sei.

## Beratung des ordentlichen Haushalts 1946/47

**Letzte Sitzung der Beratenden Landesversammlung**

BEBENHAUSEN. Die 12. und letzte Sitzung der Beratenden Landesversammlung für Württemberg-Hohenzollern im Schloß Bebenhausen am 9. Mai galt der Beratung des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 1947/48. Der Volksentscheid über den Verfassungsentwurf und die Landtagswahlen am 18. Mai beenden die Tätigkeit der Beratenden Landesversammlung, an deren Stelle nach den Wahlen der ordentliche Landtag treten wird.

Gegen 11 Uhr eröffnete der von seinem Unfall wiedergenesene Präsident der Versammlung, Gengler, die Abschlußsitzung des Hauses. Er beglückwünschte im Namen aller Abgeordneten den Senior und Alterspräsidenten Professor Dr. Niethammer (CDU.) zu seinem 78., den Abg. Nassal (CDU.) zu seinem 70. Geburtstag.

An der Sitzung nahm die gesamte Regierung teil.

Staatssekretär Dr. Binder, Landesdirektion der Finanzen, eröffnete die Beratung des Haushaltsplans 1947/48 mit einem Referat, das die großen Umrisse der Finanzsituation Südwürttembergs gab.

Bei der Feststellung des Personalbedarfs sei man davon ausgegangen, daß ein Drittel der Bevölkerung des Landes Württemberg auf das Gebiet des Staatssekretariats entfalle und daher auch mit einem Drittel der Stellen des Stuttgarter Stellenplans ausgekommen werden müsse, obgleich eine Reihe von Aufgaben, die früher Sache der Reichsministerien waren, miterledigt werden müßten. Außerdem habe man sich an den Grundsatz gehalten, die Personal- und Sachaufwendungen unter keinen Umständen die Aufwendungen des Notetats aus dem Jahre 1932/33 übersteigen zu lassen.

Der Staatssekretär unterstrich, daß in diesem Haushalt weitere Globalstreichungen unmöglich sein dürften. Der Vergleich der Ausgaben von Württemberg-Hohenzollern mit rund 145 Millionen RM. und dem ordentlichen Haushalt des Landes Baden, dessen Bevölkerungszahl nur um etwa 10 Prozent höher sei, mit rund 324 Millionen RM. zeige, daß ordentlich gewirtschaftet worden sei.

Der Vergleich der Haushalte 1946/47 von Süd- und Nordwürttemberg führe zu ähnlichen Resultaten. Für das gesamte Württemberg ergebe sich ein ordentlicher Haushalt von 540 Millionen (145 Millionen RM. in Süd- und 395 Millionen RM. in Nordwürttemberg), 1932/33 hätten diese Ausgaben nur 143 Millionen RM. betragen. Die beiden Zahlen entsprächen sich jedoch, sobald man den früheren Anteil des Reichshaushalts und die durch den Krieg verursachten zusätzlichen Ausgaben in Höhe von 136,4 Millionen RM. in Anrechnung bringe, die auf Zunahme der Renten für Kriegsversehrte und Kriegerhinterbliebene, die Zuschüsse für die Sozialversicherungen, die Erhöhung der öffentlichen Fürsorgelasten, die Steigerung der Polizeikosten und die Mehraufwendungen für den Unterhalt der Straßen zurückgingen.

Steigerungen der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr fänden sich für das kommende Jahr nur in den Positionen Renten und Fürsorgeleistungen sowie der Zinsbelastung des Staates.

Einen Ueberblick auf die weitere finanzielle Zukunft des Landes zu geben, sei nicht möglich. Auf keinen Fall sei aber für die nächsten Monate mit einer wesentlichen Verbesserung der Lage, soweit sie das Aufkommen von Steuern, Verbrauchsabgaben usw. anbelange, zu rechnen, da keinerlei Voraussetzungen für eine Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands sichtbar würden.

An das Referat des Staatssekretärs der Finanzen schlossen sich die Ausführungen des Berichterstatters des Finanzausschusses, Dr. Roser (SP.), der noch einmal im Detail den ganzen Haushalt vortrug. Vertreter aller Parteien diskutierten abschnittsweise einzelne Posten.

Eine Reihe von Anträgen des Finanzausschusses zum Haushalt wurden einstimmig angenommen. Dagegen lehnten die CDU. und die DVP. einen Antrag der SP., die durch Uebertragung der Kosten der Lehrerausbildung auf den Staat unbemitteltem Lehrernachwuchs ein kostenloses Studium sichern wollte, ab.

Der Gesamthaushaltsplan und die ergänzenden Anträge des Finanzausschusses wurden von allen Parteien einstimmig angenommen.

Der Abg. Dr. Bock (CDU.) hob noch einmal die bedeutsame Arbeit, die die Landesversammlung zu leisten gehabt habe, hervor. Alle Meinungsverschiedenheiten seien sachlich und anständig ausgetragen worden. Die Versammlung habe dem parlamentarischen System Ehre gemacht.

Der Präsident der Landesversammlung, Gengler, wies in seiner Schlußansprache darauf hin, daß mit dieser Sitzung die öffentliche Tätigkeit der Beratenden Landesversammlung ihr Ende finde.

**„Am 18. Mai ist die Wahl der Abgeordneten für den ersten Landtag unseres engeren Zonengebietes. Der neue Landtag Württemberg-Hohenzollern wird erstmals seit 1932 wieder in direkter und geheimer Volkswahl gewählt."**

„Als ein Weg zur Demokratie wurde die Landesversammlung bezeichnet. Noch haben wir keine Demokratie. Wir müssen uns diese erst verantwortlich erarbeiten. Unserem Nachfolger, dem neuen Landtag Württemberg-Hohenzollern, wird die Aufgabe gestellt, das, was wir beratend vorgearbeitet haben, in feste Formen zu gießen. Als Präsident des Hohen Hauses darf ich meine besondere Befriedigung darüber aussprechen, daß unsere Arbeit sachlich war und die Verhandlungen sich durch gegenseitige Achtung und Würde auszeichneten."

### Lord Pakenham in Düsseldorf

DÜSSELDORF. Ministerpräsident Rudolf Amelunxen erklärte bei der ersten Fühlungnahme des neuen englischen Ministers für Deutschland, Lord Pakenham, mit der Regierung von Nordrhein-Westfalen, daß jede politische Arbeit unmöglich sei, solange die Ernährungslage ungeklärt bliebe.

Bei seinem Besuch in einer Düsseldorfer Bunkerschule stellte Lord Pakenham fest: „Ich möchte selbst wirklich nicht davon leben müssen", als man ihm die 840-Kalorienration, die gegenwärtig in Düsseldorf aufgerufen ist, auf einem Teller vorlegte.

### General Clay zur Ernährungssicherung

BERLIN. General Lucius D. Clay erklärte am vergangenen Donnerstag, daß, falls erforderlich, amerikanische Truppen eingesetzt würden, um die deutschen Bauern dazu zu zwingen, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen. Um der Ernährungslage in Westdeutschland Herr zu werden, sei er bereit, den deutschen Beamten des Zweizonen-Ernährungsamtes größere Vollmachten zu erteilen und, soweit notwendig, drastische Maßnahmen zu ergreifen. „Wir können die Vorräte der Bauern beschlagnahmen. Wenn ich es tun muß, werde ich es auch tun. Noch habe ich eine Armee hier." Er hoffe allerdings, daß ein solcher Schritt nicht notwendig werde. Die deutschen Rationssätze könnten nur erfüllt werden, wenn die Einfuhr aus den USA., vor allen Dingen Brotgetreide, pünktlich in dem vorgesehenen Umfang einträfen und die deutschen Bauern unter Druck gehalten würden, damit eine Ablieferung ihrer Ueberschüsse gesichert werde.

### Hundert Millionen Bergarbeiterpunkte

BERLIN. Seit dem Beginn des Bergarbeiterpunktsystems wurden in der Zeit von Mitte Januar bis Ende März an 400 000 Teilnehmer über 98 Millionen Punkte ausgegeben. Die britische Zone stellte 510 000 Paar Schuhe zur Verfügung. An Lebensmitteln wurden für die Bergarbeiter 650 Tonnen Speck, etwa 500 Tonnen Kaffee, 345 Tonnen Zucker, 1,8 Millionen Flaschen Schnaps und 666 Millionen Zigaretten geliefert.

## *Nachrichten aus aller Welt*

### *Französische Zone*

**TRIER.** Von den Karl-Marx-Briefmarken des Landes Rheinland-Pfalz wurden allein am 5. Mai 400 000 Stück verkauft.

### *Amerikanische Zone*

**MÜNCHEN.** Im April wurden 3351 Personen aus der sowjetischen Zone nach Bayern eingewiesen, während im gleichen Zeitraum offiziell 3037 Personen von Bayern in die sowjetische Zone gelangten.

**FRANKFURT.** Neben der deutschen Zweizonenverwaltung sollen auch die entsprechenden britischen und amerikanischen Dienststellen im Laufe dieses Jahres ihren Sitz nach Frankfurt verlegen.

**FRANKFURT.** Der Zugverkehr in der britischen und amerikanischen Zone läuft, entgegen anderslautenden Meldungen, unverändert weiter.

**WIESBADEN.** Das neue Arbeitsverpflichtungsgesetz in der USA.-Zone gibt die Möglichkeit, auch schon in einem Arbeitsverhältnis stehende Personen durch Zwangsordnung andere Arbeitsplätze anzuweisen.

### *Englische Zone*

**BOCHUM.** Rund 30 000 Wohnungen sind im Land Nordrhein-Westfalen seit dem Zusammenbruch neu erstellt worden.

### *Russische Zone*

**DRESDEN.** Noch 400 000 Umsiedler werden in der nächsten Zeit in Sachsen erwartet, das nach der bereits erfolgten Aufnahme von 900 000 Umsiedlern das am dichtesten bevölkerte Gebiet Deutschlands ist.

### *Berlin*

**BERLIN.** Frau Bürgermeister Luise Schröder ist bis zur Entscheidung des Alliierten Kontrollrats über den Rücktritt Dr. Ostrowskis mit der Führung der Geschäfte des Berliner Oberbürgermeisters beauftragt worden.

**BERLIN.** Das Ablieferungssoll für deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse wurde in der USA.-Zone im Februar nicht erreicht. Die Kartoffellieferungen blieben um 440 000 Tonnen, Brotgetreide um 10 Prozent, Gerste um etwa 20 Prozent, Hafer und Oelsaatfrüchte um 50 Prozent unter den Ablieferungsquoten.

**BERLIN.** Die amtliche Gesundheitsbehörde verzeichnet im April 2120 neue Fälle an Tuberkulose, 318 an Diphtherie und 2116 an Geschlechtskrankheiten.

**BERLIN.** Die Alliierte Kommandantur hat die Tätigkeit der amerikanischen Wohlfahrtsgesellschaft Cralog für Berlin genehmigt.

### *Ausland*

**PARIS.** Zwischen England, Frankreich und Belgien sollen Besprechungen über eine Zusammenarbeit in Zentralafrika stattfinden.

**PARIS.** Der Präsident der französischen Republik eröffnete den zwölften Kongreß des Weltpostvereins in Paris.

**ROM.** Die von den kommunistischen Abgeordneten beantragte Aufnahme des Prinzips der gelenkten Wirtschaft in die neue Verfassung wurde abgelehnt.

**WASHINGTON.** Ein Gesetzentwurf über die Drosselung der allgemeinen Einkommensteuer zur Herabsetzung der kleineren und mittleren Einkommen um 20 Prozent und für die größeren Einkommen um 15 Prozent soll ab 1. Juli in Kraft treten.

**NEW YORK.** Der amerikanische Telefonistenstreik ist beigelegt worden, nachdem der Wochenlohn um 4½ Dollar heraufgesetzt worden ist.

**BUENOS AIRES.** Eine zeitweilige Beschlagnahme ausländischer Oelgesellschaften wird von der argentinischen Regierung erwogen.

**BUENOS AIRES.** Vittorio Mussolini genießt Asylrecht in Argentinien. Er wird lediglich als illegaler Einwanderer betrachtet und wird dafür eine hohe Geldbuße bezahlen müssen.

**MONTREAL.** Spanien wurde von der Organisation der internationalen Zivilluftfahrt (OACI.) ausgeschlossen. Dadurch kann sich jetzt der „OACI." den Vereinten Nationen anschließen.

**NANKING.** Rußland hat die Stationierung chinesischer Truppen in Dairen erlaubt.

**PEKING.** Kommunistische Streitkräfte sollen die Stadt Yachsien besetzt haben. Damit sind sämtliche Verbindungslinien zwischen Siam und Yenan abgeschnitten.

Herausgeber und Schriftleiter: Will Hanns Hebsacker, Dr. Ernst Müller, Rosemarie Schittenhelm (zurzeit in Urlaub), Alfred Schwenger und Werner Steinberg (zurzeit in Urlaub). Weitere Mitglieder der Redaktion: Albert Ansmann, Dr. Helmut Kiecza und Josef Klingelhöfer.

Monatlicher Bezugspreis einschl. Trägerlohn 1,50 RM., durch die Post 1,74 RM., Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Erscheinungstage Dienstag und Freitag

## *Das Bild des Kaisers*

Novelle von Wilhelm Hauff

Sein neuer Reisegefährte, der ihm gleich in der ersten Viertelstunde anvertraute, daß er ein Hopfenhändler aus Bayern sei, machte ihm den Verlust, den er erlitten, nur um so fühlbarer, und da er am Hopfenbau wenig Unterhaltung fand, beschäftigte er sich damit, über den Charakter des jungen Mannes, der ihn verlassen hatte, nachzudenken und dann noch einmal alle Erwartungen und Hoffnungen zu durchlaufen, die er sich von seinen Verwandten, zu welchen er reiste, gemacht hatte. Von dem Oheim versprach er sich für seine Unterhaltung wenig; er mußte nach seiner Berechnung ein vorgerückter Sechziger sein; mürrisch, ungesellig und eigensinnig hatte ihn sein Vater schon vor fünfundzwanzig Jahren gekannt, und solche Eigenschaften pflegen sich im Alter nicht zu verbessern. Desto mehr versprach sich der junge Mann von Fräulein Anna, seiner Kusine. Von einem seiner Freunde, der längere Zeit in Schwaben gelebt hatte, war sie ihm als eine Zierde dieses Landes genannt worden. Ein angenehmes, trauliches Verhältnis von fünf bis sechs Wochen schien ihm ganz wünschenswert, und so eifrig war seine Berechnung der Mittel, die ihm zu Gebot standen, sich liebenswürdig zu zeigen, so gewiß war er sich des Eindrucks bewußt, den seine Person, sein Wesen unfehlbar machen müsse, für so leicht zu erobern hielt er das Herz eines „Fräuleins in Schwaben", daß ihm nicht einmal der Gedanke kam, die schöne Kusine Anna könne sich vielleicht schon versehen haben.

Er ließ sich, in der Residenz angekommen, sogleich nach dem Hause führen, wo sein Oheim sonst gewohnt hatte, mußte aber dort hören, seine Verwandten wohnten schon seit längerer Zeit auf einem Landgut, sie werden auch im nächsten Winter nicht mehr zurückkehren, und selbst dies Haus gehört ihnen nicht mehr eigen.

Der Reisende aus Brandenburg war schnell entschlossen. Er benützte diesen Tag, um sich die freundliche Stadt zu betrachten, und eilte dann denselben Weg, welchen er gekommen war, zurück nach dem unteren Neckartal, wo der Landsitz seines Oheims lag.

Je näher er dieser reizenden Gegend kam, desto angenehmer war es ihm, daß er einige Wochen auf dem Lande zubringen sollte. Er wußte aus eigener Erfahrung, daß man auf dem Lande, abgeschnitten von den Zerstreuungen der Stadt und jener Formen enthoben, die man dort für schön und notwendig, hier für überflüssig und lästig hält, schnell bekannt und befreundet wird, daß man sich, auf eine kleine Gesellschaft beschränkt, schneller nahe rückt. — Etwa eine Stunde von dem Gut bog der Weg von der Hauptstraße ab. Der Kutscher, den er gemietet hatte, deutete auf einen Fußpfad, der in den Wald lief; der Fahrweg wende sich um den ganzen Berg her, sagte er, doch auf diesem Pfad könne man zu Fuß in bei weitem kürzerer Zeit zum Schloß Thierberg hinaufgelangen.

Der junge Mann stieg aus; er war bisher auf einem Bergrücken gefahren, sah nun eine mäßige, mit Wald bewachsene Anhöhe vor sich und schloß, weil er gehört hatte, das Schloß seines Onkels liege im Neckartal, man müsse von dieser Höhe eine weite Aussicht in das Tal genießen. Er ließ den Wagen weiterfahren und stieg den Seitenpfad hinan. Ein Wald von prachtvollen Buchen nahm ihn auf. Nie hatte er diesen Baum so kräftig, so majestätisch gesehen, zwischendurch erblickte er hie und da Eichen und schöne Eschen und zu seiner nicht geringen Verwunderung Waldkirschbäume von ungewöhnlicher Höhe. Nach und nach wurde ihm das Steigen schwerer; der Berg schien sich auf einmal steiler zu heben, und er war oft versucht, die unbequeme Eleganz zu verwünschen, in welche ihn sein Berliner Schneider gekleidet hatte. Endlich hatte er den Gipfel erreicht, aber noch öffnete sich keine Aussicht. Die Bäume schienen dichter zu werden, je mehr sich der Pfad wieder senkte, und als sich, um seine Ungeduld zu vermehren, der kleine Pfad in zwei noch kleinere teilte, die nach verschiedenen Richtungen liefen, schmähte er auf den Kutscher und auf seine eigene Torheit, die ihn verleitet hatte, in einem fremden Wald sich zu verirren. Er schlug endlich den Weg rechts ein und sah, nachdem er einige hundert Schritte gegangen war, zu seiner großen Freude ein buntes Kleid durch das Laub schimmern.

Er verdoppelte seine Schritte und war nicht wenig betroffen, als er plötzlich vor einer jungen Dame stand, die im Schatten einer alten Eiche auf einer Bank saß. Sie hatte ein Buch in der Hand, von welchem sie, als sein Schritt in den abgefallenen Blättern rauschte, langsam und ruhig ihre schönen Augen erhob; doch auch sie schien betroffen, als es ein junger, städtisch gekleideter Herr war, den sie in dieser Einsamkeit vor sich sah; sie errötete flüchtig, aber sie senkte ihren Blick nicht, der fragend an dem unerwarteten Besuch hing. Der junge Mann verbeugte sich einige Male, ehe er recht wußte, was er sagen sollte. „Ist wohl das schöne Mädchen Kusine Anna?", war alles, was er in diesem Augenblick zu denken und sich zu fragen vermochte, und erst als er sich diese Frage schnell bejaht hatte, trat er näher zu der jungen Dame, die indessen ihr Buch schloß und von ihrem Bänkchen aufstand. „Bitte um Vergebung", sagte er, „wenn ich Sie gestört haben sollte; ich fürchte, von dem Wege abgekommen zu sein. Kann ich hier nach dem Schloß des Herrn von Thierberg kommen?"

„Auf diesem Fußpfad nicht wohl, wenn Sie hier nicht bekannt sind", erwiderte sie mit einer tiefen, aber klangvollen Stimme; „Sie haben oben einen Fußpfad links gelassen, der nach dem Schloß führt." Sie verbeugte sich nach diesen Worten, und der junge Mann ging seinen Weg zurück; doch kaum hatte er einige Schritte gemacht, so zog ihn ein unwiderstehliches Gefühl zurück. Das schöne Mädchen stand noch einmal von ihrem Sitz auf, als sie ihn zurückkehren sah, doch diesmal schien Bestürzung ihre Wangen zu färben, und eine gewisse Aengstlichkeit blickte aus ihren großen Augen. Auf die Gefahr hin, für unbescheiden zu gelten, fragte der Reisende, ob er vielleicht die Ehre gehabt habe, mit Fräulein von Thierberg zu sprechen?

„Ich heiße so", antwortete sie etwas befangen.

„Eh bien, ma chère cousine!", sagte er lächelnd, indem er sich artig verbeugte, „so habe ich das Vergnügen, Ihnen Ihren Vetter Rantow vorzustellen."

„Wie, Vetter Albert!", rief sie freudig. „So haben Sie endlich doch Wort gehalten? Wie wird sich der Vater freuen! Und was macht Onkel und die liebe Tante, und wie sind Sie gereist?" So drängte sich eine Frage nach der andern über die schönen Lippen, und Vetter Rantow fand, verloren in sein Glück, eine schöne Muhme zu besitzen, keine Worte, alle nach der Reihe zu beantworten. Wie reizend, wie naiv klang ihm die Sprache! Er konnte nicht sagen, daß sie gegen irgendeine Regel des Stils gesündigt hätte, und doch deuchte es ihm, es seien ganz andere Worte, ganz andere Töne, als die er in seinem Vaterland gehört hatte. Er fühlte, er sei zu schnell gereist, als daß er allmählich auf diesen Kontrast vorbereitet worden wäre.

„Dies ist mein Lieblingsspaziergang", sagte sie, indem sie langsam neben ihm herging. „Zwar ist der Weg im Tal noch angenehmer, der Neckar macht schöne Windungen, alte Burgen schmücken die Höhen — und die unsrige spielt dabei nicht die schlechteste Rolle, wenigstens was das Altertum betrifft —, Dörfer und sogar ein Städtchen sieht man talauf und -ab; aber der Rückweg ins Schloß hinauf ist dann so steil und mühsam, und auf der Straße gehen mir zu viele Leute. Der Wald hier liegt nicht höher als das Schloß, in einem halben Stündchen geht man herüber und ist dann so köstlich einsam, als säße man in seinem Boudoir bei verschlossenen Türen." (Forts. folgt)

*Kommunistische Partei*

## Gleichberechtigung!

*Von Wolf Weitbrecht*

Wir stehen heute in einer Krise. Die Industrie arbeitet nur in beschränktem Umfang, und unsere Ernährung können wir nicht aus eigenem Bedarf decken. Dies sind Dinge, die heute jedermann weiß, die heute jedermann am eigenen Leib zu spüren bekommt. Jedermann? Nein, es gibt heute Menschen in Deutschland, die auf Kosten und zum Schaden der Allgemeinheit so gut leben, wie sie es immer gewohnt waren. Der Gegensatz zwischen ihnen und den vielen, die nichts mehr haben, ist heute größer als je zuvor.

Wie ist das möglich? Nach Schätzung des Wirtschaftsinterzonenamtes der anglo-amerikanischen Zone in Minden gelangt ein namhafter Teil der Industrieprodukte dieser Zonen auf dunklen Kanälen zum Schwarzen Markt. In was sich die Produktion umsetzt, wissen wir: In Zigaretten, Butter, Eier, Mehl und Speck. Wer kommt so zu Butter, Eiern, Mehl und Speck? Der Arbeiter, der diese Erzeugnisse mit seiner eigenen Hand geschaffen hat? Nein, der Arbeiter lebt kümmerlich auf seine Marken und ist froh, wenn er auf dem Lande einmal ein paar Kartoffeln für seine unterernährten Kinder ergattern kann. Wer heute noch gut in Deutschland lebt, das sind die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer, das sind die Herren, die erbittert gegen die Gewerkschaften kämpfen, weil sie sich nicht in ihre Karten blicken lassen wollen.

Aber woher kommen Eier, Speck und Butter? Woher bekommt der Schwarze Markt seine Lieferungen an Lebensmitteln? Vom Erzeuger, vom Lande selbst. Nun wird man sagen, also verschärfe man die Abgabekontrolle und zwinge man das Land, das abzuliefern, was die hungernden Städte brauchen. Man muß sich aber einmal fragen, warum Teile der Bauern ihre Produkte manchmal auf dem Schwarzen Markt absetzen, statt sie vorschriftsmäßig abzuliefern?

Zur Bewirtschaftung seiner Felder braucht der Bauer Pflüge, er braucht Mähmaschinen, er braucht Benzin für seine Traktoren, er braucht Schuhe, um aufs Feld gehen zu können, er braucht Nägel, um seinen Stall reparieren zu können, er braucht zur Erhaltung seiner Existenz tausend Dinge, die ihm die Industrie liefern muß. Hat nun die Industrie diese Dinge? Versuchen Sie einmal, von Ihrem Wirtschaftsamt ein paar Kilo Nägel zu bekommen, es wird Ihnen schwerfallen. Aber benötigt werden die Nägel, und so gehen sie eben leider den uns wohlbekannten Weg über den Schwarzen Markt. Die Arbeiterschaft ist daran interessiert, Lebensmittel zu bekommen, die Bauern sind daran interessiert, Industrieerzeugnisse zu bekommen. Führt nun kein Weg von der Arbeit des Bauern zu der Arbeit des Arbeiters?

Es führt ein Weg vom Brot des Bauern, das der Arbeiter ißt, zur Pflugschar des Bauern, die der Arbeiter schmiedet. Dieser Weg ist klar aufgezeichnet. Es ist das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in den Betrieben, die volle Kontrolle der Produktion durch die Arbeitnehmerschaft. Denn Arbeiter und Bauern ziehen an einem Strang.

Wir in Südwürttemberg stehen vor der Frage, ob wir die uns vorgeschlagene Verfassung annehmen sollen oder nicht. Der Artikel 95 behandelt die Rechte der Gewerkschaften. Allerdings in einer verschämten Form, als ob man sich nicht so recht getrauen würde, sie salonfähig zu machen. Die Gewerkschaften dürfen nämlich nur in Gemeinschaft mit dem Unternehmer an der Verwaltung, Gestaltung und Entwicklung des Betriebes teilnehmen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit soll sich auf die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse beschränken. Das Recht, an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte gleichberechtigt mitzuarbeiten (Nordwürttembergische Verfassung, Artikel 23) wird der Arbeitnehmerschaft nicht zuerkannt. Das ist alles. Das ist zu wenig! Wie in der Stuttgarter Verfassung, so muß auch in Südwürttemberg die Arbeitnehmerschaft auf der Gleichberechtigung ihrer Gewerkschaften bestehen!

Doch zurück zu den Eiern, zum Speck und zu der Butter. Wir sehen, daß hier plötzlich den Gewerkschaften eine Aufgabe zufällt, die weit über die Abschließung von Betriebsvereinbarungen hinausgehen muß! Die Gewerkschaften sind dazu berufen, durch ihre Kontrolle der Industrieproduktion der Landwirtschaft das zu geben, was sie braucht. Dadurch wird es unnötig gemacht, daß der Bauer sich die dringend benötigten Geräte auf dem Schwarzen Markt beschaffen muß. Die Ernährungslage ist schwierig, und die Lage der Industrie ist es auch? Beide könnten heute wesentlich günstiger dastehen, wenn das arbeitende Volk in der Kontrolle der Erzeugung und Verteilung den Platz einnehmen würde, der ihm zukommt. Daß dies bald geschehe, dafür werden sich die Kommunisten an jeder Stelle des öffentlichen Lebens einsetzen, an die der Wille des Volkes sie stellt. Noch einmal: Arbeiter und Bauern, vereint euch gegen die geschlossene Front der Reaktion!

Mit der zur Abstimmung vorgelegten Verfassung wird euer Recht beschnitten. Wir müssen aber den Kreisen, die heute wieder bestimmend in der Wirtschaft sind, zeigen, daß wir eine Kraft sind, mit der heute gerechnet werden muß, und die geachtet werden will. Bei der Verfassung darf es nicht um das Wohlergehen der Mächtigen und Fürsten gehen, sondern um das Leben der arbeitenden Menschen. Die Arbeiterschaft wird ihre Interessen verteidigen. Diese Interessen sind aber in der Verfassung nicht verankert, sonst würde sie der Arbeitnehmerschaft ihre Gleichberechtigung mit dem Unternehmer zugestehen. Darum fordert die Kommunistische Partei alle Werktätigen auf, ihre entschlossene Meinung durch ein klares „Nein!" zum Ausdruck zu bringen, und die Männer in den Landtag zu wählen, die Gewähr dafür bieten, daß die Forderungen der Werktätigen durchgesetzt werden. Wir wissen, daß unser Ruf an das schaffende Volk nicht ungehört verhallen wird.

*Demokratische Volkspartei*

## ... und andere Großbetriebe

*Von Ernst Meyer*

Diese drei Worte sind es letztlich, die der Demokratischen Volkspartei die Zustimmung zum vorliegenden Verfassungsentwurf unmöglich gemacht haben. Mit diesen drei Worten wird der erste und, wenn die Wahl entsprechend ausfällt, zugleich auch der letzte Schritt zur Sozialisierung unserer Wirtschaft getan. Die Wahl wird nämlich nicht nur darüber entscheiden, ob die vorliegende Verfassung Gesetz wird, sondern sie wird auch die Entscheidung darüber bringen, welche Mehrheit im kommenden Landtag die Ausführungsgesetze macht, welche Mehrheit künftig entscheiden wird, was unter „andere" und was unter „Großbetriebe" zu verstehen sein soll.

Wird der kommende Landtag wiederum eine Mehrheit der offen sozialistischen Parteien mit der in wirtschaftspolitischen Dingen offenbar ahnungslosen und unzuverlässigen CDU. erbringen, dann kann sich unser Volk auf eine Wirtschaftspolitik gefaßt machen, die binnen kurzem die gerade für unsere Wirtschaft unerläßliche Voraussetzung eines neuen Aufschwunges restlos beseitigt haben und jeden wahren Auftrieb hemmen wird, weil sich zwischen den Unternehmer kleineren oder größeren Stiles und sein natürliches Vorwärtsstreben die durch die Unklarheit der Verfassung und ihre weithin sozialistische Tendenz erzeugte Unsicherheit schieben wird. Jeder wird künftig ängstlich darauf bedacht sein, nicht in die Gefahrenzone der „anderen Großbetriebe" zu kommen.

Man zieht jetzt beschwichtigend durch das Land — vielfach will man sich aber nur selbst beschwichtigen, weil man einzusehen beginnt, was man angerichtet hat — und erklärt, es handle sich ja nur um Großbetriebe, die von der Sozialisierung erfaßt werden könnten. Was ist aber ein Großbetrieb? Eine Bäckerei mit 30 Gehilfen ist zweifellos ein Großbetrieb und eine Metzgerei mit 20 oder 30 auch; eine Trikotfabrik mit 20 Mann wiederum ist es nicht. Wer steckt also die Grenzen ab?

Geschwätzige Leute haben gemeint, man habe dabei nur an ausgesprochene Großbetriebe wie Mauthe in Schwenningen, Junghans und Hohner in Trossingen gedacht. Selbst wenn man nur an sie gedacht hätte, käme das Denken allein schon einem tödlichen Anschlag auf die Wirtschaft unseres Landes gleich, denn gerade diese Betriebe zeigen, wie ein ehedem kleines Unternehmen nur durch die Findigkeit und den Wagemut seines Unternehmers, durch die gepflegte Tüchtigkeit seiner Arbeiter, durch die Kühnheit persönlichen Planens und Wagens auf dem Weltmarkt wachsen und gedeihen kann. Solche Betriebe, die nur daraus leben, daß alte Verbindungen zu allen Teilen der Welt das Stammhaus unterrichten über Geschmacksrichtung und Geschmacksentwicklung, wo der Wagemut der verantwortlichen Unternehmer blitzschnell einen Preis auch einmal unterbietet, eine Fabrikation auch einmal umstellt, eine solche Industrie müßte, eingezwängt in die Zwangsjacke einer staatssoziologischen Bürokratie, binnen kürzester Frist zusammenbrechen. Man denke nur daran, wie durch die geschickte Werbung beispielsweise der Hohnerwerke ein Weltbedarf erst geschaffen wurde, der nie entstanden wäre, wenn irgendeine kollektive oder staatssozialistische Leitung des Unternehmens sich auf die eingehenden Bestellungen verlassen hätte.

Gerade an diesen Werken also, die man einschränkend als in Frage kommende Großbetriebe hinstellt, erweist sich also schon der ganze Unfug. Wenn man nun aber diese Werke nicht gemeint haben will, welche hat man denn gemeint, als man „und andere Großbetriebe" in die Verfassung hineingeschrieben hat? Hat die CDU. das in die Verfassung „nur eben so" hineingeschrieben, um sich die Zustimmung der SP. zu ihrem kulturkämpferischen Schulparagraphen zu erkaufen, dann beweist sie, daß sie instinktlos und zu einer wirklichen Wirtschaftspolitik unfähig ist. Hat sie aber bestimmte Betriebe dabei im Auge gehabt, dann soll sie sagen, welche sie meint. Irgendeiner künftigen Landtagsmehrheit aber die Blankovollmacht zu erteilen, von sich aus zu entscheiden, was „andere" und was „Großbetriebe" sind, ist für eine verantwortungsbewußte Partei unmöglich.

Die Demokratische Volkspartei ist eine solche.

Darum fordert sie unser Volk auf, am 18. Mai diese Blankovollmacht nicht zu erteilen, die Verfassung abzulehnen und einen Landtag zu wählen der über eine andere Mehrheit verfügt und eine andere Verfassung macht. Wird die Verfassung aber angenommen, dann ist eine andere Mehrheit um so notwendiger, denn sie wird dann verhindern müssen, daß marxistische Linientreue und „christliche" Wirtschaftsfremdheit in unserem Lande das Experiment wiederholen, das die Linksparteien und die CDU. gemeinsam jetzt im Berliner Stadtparlament beschlossen haben, wo die CDU. dem SP.-Antrag zustimmte, nachdem nicht nur Fertigungsbetriebe, sondern auch das Zubringergewerbe — das sind also große und mittlere Handwerksbetriebe, die Einzelteile herstellen — in die Sozialisierung einbezogen werden.

Wer das nicht will, wähle am 18. Mai die Vertreter der DVP. und sage „Nein!" zur Verfassung!

*Christlich-Demokratische Union*

## Verantwortung der Frauen

*Von Dora Schlatter*

Wiederum ist Wahl und wieder werden die Frauen ganz besonders angesprochen in Frauenversammlungen, Plakaten, Zeitungsartikeln usw. Man weiß, daß sie unter den Wählern in der Ueberzahl sind, hervorgerufen durch den Krieg, der unsere Männer, Väter und Söhne mordete oder heute noch hinter Stacheldraht festhält.

Man spricht uns Frauen zwar im allgemeinen die Logik ab, dafür jedoch ein gesundes Empfinden für das Echte und Wahre und einen praktischen Nützlichkeitssinn zu. Ueber das erstere ließe sich streiten. Den praktischen Nützlichkeitssinn beweisen wir nun schon jahrelang am Kochherd. Und das Empfinden für das Echte und Wahre offenbart sich vor allem auch in der christlichen Glaubenstreue der Frauenseele. Dieser Glaube gab uns doch, wenn auch oft unbewußt, den inneren Halt in den langen, furchtbaren Kriegstagen und -nächten und gibt ihn uns heute in den bangen Sorgen ums tägliche Brot.

Es hat schon seinen tieferen Sinn, wenn man sagen hört: würden die Frauen regieren, es gäbe keine Kriege. Bislang waren wir allerdings von der Mitgestaltung am politischen Leben ausgeschaltet. Erst die Neuzeit brachte uns die politische Gleichberechtigung. Wenn die Frauen nun trotzdem seltene Gäste in den Parlamenten sind, dann liegt das doch daran, daß uns die göttliche Ordnung unsere größte Aufgabe, die unserer ganzen Kraft bedarf, im Kreise unserer Familie gestellt hat. Doch durch die Stimmabgabe bei der Wahl ist uns die Möglichkeit in die Hand gegeben, auf die Gestaltung unseres politischen und staatlichen Lebens, in das ja auch wir eingebaut sind, Einfluß zu nehmen, ohne unsere hausfraulichen Pflichten zu vernachlässigen. Leider haben manche Frauen die Wichtigkeit und Bedeutung dieses Mitbestimmungsrechts noch nicht in seiner vollen Tragweite erkannt. Sie sagen: überläßt die Politik den Männern.. Ist dieser Gesichtspunkt vor allem jetzt bei der Neugestaltung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens richtig?

Wir Frauen erkennen schon in dem engen Kreise unserer Familie, von welch großem Segen und tiefer Tragweite die christliche Erziehung und Unterweisung ist, wie unser Glaube der Mittelpunkt ist, der uns fest zusammenhält. Und wir Frauen und Mütter sind ja gerade die Garanten dafür, daß Christus auch in der Familie lebt und wirkt. So soll und muß es auch in unserer großen Familie, im Staate sein. In unserem Südwürttemberg-Hohenzollern ist das christliche Wesen so tief verwurzelt zum Segen seiner Bevölkerung. Daher gilt es vor allem, auch heute im Umbruch der Zeit, dieses Glaubensgut zu hüten und darum besorgt zu sein, daß es von keiner Seite angegriffen oder brutal beseitigt werden kann und daß es lebendig wieder Wurzeln faßt in unserem Volke.

Die Kreistagswahlen im vergangenen Herbst haben der Christlich-Demokratischen Union mehr als 60 Prozent der Stimmen gebracht. Es dürfte dies vor allem auch ein Verdienst der christlichen Frauen sein, die in ihrem gesunden Empfinden für das Echte dieser Partei ihre Stimme gaben. Sie hatten erkannt, daß nur ein Neuaufbau auf dem Fundament der christlichen Sittengesetze möglich und dauerhaft ist. Die Situation hat sich inzwischen nicht geändert. Es zeigt sich im Gegenteil immer mehr, daß Kräfte am Werke sind, die wie Wühlmäuse den Bau dieses Fundaments zu stören und zu zerstören versuchen. Es ist daher sittliche Pflicht jeder christlichen Frau, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Neben der Wahl des Landtags läuft am 18. Mai auch die Abstimmung über die Verfassung. Dieselbe wurde ja bereits aus berufenem Munde kommentiert. Sie entspricht dem christlichen Charakter unseres südwürttemberg-hohenzollerischen Volkes. Die berufstätige Frau sei besonders noch auf Artikel 90 Abs. 2 aufmerksam gemacht, der lautet: „Männer und Frauen stehen bei Wahl und Ausübung des Berufes gleich. Bei gleicher Leistung ist gleicher Lohn zu gewähren." Der Artikel 89 Abs. 2 sichert vor allem den Witwen und Waisen, die im Kriege den Ernährer verloren haben, Schutz und Hilfe zu. Der Artikel 90 Abs. 3 verbietet die gewerbsmäßige Kinderarbeit. Artikel 92 Abs. 1 lautet: „Die Wirtschaft des Landes hat der Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung zu dienen. Zu diesem Zweck können durch Gesetz Erzeugungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen angeordnet werden." Ueber die Schulfrage erschien ja ebenfalls schon ein gesonderter Artikel. Dann sei vor allem auch noch auf Abschnitt XI, Artikel 101 bis 105 hingewiesen, worin Ehe und Familie behandelt werden.

Die christliche Frau kann dem vorgelegten Verfassungsentwurf mit voller Ueberzeugung zustimmen. Sie hat zugleich dafür zu sorgen, daß Männer und Frauen in den Landtag kommen, die auf die richtige Ausführung der in der Verfassung verankerten Bestimmungen nicht nur in demokratischem, sondern auch in christlichem Sinne achten. Hierfür geben die von der CDU. aufgestellten Kandidaten volle Gewähr.

Daher: christliche Frauen, tut eure Pflicht, und geht zur Wahl! Eure Stimme gehört der Christlich-Demokratischen Union und der Verfassung eure Zustimmung!

*Sozialdemokratische Partei*

## Verfassung und CDU.

*Eine Richtigstellung / Von Fritz Erler*

Die „Junge Union" hat auf der Seite der Parteien einige Behauptungen aufgestellt, die falsch sind. Zur Verfassungsfrage sagt sie u. a., daß die sozialen Bestimmungen die Aussicht auf Lastenausgleich und Sozialreform offen ließen und die CDU. die Verfassung abgelehnt hätte, wenn diese Bestimmungen anders gewesen wären. In Wahrheit hat sich gerade die CDU. im Verfassungsausschuß mit aller Entschiedenheit gegen die jetzige Fassung des Artikels 15 Abs. 3 gewehrt, der die Möglichkeit zu Lastenausgleich und Sozialreform erst schafft.

Die Vertreter der CDU. wollten jede Bodenreform zu Lasten des Großgrundbesitzes und jede Sozialreform zur Einschränkung der Macht der großen Kapitalherren unmöglich machen, indem sie immer eine angemessene Entschädigung für die Betroffenen forderten. Gerade die von der Jungen Union angegriffene „Fortlaufmethode" der Sozialdemokraten, d. h. in Wahrheit die entschlossene Haltung unserer Partei in diesen Fragen, hat die CDU. dann doch gezwungen, gegen ihren ursprünglichen Willen den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt möglich zu machen.

Der Warnruf „Ein Land — zwei Verfassungen?" war gegenüber dem CDU.-Entwurf völlig gerechtfertigt und ist glücklicherweise nicht ungehört verhallt. Die von der CDU. entworfene Verfassung Südwürttembergs hätte uns völlig andere Einrichtungen und ein im Wesen anderes Verfassungsrecht als in Nordwürttemberg gebracht, hätte also praktisch aus der zufälligen militärischen Demarkationslinie eine wirkliche Landesgrenze gemacht und damit rechtlich das Land Württemberg zerspalten in einem Augenblick, in dem wohl alle Deutschen die Aufhebung der Zonengrenzen fordern. Erst die Durchschlagskraft des sozialdemokratischen Feldzuges für die Einheit des Landes Württemberg hat dazu geführt, daß die jetzt dem Volke vorliegende Verfassung im wesentlichen mit dem Inhalt der Stuttgarter Verfassung übereinstimmt.

Das ist nicht das Verdienst der CDU., sondern der SP.

Die Politik der SP. geht nicht darauf aus, „den evangelischen Volksteil von der CDU. abzusprengen". Die SP. wird ihren Stimmenzuwachs gleichermaßen bei Katholiken und Protestanten zu verzeichnen haben. Sie verheimlicht aber nicht ihr offenes Ziel, die Mehrheit der CDU. in Südwürttemberg zu brechen. Das ist nötig, weil der von dieser Mehrheit vorgelegte undemokratische, autoritäre und reaktionäre Verfassungsentwurf das ohnehin nur schwer aufkeimende Vertrauen unserer Nachbarn in eine künftige friedliche demokratische Entwicklung unseres Volkes stark erschüttert hat. Wir wollen ähnliche Erfahrungen nicht noch einmal machen.

Die CDU. erhebt offene Vorherrschaftsansprüche mit ihrer Forderung, daß die Zusammensetzung der Regierung mehr dem Wahlergebnis entsprechen müsse. Hier sind die Zahlen: Von 7 Staatssekretären gehören 4 der CDU., 2 der SP. und 1 der DVP. an. Die CDU. hat im Direktorium also die absolute Mehrheit. Wenn sie noch mehr fordert, dann heißt das eben Alleinherrschaft der CDU.

Diesen Willen zur Alleinherrschaft bewies die CDU. bei den Auseinandersetzungen um ihren ersten Verfassungsentwurf. Damals war von ihrer jetzt gepriesenen Verhandlungsbereitschaft keine Rede. „Sie werden uns unnachgiebig finden ..." Wesentliche Aenderungen dieses Entwurfs nehmen wir nicht hin ... Die Autorität muß wieder hergestellt werden. — So scholl es den Abgeordneten der Minderheit entgegen.

Der ganze demokratische Inhalt der Verfassung von der Gestaltung der Grundrechte über die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Landtag bis zu Sozialreform und Mitbestimmungsrecht der Schaffenden, von der Abkehr vom Führerprinzip und der Aufgabe des Staatsrates bis zur erträglichen Regelung der Schulfrage mußte der CDU. abgerungen werden. Ihr wahrer Wille hat sich in ihrem ersten Verfassungsentwurf ausgedrückt. Wer unter der neuen Verfassung wahrhaft freiheitlich und fortschrittlich regiert werden will, der muß diejenige Kraft stärken, welche gegen den Willen der CDU. der Verfassung erst den Geist der Demokratie und des sozialen Fortschritts eingehaucht hat, das ist die

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI!**

## Die SP. und der Frieden

*Resolution des Parteivorstandes am 13. März 1947*

Die Sozialdemokratische Partei erkennt die Verpflichtung des deutschen Volkes zur Wiedergutmachung an. Das Dritte Reich hat für andere europäische Völker und für die Deutschen selbst die Katastrophe heraufbeschworen.

Die Sozialdemokratie ist davon überzeugt, daß die Probleme der Friedensgestaltung nicht mit den Mitteln nationaler Machtpolitik gelöst werden können.

Wenn Deutschland als bloßes Objekt der Annexionen und Reparationen behandelt wird, können Wirtschaft, Politik und Kultur in Europa nicht gesunden. Annexionen sind das am wenigsten geeignete Mittel der Wiedergutmachung und der Friedenssicherung.

Die Sozialdemokratische Partei hat stets in ihrer langen Geschichte für die Gedanken des Völkerfriedens und die Vermeidung jeder nationalen Ungerechtigkeit gekämpft. Nur wenn der Geist der Atlantikcharta die kommende Entwicklung bestimmt, kann ein Frieden geschaffen werden, den die demokratischen und friedliebenden Kräfte als gerecht empfinden.

---

*Die „Tribüne der Parteien" steht zu gleichen Teilen den zugelassenen Parteien zur Verfügung. Die Ausnutzung des ihnen überlassenen Raumes steht bei den Parteien. Für die hier erscheinenden Aufsätze tragen diese, nicht die Redaktion, die Verantwortung.*

## 1683 Ausgewiesene im Kreis Calw

Am 28. Mai 1946 wurde durch das Staatssekretariat für das franz. besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns eine Rechtsanordnung erlassen, wonach alle Personen deutscher Staats- oder Volksangehörigkeit, die bis zum 1. Mai 1945 ihren Wohnsitz außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches nach deren Stand vom 1. März 1938 oder in den deutschen Provinzen östlich der Oder und der Görlitzer Neisse hatten und gegenwärtig dorthin nicht zurückkehren können, einen Ausgewiesenen-Ausweis erhalten. Bis 1. April 1947 wurden im Kreis Calw für 1683 Ausgewiesene solche Ausweise ausgestellt. Von diesen sind 519 Ausgewiesene durch den Staatskommissar für die Umsiedlung dem Kreis Calw zur Unterbringung zugewiesen worden, während die übrigen 1164 meist auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen seit Ende der Kriegshandlungen in den Kreis Calw zugezogen sind. Ein kleiner Teil hielt sich beim Waffenstillstand vorübergehend im Kreis auf und konnte späterhin an seinen eigentlichen Wohnsitz nicht mehr zurückkehren. So z. B. eine Anzahl dienstverpflichteter Rüstungsarbeiter und Lazarettinsassen. Bei der Ausstellung der Ausweise wurde unter anderem festgestellt, aus welchen Gebieten diese Ausgewiesenen stammen. So kommen: 398 aus dem früheren Ostpreußen, 319 aus Schlesien, 194 aus der Tschechoslowakei, 156 aus Ostpommern, 154 aus Polen, 118 aus Oesterreich, 53 aus Ostbrandenburg und 291 aus sonstigen Ländern. Die Ausgewiesenen aus Ostpreußen, Schlesien und Pommern waren teilweise nach ihrer Flucht in Dänemark vorübergehend interniert. Am 17. April ist im Kreisdurchgangslager Wildberg ein Transport mit 108 Ausgewiesenen, ausschließlich Frauen mit Kindern eingetroffen, die bereits in den neuen Heimatgemeinden untergekommen sind.

## Sitzung des Gemeinderats Wildbad mit Landrat Wagner

Herr Landrat Wagner besucht alle seine Kreis-Gemeinden, um mit deren Gemeinderäten einen gegenseitigen Meinungsaustausch zu führen und war zu diesem Zweck am Samstag, den 3. Mai, hier anwesend. Bürgermeister Schlüter gab seiner Freude über diesen Besuch Ausdruck. Zur allgemeinen Lage übergehend schilderte er die besonderen Schwierigkeiten in der Ernährungslage Wildbads, das keinerlei Hinterland mit Landwirtschaft habe und beanstandete die unterschiedliche Behandlung gegenüber gewissen Städten mit Sonderzulagen. Nur dem Wagnis einzelner Händler wäre es zu verdanken, daß mitunter etwas Gemüse und dergl. überhaupt einmal zu bekommen sei. Neben dem Wunsche für eine Förderung des Kurbetriebs und der Schaffung einer besseren Verbindung mit der Kreisstadt durch einen Omnibus, brachte der Bürgermeister noch vieles andere hinsichtlich Ernährung, Kleidung, Treibstoff usw. vor. Zuerst gab der Landrat bekannt, daß durch eine Verfügung der Landesdirektion es notwendig wird, für Herrn Kießling einen geeigneten Ersatz zu finden. Im Verlauf der Aussprache hierüber wurde dem vom Bürgermeister vorgebrachten Wunsche von Seiten der Gemeinderäte beigepflichtet, wonach der Herr Landrat gebeten wird, jeden nur möglichen Versuch für eine Rückkehr von Herrn Stadtinspektor Brachhold aus der Gefangenschaft zu unternehmen. Die freiwerdende Stelle wird zur Bewerbung ausgeschrieben werden. Sodann gab der Herr Landrat Wagner dem Kollegium einen kurzen Bericht über die gute Zusammenarbeit im Kreisversammlungsausschuß. Stichwortartig sollen hier nun all die Punkte angeführt werden, auf die der Landrat sehr ausführlich eingegangen ist. Es sind dies: Kartoffelversorgung, Kartoffelanbauflächen, die Versorgung mit Brot, Gemüse, Eier, Fisch, Fleisch, Textilware, Schuhe, Fahrradbereifung, Hufnägel, Maschinenentnahme, Flüchtlingsproblem, Treibstoffversorgung, Brücke bei Brötzingen, Passierscheinfrage, Wiederbelebung des Fremdenverkehrs, Wiederaufnahme des Betriebs der Papierfabrik usw. Die jeweilige Stellungnahme zu all diesen Punkten bewies, daß der Herr Landrat eingehend mit jedem einzelnen Punkt vertraut ist. In einzelnen Fällen konnte er eine Besserung in Aussicht stellen, wo dies vorerst nicht der Fall sein wird, gab er die Gründe dafür an. Nicht verschwiegen hat er auch die vorgekommenen Fehler, die ihm ebenfalls genauestens bekannt sind. Nachdem Herr Kreisamtmann Rehmann wegen Krankheit sein Amt aufgeben müsse, würde er vorerst diesem ebenfalls vorstehen. Im Vertrauen auf den unermüdlichen Einsatz des Herrn Gouverneurs für seinen Kreis hoffe er, alle die großen Schwierigkeiten bis zum Anschluß an die neue Ernte überbrücken zu können. Für diesen freien Meinungsaustausch, von dem regen Gebrauch gemacht wurde, und durch welchen die Gemeindevertreter ein gutes Rüstzeug zur Aufklärung über manche an sie herangetragene Beschwerde bekommen haben, sprach Bürgermeister Schlüter Herrn Landrat Wagner seinen Dank aus mit dem Wunsche auf eine baldige Wiederholung eines Besuchs. -e.

### „Jugend spricht zur Jugend"

Unter diesem Motto stand ein Abend, zu dem am vergangenen Sonntag das evangelische Jugendwerk die jungen Männer und jungen Mädchen der Stadt Wildbad gerufen hatte. Weit schallte der Posaunenchor in die Stadt hinaus, und bald war der Gemeindesaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Freizeit und Feierabend und seine Gestaltung, darüber sprachen im bunten Wechsel Jungen und Mädchen, indem sie den bunten Inhalt eines Bücherschrankes in Vortrag, Lied, Schilderung und Aufführung entrollten. Technik und Handwerk, Geistesdenken und soziales Wille, Glaubensbotschaft und christliche Wegweisung, all diese Gebiete kamen zu ihrem Recht, auch der Humor der schwäbischen Heimat wurde nicht vergessen. Daß ein christlicher junger Mann und ein christliches Mädchen tätig und mit starkem Willen im Leben steht, prägte sich als feste Ueberzeugung jedem Mitfeiernden ein. Am Ende wurden Arbeitsberichte aus dem Leben des Jugendwerks der Stadt Wildbad gegeben, und ein biblischer Ruf schloß alle Teilnehmer zu einer festen Einheit zusammen. Am Morgen des Jugend-Sonntages hatte ein Gottesdienst Jugend und Alter in der Stadtkirche, nach vorangegangenem Musizieren des Posaunenchors vor der Kirche vereint, während am Vormittag ein Fest-Kindergottesdienst eine große Kinderschar versammelte. Der Jugendsonntag mit der Veranstaltung „Jugend spricht zur Jugend" zeigte überzeugend den Zusammenhalt und Aufbauwillen der evangelischen Jugend Wildbads.

## Blick in die Gemeinden

**Wildbad.** Nunmehr hat auch die Familie Wulz unsere Stadt verlassen, um nach Leonberg überzusiedeln, nachdem Herr Forstmeister Wulz schon seit längerer Zeit seine hiesige Dienststelle aufgegeben und in Stuttgart sein neues Betätigungsfeld gefunden hat. Aus diesem Anlaß sollen nun erstmals öffentlich seine Verdienste für Wildbad in den kritischen Tagen vor der Besetzung erwähnt werden. Wegen Mithilfe bei der Hintertreibung der geplanten Zerstörungsmaßnahmen an den Versorgungseinrichtungen der Stadt, insbesondere aber wegen Sabotage der aktiven Verteidigung von Wildbad war seine Verhaftung angeordnet, die nur durch besondere Umstände dann unterblieb. Sein Einsatz für Wildbad, der in einer Chronik festgehalten und später einmal zur Veröffentlichung gelangen wird, sichert ihm ein bleibendes Gedenken in Wildbad.

**Wildbad.** In wenigen Tagen wird das Staatliche Kurtheater seine Pforten öffnen und seine Gäste werden sich willig vom Zauber der Bühne beglücken lassen. Im Augenblick müssen freilich der Bühnenmeister und seine Gehilfen noch sehr reale Zauberer sein, um alle Schwierigkeiten, vom mangelnden Nagel bis zum Ersatzvorhang, bewältigen zu können. Die von Fred Eisele entworfenen Bühnenbilder zum „Kreidekreis" von Klabund stehen vor der Vollendung und versprechen einen stimmungsvollen Rahmen zu diesem zur Eröffnungsvorstellung vorgesehenen Stück.

**Höfen.** Der Sonntag Cantate brachte der evangelischen Kirchengemeinde eine kirchenmusikalische Feierstunde. Die mit liturgischem Empfinden und musikalischem Geschmack zusammengestellte Feier stand unter dem Motto: „Singet dem Herrn ein neues Lied!" — Neben dem Höfener Kirchenchor unter der Leitung von Herrn Gustav Ungerer haben besonders die beiden blinden Pforzheimer Künstler, Herr Kirchenmusikdirektor L. Kühn (Orgel) und Herr Otto Stähle (Violine), sowie Frau Gertrud Eversbusch, Schömberg (Gesang) ihre Kunst in den Dienst der dankbar und andächtig lauschenden Gemeinde gestellt. Spies.

**Waldrennach.** Aus [illegible] Kriegsgefangenschaft ist dieser Tage der Sohn des Landwirts [illegible] zurückgekehrt. Die Freude bei den Angehörigen war natürlich doppelt groß, zumal die Mutter schon seit Monaten erkrankt ist und damit die ganze Arbeitslast auf den Schultern des Vaters ruhte.

**Birkenfeld.** Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei LKW. wurden mehrere Personen verletzt, eine mußte wegen Schädelbruchs in das Krankenhaus eingeliefert werden.

### Brief aus Neusatz

Die Schulentlaßfeier der Volksschule Neusatz fand am 30. 3. in Form eines Elternabends statt. Geboten wurde „Hannelores Himmelfahrt" von Gerhard Hauptmann als Schüleraufführung. Der Eifer aller Beteiligten hatte nicht nur aller Schwierigkeiten Herr zu werden vermocht, die der Aufbau einer Behelfsbühne mit sich bringt, sondern führte auch zu einem vollen Erfolge. Von den Gesamteinnahmen konnten 160 Mark als Ueberschuß an das Kreiskomitee Calw für den Schulspeisegroschen zum Besten unserer Kriegsgefangenen überwiesen werden. — Vor nicht allzulanger Zeit begingen die Eheleute Ernst Günthner, Säger, 74 Jahre alt, und seine 73jährige Ehefrau Christine, geb. Kull, das Fest der goldenen Hochzeit. Die Gemeinde ließ durch Bürgermeister Wacker die Glückwünsche und ein Geldgeschenk überbringen. Vom Liederkranz wurde das Jubelpaar durch ein Ständchen geehrt. Allgemein wird dem ehrwürdigen Jubelpaar noch ein recht langer, schöner Lebensabend gewünscht. — In letzter Zeit kehrten aus der Kriegsgefangenschaft vier Neusatzer Bürger zurück: Otto Schneider, Christian Herb, Fritz König und Wilhelm Bauer. — Vor einiger Zeit wurde hier in ein unbewohntes Wochenendhaus eingebrochen. Die Einbrecher, die leider noch nicht festgestellt werden konnten, nahmen mit, was nicht niet- und nagelfest war, und schraubten auch die Beleuchtungskörper ab.

## Frühjahrskonzert vom Liederkranz Calmbach

Noch mehr als der vorletzte schöne Frühlings-Sonntagnachmittag lockte der Besuch des Frühlings-Konzertes vom „Liederkranz" im großen Saal vom Gasthof zum „Bahnhof" an; schon lange vor Beginn war der Saal von etwa 550 Besuchern besetzt. Nach einem Orchester-Vortrag „Der Calif von Bagdad" hielt Vorstand Wilhelm Proß die Begrüßungs-Ansprache und dann folgte pausenlos die Abwicklung vom ersten, 11 Nummern umfassenden Teil des mit auserlesenem Geschmack zusammengestellten Programms unter der Gesamtleitung von Herrn Oberlehrer a. D. Fegert, dessen unermüdliche Arbeit das Zustandekommen dieses wunderschön verlaufenen Konzerts zu verdanken ist. Ueber die Darbietungen wäre zu erwähnen, daß Männer-, Frauen- sowie gemischte Chöre, mit und ohne Orchesterebegleitung, ferner Solo-Vorträge verschiedener Art geboten wurden. Herr Roller assistierte seinem noch sehr jungen Sohn, der als Debutant auf der Trompete eine Zigeuner-Romanze blies. Es bildet ein Talent sich in der Stille. Eine noch junge Künstlerin sowohl auf der Violine als auch auf dem Klavier ist Frl. Wurster, welche auf letzterem Herrn Richard Barth bei seinem Cello-Vortrag „Melodie von Rubinstein" erfolgreich zur Seite stand. Das ebenfalls von Frl. Wurster auf dem Klavier gespielte „Frühlingslied" von Mendelssohn war sehr stimmungsvoll und befriedigte allgemein. Auch Herr Fritz Kappler jun. zeichnete sich wiederholt durch seine Klavierbegleitung aus und zwar das eine Mal beim Frauenchor „Chor der Gaisbuben" und das andere Mal beim gemischten Chor „Bergfrühling". Dieses herrliche Lied war in jeder Beziehung ein Glanzpunkt des Programms. Die Männerchöre erfreuten die Zuhörer noch mit einigen schönen, bekannten Liedchen von Silcher, Zander und Nagler. Zum Schluß kam der Männerchor noch ganz besonders zur Geltung mit dem altbekannten Walzerlied „An der schönen blauen Donau" vom Walzerkönig und Altmeister Johann Strauß. Die Begeisterung schlug hohe Wogen und der Applaus wollte kein Ende nehmen, so daß Herr Fegert sich entschließen mußte, diese schönen Melodien da capo zu Gehör zu bringen. Auch dem gutgeschulten Orchester, ohne welches das Zustandekommen des Konzerts nicht möglich gewesen wäre, dürfen wir unsere Anerkennung mit aufrichtigem Dank nicht versagen. Das Zusammenspiel war einwandfrei und ließ an Präzision nichts zu wünschen übrig. Die ganze Organisation, aufgebaut mit nur einheimischen Kräften, funktionierte tadellos. Sie war das Werk des Dirigenten, Herrn Fegert, dessen Verdienste der Vorstand in seiner Schlußansprache mit Dankesworten kennzeichnete. Auf dem großen Podium waren über 100 Mitwirkende. Der Damenchor allein umfaßte etwa 45 gute, zumist junge Kräfte. Einen weiteren Zuwachs an stimmbegabten Damen und Herren möchten wir dem „Liederkranz" gönnen. Bl.

## Volk spielt fürs Volk

In aller Stille hat sich in unserer Kreisstadt ein neuer Klangkörper gebildet, der sich nun am letzten Dienstag mit einem Konzert unter dem oben genannten Motto der Oeffentlichkeit vorgestellt hat. **Alhaca Harmonika-Orchester Calw.** Es darf offen zugegeben werden, daß nicht alle Freunde der Musik diesem Instrument zugetan sind, was wohl auch darauf zurückzuführen ist, daß nicht jeder „Ziehorgler" Anspruch auf die Bezeichnung Musiker erheben kann. Was wir aber an diesem Abend in der ausverkauften Turnhalle zu hören bekamen, hat die Berechtigung dazu vollauf erworben. Es wurde da von den zwei Dutzend Harmonikern, von denen etwa ein Viertel dem weiblichen Geschlecht angehören, auf der Hohner nicht nur Luft gezogen, um dann in gewaltiges Fortissimo übergehen zu können, im Gegenteil, denn auch das zarteste Pianissimo wurde da, wo es die Noten so wollen, empfindsam gewahrt. Alfred Haug, auf diesem musikalischen Gebiet kein Unbekannter, ist der Gründer und Leiter des Orchesters, und er ist der Mann, der das, was er beginnt, auch zum gesteckten Ziel führt. Wenn auch, wie man wohl sehen und hören konnte, Meister darunter waren, so stellt die Tatsache, daß 15—20 Uebungsstunden schon einen solch einheitlichen Klangkörper auf die Bühne stellen konnten, dem Leiter und seinen Schülern das beste Zeugnis aus. So ließ auch die gute Vorarbeit, das ungekünstelte, dafür um so mehr bewußte Folgen und der sichere Dirigentenstab während der Vorträge kaum eine Dissonanz aufkommen. Das Programm war geschickt und wohl bewußt so zusammengestellt, daß man diesem Musikinstrument keinen Vorwurf der Einseitigkeit machen konnte; dafür sorgten dann im ersten Teil auch ein Choral von Schumann, drei kleine Feiermusiken von Hugo Herrmann und das Ave Verum von Mozart, ein Trio mit Violine Morgen- und Abendmusik und ein Intermezzo aus der Oper „Cavalleria rusticana". Im zweiten Teil folgten dann beschwingtere Weisen: Walzer, Polka und Lied sowie Meister Schittenhelms Bauernhochzeit und Schwäbisches Allerlei. Was der Dirigent auch einhielt und worin wir mit ihm einig gehen, ist: Flotte Abwicklung mit nur kurzen Pausen. Alles in allem: Es waren zwei sehr genußreiche und unterhaltsame Stunden, für die mit viel und aufrichtigem Beifall gedankt wurde. Wir gratulieren dem Orchester und seinem Dirigenten zu seinem ersten und gleich vollen Erfolg, wie wir auch davon überzeugt sind, daß man weiter fortzuschreiten und zu feilen gewillt ist. Der Erlös der Veranstaltung wurde dem Sozialen Hilfswerk der Stadt Calw zur Verfügung gestellt. Kl.

## Familiennachrichten

Neuenbürg, 7. Mai 1947.

Unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwiegermutter und Tante

**Gottliebin Malmsheimer**
geborene Rentschler

ist uns im Alter von bereits 78 Jahren infolge eines Schlaganfalls entrissen worden. — Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die trostreichen Worte des Herrn Dekan, die vielen Kranz- und Blumenspenden und allen, die sie zu ihrer letzten Ruhestätte geleiteten, sagen wir unseren herzlichsten Dank. In stiller Trauer: Familie Hagelstein, Herrenberg, Bismarckstr. 4; Familie Weidenbach, Calw, Bischofstr. 62.

Engelsbrand, 6. Mai 1947.

Statt einem erhofften Wiedersehen erhielten wir die überaus schmerzliche Nachricht, daß unser hoffnungsvoller, braver, einziger Sohn, mein über alles geliebter Bruder, Enkel und Neffe

**Werner Maisenbacher,**
Kaufmann
geboren 30. April 1922

infolge schwerer Verwundung im Dienstgruppenlazarett verstorben ist. Unser lieber Werner ruht im deutschen Soldatenfriedhof in Kopenhagen, Dänemark. In tiefem, unsagbaren Leid: Die Eltern: Gottlob Maisenbacher und Frau Berta, geb. Schöninger; die Schwester: Dora. — Trauergottesdienst findet am Sonntag, 18. Mai, 14 Uhr, statt.

## Aerztetafel

**Dr. med. Buddeberg, prakt. Arzt, Engelsbrand.** — Aenderung der Sprechstundenzeiten. Ab 19. 5. 47 fällt meine Nachmittags-Sprechstunde aus. Sprechstunde nur noch vormittags von 8—11 Uhr Werktags, außer Mittwochs. Dringende Besuchen könn. telefonisch angemeldet werd. Neuenbürg 258.

**„Zahnpraxis Klauser, Neuenbürg".** Ich übe die Praxistätigkeit ab sofort in der Zahnpraxis Klauser aus. Sprechzeiten von 9—12 und 3—6 Uhr. Mittwoch-Nachmittag u. Samstags keine Sprechstunde. **E. Botz,** staatl. gepr. Dentist, **Neuenbürg.**

## Geschäftliches

**Wir empfehlen uns** in Schreib- u. Rechenmaschinen - Reparaturen. Ebenso werden auch zerbrochene Schreibmaschinen auf neu wieder hergestellt; wie neu gelagert, lackiert und vernickelt. **Valentin Seubert u. Sohn,** Werkstätten in Pforzheim, Hohenstaufenstraße 5, Neuenbürg, Bahnhofstraße 13.

**Kartenreiter und Typenreiniger** eingetroffen. Bürobedarfshaus H. Mühlberger, Calw, Marktplatz Nr. 24, Telefon 690.

**Aelteste Ehean bahnung.** Südd. Frau Erika Hofmann, Stuttgart-W., Gutenbergstraße 9, Telefon 69815

## Stellengesuche

**Suche Stellung als Remonteur oder Uhrmacher,** z. Zt. tätig als Uhrmacher; auch Abteilungsleiter. Mit Betriebswohnung mindestens ein Zimmer und Küche. Wo ist solcher Posten frei? Eilangeb. u. C 1722 an Schw. T. Neuenbürg.

**Zwei Mädchen,** Alter 17 und 20 J., ehrl. und fleißig, Ostflüchtlinge aus Schlesien, z. Zt. in Westfal. beschäftigt, suchen Stellung in Privathaushalt od. Geschäftshaus in der Nähe Pforzheim od. Stuttgart auf 1. Juni 1947. Zuzugsgenehmigung muß besorgt werden. Angeb. u. C 2816 an S. T. Calw.

## Stellenangebote

Gipser, 2 jüngere, tüchtige, werden gesucht. Kost kann evtl. gegeben werden, Gebr. Beutler, Gipser- u. Malergeschäft, Deckenpfronn, Kreis Calw.

Tüchtiges oder jüngere Frau mit guter Schulbildung, die Kurz- und Maschinenschrift beherrscht, sofort oder später gesucht. Nur schriftliche Angebote mit Zeugnissen und Gehaltsforderung an A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.

**Ehrlicher Junge,** der das Bäckerhandwerk erlernen will, wird gesucht. Hans Pfrommer, Brot- und Feinbäck., Bad Liebenzell, Kirchstraße 39, Telefon 135.

**Lötterinnen** auf Kordelketten in Heimarbeit gesucht. Apparat wird gestellt. Otto Junkert, Pforzheim, Bleichstraße 82.

**Geprüfte Krankengymnastin** für Sanatorium im Nordschwarzwald gesucht. Angebote möglichst aus der südfranz. Zone mit Lebenslauf, Lichtbild und unter Angabe der Gehaltsansprüche erbeten u. C 2821 an Schw. Tagbl. Calw.

**Einige Mädchen, Frauen,** sowie eine Strickerin für leichte Arbeiten sofort oder später gesucht. Albert Braun, Gummistrickerei, Calw, Ed.-Conz-straße Nr. 23.

**Tüchtige Hausbäckerin** für 2 Personen **sofort gesucht.** Näheres bei Friseur Neulang, Hirsau, an der Brücke.

**Fleißiges Mädchen,** nicht unter 17 Jahren, für Haushalt sofort oder auf 1. Juni gesucht. Frau Herrmann, Oelmühle, Stammheim.

**Ordentlich., fleiß. Mädchen,** auch für Haushalt und Bedienen, mit Familienanschluß, eventl. auch Pflichtjahrmädchen, gesucht. Otto Kugler, z. „Löwen", Altensteig bei Nagold, Telefon 404.

**Mädchen,** 16—18jährig, für Haus und kleinere Landwirtschaft auf 15. 5. oder 1. 6. gesucht. Angeb. unter C 2809 an S. T. Calw.

## Kaufgesuche

**Zweispänner-Mähmaschine,** neuw. oder gut erh., zu kauf. gesucht. Zu erfragen bei Werbed. Lauk, Anz.-Verm., Altensteig/Württ.

**Seilwinde** (Seilaufzug), 2—5 Zentn. Tragkraft, für Handbetrieb zu kaufen **gesucht.** Angebote unter C 2825 **an** Schw. Tagbl. Calw.

**Automotoren,** gebr. und defekt, und Einzelteile, Adler, BMW., Borgward, DKW, Fiat, Ford, Hanomag, Hansa, Mercedes, Opel, Steyr, Volkswagen, Wanderer, GMC und Jeep. Ferner Ford-Personen- und Lastwagen sowie sämtliche Einzelteile. Gute Bezahlung oder Gegenlieferung. **Alfred Maisch, Backnang/Württ.**

**Ein Damenkleid, Gr. 42,** ein Paar Strümpfe, Gr. 9, u. 1 Pr. Schuhe, Gr. 37, dringend zu kaufen ges. Bezahlung evtl. in Briefmarken Zone francaise zu 1.2 und 5 Mk. Angeb. u. C 2820 an S. T. Calw.

## Verkäufe

**Sportanzug,** Größe 1.85, abzugeben. Angeb. u. C 2815 an S. T. Calw.

**Ein Motorradreifen,** 3.00x19, neuw., evtl. Schlauch dazu, hat abzug. Angeb. u. C 2824 an S. T. Calw.

**Zwei Paar guterh. eiserne Fensterläden** hat abzugeben. H. 1.24½, Br. 1.17, H. 1.29, Br. 1.17. Angeb. unt. C 1725 an S. T. Neuenbürg.

**Strickwolle, 400 Gramm,** gute, sowie Einkaufstasche gibt ab. Das wird jung. Ziegenlamm gesucht. Angeb. u. C 2830 an S. T. Calw.

**Arbeitsschuhe,** Gr. 42/43, neuw., abzugeben. Daselbst wird Milchziege gesucht. Angeb. u. C 2829 an Schwäb. Tagblatt Calw.

**Schüler-Schreibpult** hat abzugeben. Rieckert, Hirsau, Telefon 602.

**Hasenstall,** zweiteilig, abzugeben. Angeb. Postfach 10, Schömberg.

## Tausch / Geboten

**Hobelbank,** ältere, noch gute, zwei einfache weiße Bettstellen (Holz), 1 kl. Tisch, 1 fast neuer Schubkarren; gesucht ein klein., einfaches Zimmer-, evtl. Küchen-Büfett, ca. 1.20—1.30 m, sowie 1 Sessel mit Seitenlehne u. Stoffbezug, kein Led. Frau E. Weigold Ww., Herrenalb, Ob. Sleinh. 107.

**Herrenhalbschuhe,** braun, Gr. 42, neuw.; ges. graue Herrenhose f. Gr. 1.80, gute Qual. Ausk. ert. d. Geschäftsst. d. S. T. Calw.

**Zugstiefel,** neuw., Gr. 45/46; ges. ebensolche Gr. 42/43. Angebote unter C 2832 an S. T. Calw.

**Radioröhren:** EBF 11, ECH 11, EF 11, EM 11, Eisen-Urdox EU IX; ges. gt. H.-Anzugstoff. Angebote unter C 1724 an S. T. Neuenbg.

**Matratzen oder Polstermöbel;** ges. guterh. Schreibmaschine. Angeb. unter C 2810 an S. T. Calw.

**Elektr. Bohr- und Schleifmaschine,** 6 mm, 220 Volt; ges. Wohnzimmerbüfett od. moderne Kredenz. Angebote unter C 1727 an Schw. Tagblatt Neuenbürg.

**Rucksack** mit Traggestell; gesucht 2 größere Kochtöpfe. Angeb. u. C 2833 an Schw. Tagbl. Calw.

**Herrenanzug,** neuwertig, Gr. 1.70; ges. Radio, Wechsel- od. Allstr., evtl. Aufzahlung. Angebote unt. C 2823 an Schw. Tagbl. Calw.

**D.-Uebergangsmantel,** schwz., Gr. 42, sehr gut erh.; ges. D.-Staubmantel, Gr. 42, gleichwert. Ausk. Geschäftsstelle des S. T. Calw.

**Kleid,** hübsches, jugendl., Gr. 42 bis 44; ges. Kochtopf für elektr. Herd oder 3½ m Dirndlstoff. Angeb. unt. C 2814 an S. T. Calw.

**H.-Sommermantel,** neuw., und H.-Wintermantel, gut erh., l. Gr. 1.80; ges. beides f. Größe 1.65. Geb. 1 Pr. H.-Halbschuhe, Gr. 42, u. 1 Pr. weiße D.-Leinenschuhe, Gr. 39; ges. je 1 P. D.-Schuhe, 40. Angeb. u. C 2813 an S. T. Calw.

**Blocker Elektro Lux,** Damenfahrrad, großer Kleiderschrank, alles gut erhalt.; ges. Schreibmaschine und Anzug für 18-Jähr., 1.65 groß. Angeb. u. C 2811 an S. T. Calw.

**Büroschreibmaschine,** neuw.; ges. neuw. Schlafzimmer od. a. Möbel. Angeb. u. C 2818 an S. T. Calw.

**½ Geige,** Wert 100 RM.; gesucht Fahrradbereifung, kompl., 28½×1.75. Ang. C 2812 an S. T. Calw.

**Foto,** 6x9, mit Compurverschluß, 3.8 stark, gut erh.; ges. Herren-Anzugstoff. Angeb. u. Nr. 561 an den Werbedienst Lauk, Anz.-Verm., Altensteig/Württ.

## Heiratsanzeigen

**Kriegerwitwe,** 31 J. alt, 1.58 groß, beruflich tätig, mit 2 Mädchen, 4 u. 11 J. alt, wünscht sich wied. zu verheiraten mit gutem charaktervoll. Mann. Kpl. Wohnungseinrichtung und etwas Vermögen sind vorhanden. Zuschriften unt. C 1726 an Schw. Tagbl. Neuenbg.

**Mechanikermeister,** Ww., 2 Kind., 45 J., m. eig. Wohn., **Werkmeister,** 56 J., symp., in gut. Verh., **Heit. sonnig. Mädel,** 22 J., aus gut. Famil. in best. **Verh., häusl.** erzog. Diskrete Auskünfte **erteilt** auch über andere Vormerkungen die **Aelteste** Ehean bahnung Süddeutschl. Frau Erika Hofmann, Stuttgart-W., Gutenbergstraße 9, Telefon 69815.

**Schweizer,** 21 Jahre, Eisenhändler, wünscht geeig. pass. Dame aus Geschäftskreisen, welche nach der Schweiz geht. **Geschäftsführer,** 37 J., Ww., eig. Wohng., Vermög. **Witwe,** 36 J., mit 2 reiz. Kindern, häusl., eig. Wohng. u. Barvermög. Diskrete Auskünfte auch über andere Vormerkungen erteilt gerne Frau Erika Hofmann, Stuttgart-W., Gutenbergstraße 9, Telefon 69815.

## Verschiedenes

**Bürgermeister!**
Welche größere Gemeinde oder Stadt hat an der Errichtung eines Kinos durch Fachmann Interesse? Einrichtung vorhanden. Gefl. Angebote erbeten unter K 1254 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg/Breisgau.

**Möbl. Zimmer** mit Kochgelegenheit sucht Fräul. in Birkenfeld. Ang. u. C 1718 an S. T. Neuenbürg.

## Tiermarkt

**Junge Nutz- und Schalkuh** oder Kalbin, je hochträchtig, sowie Drehstrommotor, 6 PS., neuwert., abzugeben. Daselbst werden Sägmaschine od. sonst. landw. Maschinen gesucht. Ausk. erteilt d. Geschäftsstelle des S. T. Calw.

**Rind,** 1½jährig, tauscht gegen ca. 10 Ztr. schweren Stier (Wertausgleich). Gotth. Eisenhardt, Dachtel.

**Sahnenziege,** neumelkig, 2 mal gelammt; ges. starken Einspänner-Maulesel od. leichteres Einspänner-Pferd. Friedrich Vester, Gartenbau, Birkenfeld/Württ.

**Deutscher Schäferhund** (nicht reinrassig), 8 Monate alt, zu verk. Anfr. u. C 2817 an S. T. Calw.

**Wollshündin,** 1½jährig, sehr wachsam und scharf, umständehalber abzugeben. Ausk. erteilt die Geschäftsstelle des S. T. Calw.

**Foxterrier,** 10 Wochen alt, zu verkaufen. Zu erfragen bei Werbedienst Lauk, Anz.-Verm., Altensteig/Württemberg.

**Foxterrier,** ½jährig, zu verkaufen. Angeb. u. C 2819 an S. T. Calw.

**Schnauzer,** junge, rassereine, hat abzugeben. Gasthof zur Waldlust, Nagold.

# WIRTSCHAFT UND VERKEHR

## Trümmerhypotheken

Hinsichtlich der rechtlichen Behandlung der Hypotheken, die auf die durch den Krieg zerstörten oder schwer beschädigten Grundstücke eingetragen sind, der sog. Trümmerhypotheken, gehen die Meinungen noch stark auseinander. Die Gläubiger dieser Hypothekenforderungen wollen sich an die persönliche Darlehensforderung halten. Diese könne durch den Untergang des Pfandobjekts grundsätzlich nicht berührt werden, so lange der Schuldner aus sonstigen Mitteln noch zu zahlen in der Lage sei. Die Schuldner hingegen verweisen auf den tatsächlichen Zusammenhang, den die Darlehensschuld mit dem Gebäude in den meisten Fällen (z. B. Restkaufgeld, Hauszinssteuerablösungsdarlehen, Baugeld usw.) hatte. Sie erklären es für ungerecht, mit einer Zahlung von Zinsen oder Kapital der Hypothek das Kriegsrisiko allein tragen zu müssen, so lange ihre Kriegsschädenforderung an den Staat nicht entsprechend anerkannt worden sei. Der Volkswirt verweist darauf, daß die Frage dieser Trümmerhypotheken dem Wiederaufbau oft entgegensteht, weil sie die Erlangung des dazu benötigten neuen Realkredits verhindert. Einen Vorschlag zur summarischen Regelung machte kürzlich der „Tagesspiegel" mit der Forderung, „die Hypothekengläubiger sollten einen dem Risiko des Geldgebers entsprechenden Anteil an dem Schaden tragen, den die Hausbesitzer durch die Zerstörung der Gebäude erlitten haben". Als „erster Schritt zur Regelung des Lastenausgleichs" sei deshalb eine solche Anordnung dringend erfördertich.

Schwierig gestaltet sich die Behandlung der Trümmerhypotheken vor allem auch in der Vermögenserklärung für 1946. Sie gehören hier in den Teil A der Erklärung, der die nicht fraglichen Vermögensgegenstände zu enthalten hat. Für ihre Bewertung besagt der Erlaß der Steuerveranlagung 1946 (Steuer- und Zollblatt 1947, S. 21): „Hypotheken sind regelmäßig langfristige Kapitalanlagen. Es wird deshalb in den meisten Fällen ein mäßiger Abschlag vom Neuwert ausreichen, wenn mit dem Wiederaufbau des Gebäudes zu rechnen ist". Diese letztgenannte Voraussetzung wird bei der Steuererklärung zu beachten sein. Zumeist werden dem Schuldner die Mittel zum Wiederaufbau gerade dann fehlen, wenn das Grundstück erheblich belastet war. Mit mehr als dem Anteil, mit dem der Grund- und Bodenwert im Einheitswert des Grundstückes enthalten ist, wird er die Hypothek dann nicht bewerten können. Dabei sind die Enttrümmerungskosten noch nicht einmal berücksichtigt, die den Wert des Pfandobjektes gleichfalls noch belasten.

### Polnische Kohle für Portugal

Dem polnischen Außenministerium wurden drei gleichlautend abgefaßte Noten der französischen, britischen und amerikanischen Regierung hinsichtlich des geplanten Verkaufs polnischer Kohle an Portugal, für die Goldzahlung vorgesehen ist, zugeteilt. Die polnische Regierung wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Goldklausel im Gegensatz zu den Abkommen von Bretton Woods und der am 22. 2. 44 über Zahlungen in Gold abgegebenen Erklärung steht. Am Schluß der Noten wird die polnische Regierung aufgefordert, sich genauenstens darüber zu informieren, ob das in Zahlung zu nehmende Gold etwa zu unrechtmäßig erworbenen Beständen gehört, welche die Hitlerregierung in Portugal in Sicherheit gebracht haben könnte. Es wäre in diesem Falle völlig unmöglich, das Gold später anderweitig als Zahlungsmittel zu verwenden.

### Handelsbesprechungen vertagt

PARIS. Die für den 5. Mai vorgesehenen Handelsbesprechungen zwischen der französischen Regierung und Vertretern der anglo-amerikanischen Besatzungszone wurden in letzter Minute verschoben. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums erklärte hierzu, es sei noch kein neuer Zeitpunkt zur Aufnahme der Verhandlungen festgelegt.

*Anglo-amerikanische Zone*

WIESBADEN. Die Gesellschaft zur Erfassung von Rüstungsgut mbH. hat die Aufgabe erhalten, eine Ausstellung aufzubauen. Es soll auf ihr an praktischen Beispielen die Verwertung ehemaliger Wehrmachtsgüter und überschüssiger amerikanischer Heeresbestände gezeigt werden. Alle Firmen, die von den zuständigen Behörden Zuweisungen von ehemaligem Wehrmachtsgut oder amerikanischen Beständen erhalten haben, werden im Interesse weiterer Freigaben gebeten, Muster ihrer Produktion — gleichviel, ob sie dem deutschen Markt zugeführt wird oder zu Exportzwecken vorgesehen ist — der Gesellschaft zur Erfassung von Rüstungsgut leihweise zur Verfügung zu stellen. Muster, denen Ausgangsmaterialien beizufügen sind, mögen an das Büro der Gesellschaft, München 13, Winzerstraße 32, oder an deren Zweigstelle für Hessen in Wiesbaden, gesandt werden.

BERLIN. Die Finanzabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland hat Verwalter für die Großbanken — Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank — eingesetzt und dies durch Gesetz Nr. 57 veröffentlicht, das sofort in Kraft getreten ist. Diese im Sinne des Potsdamer Abkommens getroffene Maßnahme verfolgt den Zweck, die Wirtschaft Deutschlands zu dezentralisieren.

BREMEN. Im April wurden 63 815 t Güter zum Verbrauch in der USA.-Zone auf Veranlassung der amerikanischen Militärregierung über Bremen importiert, darunter u. a. 32 272 t Saatkartoffeln, 14 756 t Mais sowie geringere Mengen Baumwolle, Düngemittel, Saaterbsen, Sojabohnen und Sämereien.

*Französische Zone*

### Erhöhte Lederprämie

KOBLENZ. Die französische Militärregierung hat im Interesse der Produktionserhöhung für das Jahr 1947 eine erhöhte Lederprämie für die Abgabe der dringend benötigten Gerbrinden in der ganzen französischen Zone festgesetzt. Wer 1000 kg Eichengerbrinde abliefert, erhält 1 kg, wer 1000 kg Fichtengerbrinde abliefert, erhält 0,6 kg Leder. Der Verkauf der Gerbrinde darf nur gegen Einkaufschein geschehen; das zuständige Forstamt verabfolgt gegen einen bestimmten Abschnitt des Einkaufscheines, der vom Verkäufer an den Rindenablieferer ausgehändigt wird, sofort die entsprechenden Mengen Lederwaren. Gerbrindenverkauf ohne Einkaufschein ist verboten; der Bahnversand von Gerbrinden kann nur mit von der Zentrale für Lederwirtschaft in Worms abgestempelten Frachtbriefen geschehen.

### Neues aus der Industrie

Die DEGUSSA-Karbidfabrik in Wyhlen, die seit Anfang ds. Js. still lag, konnte im Monat März ihre Fertigung wieder aufnehmen.

•

Die Firma Vita-Gmbh. in Säckingen, ein Spezialunternehmen für zahntechnischen Bedarf, wurde von amtlicher Seite aufgefordert, die Fertigung zu verdoppeln.

Die Maschinenfabrik Martin in Offenburg konnte zu Beginn des Monats März ihre Arbeit wieder aufnehmen.

•

Karl Nestler GmbH., Armaturen, Schweißbrenner, Küchenmaschinen und Gußteile in Lahr, ist wieder zur vollen Beschäftigung übergegangen.

•

Die Bürstenindustrie Todtnau plant die Ansiedlung sudetendeutscher aus der Tschechoslowakei ausgewiesener Facharbeiter.

•

Die Lonzawerke in Waldshut haben die Absicht, die Kaliproduktion wieder aufzunehmen. Es fehlt zunächst an den notwendigen Arbeitskräften.

BADEN-BADEN. Die Militärregierung für die franz. Besatzungszone Deutschlands gibt bekannt, daß die zurzeit laufende Erfassung und Auswahl von Werkzeugmaschinen auf Grund der vom französischen Oberkommando in Berlin und der dem interalliierten Reparationskomitee in Brüssel gegenüber eingegangenen Verpflichtungen durchgeführt wird, wie dies auch gleichzeitig britischerseits auf Grund gleichlautender Verpflichtungen gehandhabt wird.

Zweck dieser Maßnahme ist, für den z. T. äußerst dringlichen, keinen Aufschub duldenden Bedarf an Ersatz für die ausgefallenen Maschinen in allen dem deutschen Angriff zum Opfer gefallenen Ländern Sorge zu tragen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Länder, die unter den härtesten und für ihre Wirtschaft äußerst schwer zu überwindenden Verlusten und Plünderungen zu leiden hatten.

*Ausland*

Am 7. Mai begann unter dem Vorsitz des Präsidenten der französischen Republik der internationale Kongreß des Weltpostvereins, an dem Vertreter von 85 Staaten teilnehmen werden. Deutschland wird durch einen Delegierten des Interalliierten Kontrollrats vertreten sein, dem eine Reihe deutscher Delegierter zur Seite stehen. Auf der Tagesordnung stehen zahlreiche Fragen, unter denen insbesondere die Frage der Angliederung des Weltpostvereins an die UN. heftige Debatten hervorrufen dürfte.

## Die Bevölkerungsbewegung in der Sowjetunion

BADEN-BADEN. Die Bevölkerungsbewegung der Sowjetunion zeigt folgendes Bild:

| | |
|---|---|
| 1926: 147 Millionen | 1933: 166 Millionen |
| 1930: 158 Millionen | 1939: 170 Millionen |

Die Zunahme der Bevölkerung ist weniger auf Zunahme der Geburten, als auf Verminderung der Sterblichkeit, infolge verbesserter hygienischer und sanitärer Verhältnisse zurückzuführen. Die Sterblichkeitsziffer ist von 20,9 Prozent 1926 auf 15 Prozent 1939 gefallen. Die Verluste an Menschen im ersten Weltkrieg und Bürgerkrieg einschließlich Emigration werden auf 19 Millionen veranschlagt.

Verteilung der Bevölkerung auf die hauptsächlichen Bundesrepubliken (1939):

| | |
|---|---|
| Russische Sowjetrepublik (RSFSR.) (92,5 Proz. des Gesamtterritoriums) | 109,27 Millionen |
| Ukraine | 30,90 Millionen |
| Weißrußland | 5,50 Millionen |
| Aserbeidschan | 3,20 Millionen |
| Georgien | 3,50 Millionen |
| Usbekistan | 6,28 Millionen |
| Kasakstan | 6,14 Millionen |

Nach Altersklassen setzte sich die Bevölkerung der Gesamtunion 1939 wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| 0 bis 7 Jahren | 18,4 Prozent |
| 7 bis 15 Jahren | 17,0 Prozent |
| 15 bis 19 Jahren | 8,8 Prozent |
| 20 bis 29 Jahren | 18,0 Prozent |
| 30 bis 39 Jahren | 15,0 Prozent |

Für die jüngste Zeit liegen genaue Ziffern noch nicht vor, jedoch wird unter Zugrundelegung der Zahlen, die sich bei den Wahlen zu den Sowjets ergeben, wobei auf 300 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt, von fachmännischer Seite für 1946 eine Bevölkerung von 196 Millionen einschließlich der neuerworbenen Gebiete errechnet. Dabei sind die Verluste im letzten Weltkrieg, die (Stichtag 1. Mai 1945) auf über 17 Millionen (7 Millionen Soldaten und 10 Millionen Zivilisten) berechnet werden, berücksichtigt.

Die Berufsgliederung war im Jahre 1940 folgende:

| | |
|---|---|
| Industrieunternehmungen und Staatsgüter | 32,2 Prozent |
| Kollektive Bauernwirtschaften (Kolchose) | 44,6 Prozent |
| Angehörige des öffentlichen Dienstes | 17,5 Prozent |
| Handwerkergenossenschaften | 2,2 Prozent |
| Individuell arbeitende Bauern und Handwerker | 3,5 Prozent |

Nationalitätsgemäß überwiegt das slawische Element mit über 78 Prozent der Gesamtbevölkerung (58 Prozent Großrussen, 17 Prozent Ukrainer, 3 Prozent Weißrussen).

Nach einer 1943 auf Veranlassung des Völkerbundes veranstalteten Untersuchung ist der jährliche Bevölkerungszuwachs der Sowjetunion auf 1,5 Prozent zu veranschlagen, was im Jahre 1970, ohne Berücksichtigung des seit 1945 eingetretenen Gebietszuwachses eine Bevölkerungsziffer von 285 Millionen ergeben würde. Nach der gleichen Quelle würde die gesamtslawische Bevölkerung Eurasiens im Jahre 1970 338 Millionen betragen.

## Auflagen der Pariser Zeitungen

Die neuesten Auflageziffern der Pariser Zeitungen, die alle drei Monate auf Grund der im abgelaufenen Quartal tatsächlich verkauften Exemplare von einer besonderen Kommission festgesetzt werden, zeigen, daß die Abendzeitungen, d. h. die eigentlichen Boulevard-Blätter, heute wie in der Vorkriegszeit den größten Publikumserfolg haben. An erster Stelle marschiert „France-Soir" mit einer Auflage von 578 800 Exemplaren, „Paris Presse" verkauft 478 000 und „Le Soir" 448 000 Exemplare.

Von den großen Parteiblättern hat die kommunistische „Humanité" mit 450 000 Exemplaren die größte Verbreitung. Auch die den Kommunisten nahestehende Zeitung „Franc-Tireur" hat mit 350 000 Exemplaren einen verhältnismäßig hohen Absatz. Das radikalsozialistische Blatt „Aurore" druckt 205 000, der sozialistische „Populaire" 150 000 und das Organ der volksrepublikanischen Bewegung „L'Aube" 125 000 Exemplare.

Unter den parteilosen Blättern hat der „Figaro" mit 399 000 Exemplaren die größte Auflage, „Le Monde" setzt dagegen nur 174 000 und „Combat" 117 000 Exemplare ab. Die kleinsten Auflageziffern haben die radikalsozialistische „Dépêche de Paris" (20 000) und das unabhängige rechtsgerichtete Organ „L'Ordre" (15 000).

## *Am Rande ...*

*Politische Enthaltsamkeit*

*In der britischen Zone verteilten Unbekannte vor der Wahl ein Flugblatt, das zum Wählerstreik aufforderte. Diejenigen, an die sich das Flugblatt wandte, haben eine zwölfjährige Schulung hinter sich, die ihnen die Befolgung anonymer Parolen als ein höchst strafwürdiges Verbrechen, als Hoch- und Landesverrat zugleich, darstellte. Aber trotzdem folgten die jungen Leute dem anonymen Verfasser und blieben in großen Scharen der Wahl fern.*

*Der Publizist könnte nun bequemerweise die Nichtwähler kurzerhand zu Nazis stempeln, wie dies auch vielfach geschehen ist. Es wurde gesagt, diese jungen Menschen warten auf die Rückkehr ihres heimlichen Meisters und warten auf neue kriegerische Auseinandersetzungen.*

*Aber so billig darf über die politische Enthaltsamkeit der jungen Menschen nicht hinweggegangen werden.*

*Sind sie wirklich die versteckten und verstockten Nazis, von denen es freilich noch viele gibt, die auf diese Art demonstrierten?*

*Oder ist es nicht so, daß jung und alt verschiedene Sprachen reden, daß, wenn die Alten Demokratie sagen, die Jungen Parteidoktrin meinen, Parteidoktrin, wie sie es eben so auffassen. Die jungen Menschen stehen fassungslos vor den Erscheinungen des politischen Lebens. Eine Debatte im Landtag ist ihnen Disziplinlosigkeit und eine heftige Auseinandersetzung über Bodenreform ein Skandal. Für sie war das Leben bisher so einfacher und so unproblematisch: Einer befahl, und sie gehorchten.*

*Wer bei der Jugend Gehör haben will, muß ihre Sprache sprechen. Das braucht nicht die Kommandosprache zu sein. Aber ihre Aufgeschlossenheit zur Tat muß angeredet werden. Der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe erzählt in der neuen Jugendzeitung „Da" etwas dafür Bezeichnendes: Als er in einer öffentlichen Kundgebung zur Jugend vom Aufbau redete, lachte sie ihn aus. Aber als er ihr Pickel und Schaufel zu diesem vorher beredeten Aufbau bereitstellte, war sie da.*

*Junge Menschen wollen eine Aufgabe haben. In ihrer Erfüllung sehen sie den ersten Schritt zur Demokratie. Das andere, die so notwendige Diskussion der Parteien, werden sie noch verstehen lernen. Bis dorthin aber wollen wir Geduld haben.* elan

*Die Uebermenschen*

*Der 24jährige Hans Stimming, der Führer eines neuen pangermanischen Weltstaates werden wollte, wurde von der Gießener Spruchkammer in die Gruppe der Aktivisten eingereiht. Stimming plante, in Brasilien eine Kolonie von „Uebermenschen" zu gründen und diese Gruppe nach dem Abzug der amerikanischen und der britischen Besatzungstruppen nach Deutschland zurückzubringen, um die Welt zu führen. Sein Programm sah eine Ausrottung der nichtgermanischen „minderwertigen" Rassen vor. Er wurde zu fünf Jahren Arbeitslager verurteilt.*

•

*Der menschlichen, insbesondere der jugendlichen Torheit waren zu allen Zeiten keine Grenzen gesetzt. Schade, daß die Zeiten heute so ernst sind. Sonst wäre es wohl am einfachsten, dem 24jährigen „Uebermenschen" und seinen „Gefolgsmannen" den Hosenboden auszuklopfen, um ihnen ihre eigene „Minderwertigkeit" spürbar im Gedächtnis zu verankern.*

## Naturgeschichte des Hamsters

*Von Richard Gerlach*

Im Herbst verstopft der Hamster die Zugänge zu seiner Burg. Aber dann verfällt er nicht gleich in den Winterschlaf; denn er hat ja genug zu fressen unten. Der Frost dringt kaum in seine Höhle ein. Wenn aber seine Körpertemperatur unter 32 Grad fällt, streckt er sich auf dem Bauch aus und schläft sehr fest ein. Die Eigenwärme kann nun bis auf etwas unter 5 Grad Celsius fallen. Wird ein solcher Hamster gestört, so dauert es mindestens zweieinhalb Stunden, bis er munter wird. Zunächst streckt er sich bloß und reckt den Hals. Der Vorderkörper wird eher beweglich als der Hinterkörper. Alle paar Tage wacht der Hamster auf und knabbert ein bißchen von dem Eingetragenen. Dann schläft er wieder ein und wird kalt und starr. Als Baumeister sorgt der Hamster nicht nur für seinen eigenen bequemen Aufenthalt unter der Erde; er legt sich auch verschiedene Vorratskammern und einen eigenen Abort an. Die jungen Hamster begnügen sich mit einer einfachen Röhre, die zum Wohnraum hinabführt. Ein blinder Gang wird später zur Vorratskammer erweitert. Ein zweiter Ausgang kommt manchmal dazu, verfällt aber oft wieder. Die älteren Männchen bauen viel geräumiger. Zwei Fallröhren — später ist es nur noch eine — führen senkrecht einen halben Meter tief in die Erde und stoßen dann auf einen waagerechten Stollen, der sich zu der mit Halmen gepolsterten Wohnkammer erweitert. In einer Nische liegt der Abort. Der Stollen verläuft im Bogen und kann zu einer zweiten unbenutzten Wohnkammer führen. Seitwärts vom Hauptstollen zweigen die Vorratskammern ab, manchmal sind es nicht nur drei oder vier, sondern sechs. Haferkörner, Weizen, Bohnen sind darin hübsch säuberlich aufgestapelt. Der Hamster frißt außerdem gern Löwenzahn, Klee, Früchte, junge Mäuse, Regenwürmer und Schnecken.

Im Winterbau, der tiefer gegraben wird als der Sommerbau, kann der Hamster einen halben Zentner Getreide verstauen. Er walzt die Wände glatt: so können sie nicht abbröckeln und einstürzen. Die Vorratskammern haben keine besonderen Eingangsröhren. Der Hamster liebt keinen Besuch. Ein Eindringling, der zu den vergrabenen Schätzen wollte, müßte an dem Besitzer vorbei. Verlegt der Hamster seine Wohnung tiefer in die Erde hinab, so füllt er die alten Räume mit Erde aus und vermauert sie. Ein Gang wird dann vielleicht von dieser Winterburg nach oben vorgebrochen, doch nicht bis ans Licht. Er endet kurz vorher, ein Luftschacht oder ein für das Frühjahr vorbereiteter Ausgang.

Die Weibchen, die Junge haben, graben sich vier oder fünf Ausgangsröhren. Sie können sich nicht mit einer begnügen, weil sie zwei- bis dreimal im Jahre vier bis achtzehn Junge werfen. Da gibt es ein häufiges Kommen und Gehen, und die geliebte Zurückgezogenheit in den eigenen Bereich ist nicht angebracht. Auch fehlt die Zeit, große Vorräte zu sammeln. Ein bescheidenes Speisekämmerchen reicht aus. Die Männchen und die Weibchen bauen nach einem grundverschiedenen Plan.

Der Hamster ist bissig gegen seinesgleichen. In der Fortpflanzungszeit dringt das Männchen in den Bau des Weibchens ein, und während eines kurzen Besuches wird er geduldet. Es soll nicht selten sein, daß mehrere Hamstermännchen nacheinander in den Bau des gleichen Hamsterweibchens kommen.

Nach einer Tragzeit von etwa zwanzig Tagen bringt die Hamsterin ihre Jungen zur Welt. Die Jungen bleiben zwei Wochen lang blind; aber wenn sie fünf Tage alt sind, können sie schon eine Frucht zwischen den Pfötchen halten und die Nagezähne gebrauchen. Bei einem Angriff verteidigt die Mutter ihre Jungen nicht. Sobald sie einigermaßen laufen können, werden sie aus dem Bau gejagt. Die Hamsterin ist dann zu neuer Paarung bereit.

Die Backentaschen der Hamster sind so geräumig, daß eine Ladung Körner von der Größe eines Hühnereies hineingeht. Wenn sie den Inhalt heraushaben wollen, drücken und pressen sie mit den Vorderpfoten dagegen, und mit einem Ruck legen sie die Frucht vor sich hin. So machen sie es auch, wenn sie sich verteidigen wollen. Wenn sie die Zähne von der hindernden Last befreit haben, rücken sie auf Wiesel, Katzen und Hunde los und schnappen selbst nach der menschlichen Hand mit einem drohenden Knurren. Auf diese Weise schrecken Angreifer ab, die viel größer sind als sie selbst.

### August Halm

August Halm ist beinahe 20 Jahre tot, noch immer aber ist der Kampf um seine Geltung und seine Wirkung nicht abgeschlossen: ein Zeugnis dafür, daß er in vielen Fällen seines Wirkens lebendig bleiben und in die Geschichte der Musik eingehen wird.

Halm ist dreierlei gewesen: Musiker, Musikschriftsteller und Lehrer. Als Lehrer ist ihm die Dankbarkeit ganzer Generationen von Schülern sicher, denn er verband die Erziehung zur Kunst in fast religiöser Tiefe mit großer Freiheit und Liebe. Als Musikschriftsteller hat er als erster Bruckner in die Reihe der großen deutschen Sinfoniker gestellt in seinem Buche „Die Sinfonie Anton Bruckners". Dann hat er, was damals nur wenigen bekannt war, der deutschen Musik eine Rangordnung gegeben, indem er Bach über die Wiener Klassiker stellte und Bach als den Gipfel des europäischen musikalischen Kosmos erkannte.

Neben der Schriftstellerei und über ihr ist Halms eigene Musik das Wesentlichste, was er geschrieben hat. In seinen besten Werken (d-moll-Pastorale, Präludium und Fuge in Fis, Invention F-dur, Sarabande mit Variationen a-moll) bricht ein Welteros durch, der sich nicht bloß in Deutschland und Europa Geltung verschaffen wird. Dieser Eros führt direkt zu den Griechen, ja, hat dem Range nach dort seinen Ursprung. Er bricht sich in diesen Klavierwerken etwa in der Freiheit Brucknerscher Modulationen, selbständig von ihnen, aber noch in Dur und Moll — der heute bürgerlich gewordenen Skala. Bahn.

Die meisten Werke Halms sind klassizistisch geblieben, weil sie über die Sehnsucht nach einer wahren Klassik nicht hinauswuchsen; sie haben auch keine neue Sonatenform geschaffen, weil sie am Schema Beethovens hingen.

Hans Müller

### Willkommene Verehrerinnen

Die Magie des Theaters schafft auch heute noch Begeisterte: Drei Mädchen drangen während der Pause hinter die Kulissen. Sie brachten für die beiden Hauptdarsteller nicht nur schöne Frühlingssträuße, sie wickelten nun noch eine kompaktere Gabe aus dem Papier. Der würdevoll klassische Held drehte sich in der kleinen Küchenecke hinter der Bühne, vom Teewasser weg, gemessen freundlich um. Iphigenie aber sank aufstrahlend, auflachend in einen Stuhl. „Ein Gugelhopf!" Während der Held das Geschenk sofort verteilte, auch der andern drei Darsteller des Schauspiels gedenkend, hörten die Mädchen andächtig den Worten der Künstler zu. Man ließ sich vom Geheimnis des Theaters berichten, von andern Rollen, von Königs Philipps Schicksal, auch vom goldnen Vließ und der echten Kette, die ein Kunstfreund zur Verfügung gestellt. Und alle vergaßen einige Minuten lang, daß sie zu einem Volk gehörten, das „banger Ahnung überlassen des Menschenlebens schwere Bürde trägt". Es läutete. Der Zwischenakt war zu Ende.

Der Ort der Handlung war: Reutlingen. Die Hauptdarsteller waren: Theodor Loos und Katharina Dobbs. Die Boten aus dem Land der Verehrung: drei siebzehnjährige Mädchen. Im Olymp aber lächelte Goethe: sich freuend, daß die Schauspielkunst auch heute noch so machtvoll wirkt, verstehend, daß nun Kunstwerk mit Backwerk belohnt wird, und erkennend, daß immer noch da und dort beispielhaft „in Stunden der Not auch die Hilfe bereit ist". s.

# Umschau im Lande

### Gegen die doppelte Sommerzeit

In den letzten Tagen sind dem Staatssekretariat von einer Reihe von kirchlichen Stellen, Gemeinderäten, Berufsverbänden usw. Stellungnahmen zugegangen, die sich gegen die Einführung der doppelten Sommerzeit wenden. Das Staatssekretariat hatte bereits nach Kenntnis vor der beabsichtigten Einführung der doppelten Sommerzeit bei der Militärregierung auf die erheblichen Nachteile hingewiesen, die diese Maßnahme mit sich bringen müsse. Es handelt sich jedoch um einen Beschluß des Interalliierten Kontrollrats, der bindenden Charakter hat. Vom Staatssekretariat werden gegenwärtig Maßnahmen erhoben, die geeignet sein könnten, die zu befürchtenden Nachteile wenigstens teilweise auszuschalten.

### Neue Albvereinswege zum Lupfen

Tuttlingen. Tuninger Wanderfreunde haben in den letzten Wochen als Ersatz für ein längst abgängiges, schlechtes Wegstück in nächster Nähe der seitherigen alten Durchgangsstrecke (Schwenningen—Tuttlingen) den Zugangsweg zum Lupfen neu bezeichnet, außerdem einen neuen Weg zum Lupfen von Mühlhausen aus über den Lochrain, Störzengraben, Niedereichenwald und die aussichtsreiche Höhe des Klevitz (813 Meter). Für diese gemeinnützige Tat haben sie sich den Dank der Allgemeinheit verdient.

### Verschärfte Zonengrenzkontrolle

Stuttgart. Um dem illegalen Grenzübergang und Schwarzhandel vorzubeugen, sind die deutschen Patrouillen an der württembergisch-badisch-französischen Zonengrenze Ende April um 80 Mann verstärkt worden. Damit erhöht sich die Zahl der zum Patrouillendienst eingesetzten Polizeibeamten auf 483. Diese kontrollieren 75 Grenzübergangsstellen zwischen Mannheim und Ulm.

---

Göppingen. Von der Ulmer Spruchkammer ist der frühere Hauptschriftleiter des „Hohenstaufen" und „Ulmer Sturm", Dr. Hermann Schuster in die Gruppe der Belasteten eingereiht worden. Er darf fünf Jahre seinen Beruf nicht ausüben und muß 180 Tage Sonderarbeit leisten. 500 Mark seines Vermögens werden eingezogen. Dr. Schuster war Hauptstellenleiter im Kreispressesamt und Mitarbeiter des SD.

### Quer durch die Zonen

Tuttlingen, Trossingen und Spaichingen haben eine Interessengemeinschaft zum Abbau der Torfvorkommen im Egelsee bei Dürbheim gebildet. Sie wollen damit die Brennstoffversorgung der Bevölkerung verbessern. — Eine evangelische Jugendheimstätte soll in der Villa Helena in Bad Schachen eingerichtet werden. Schloß Senftenau wird ein Heim für verwahrloste Kinder. — In der Altstadt von Friedrichshafen wird jetzt mit der Trümmerbeseitigung begonnen. 20 Strafgefangene aus Rottenburg sind dazu eingesetzt. Sie leisten auf diese Weise in freiwilligem Einsatz ihre Strafe ab. — Der Triberger Kehrtunnel und die Glasträgerbrücke sind jetzt wieder hergestellt worden, so daß der Zugverkehr auf der wichtigen Schwarzwaldbahn keinen Beschränkungen mehr unterliegt. — Zwei von Polen gesteuerte Motorräder stießen in voller Wucht in der Nähe von Müllheim zusammen. Ergebnis: drei Tote und eine schwerverletzte Frau. — Die Stadt Heidenheim hat für die Wiederherstellung der Paulskirche in Frankfurt einen Waggon Zement gestiftet. — In Ulm befinden sich etwa 7000 jüdische Verschleppte, vorwiegend aus Polen und Ungarn. 80 Prozent wollen nach Palästina auswandern, nur ein Prozent will in Deutschland bleiben. — Die Autobahn Karlsruhe—Frankfurt wird am 15. Mai wieder in Betrieb genommen. — Vor zehn Jahren verbrannte in Lakehurst das Zeppelinluftschiff „Hindenburg". Zur Erinnerung an die dabei umgekommenen Besatzungsmitglieder Kapitän Ernst Lehmann und weitere sechs Deutsche wurde am Gedenkstein auf dem Frankfurter Friedhof ein Kranz niedergelegt. Die Gedenkrede hielt der frühere Luftschiffkapitän Max Pruß.

### Wie wird das Wetter?

Nachts meist klar mit Temperaturen um 10 Grad. Tagsüber sommerlich warmes Wetter und am Nachmittag Ausbildung örtlicher Wärmegewitter. Auf Grund der guten Wetterlage bleibt die sonst um diese Jahreszeit besonders häufige Wetterlage der Eisheiligen in diesem Jahr aus.

# Das geht alle an

### Dienststunden der staatlichen Behörden

Für die Dauer der doppelten Sommerzeit werden die Dienststunden der staatlichen Behörden wie folgt festgelegt: Montag bis Freitag 8—12 Uhr und 13 bis 18 Uhr, Samstag 8—13.30 Uhr.

### Bodenbenutzungserhebung

In der nächsten Woche wird vom Statistischen Amt eine Bodenbenutzungserhebung durchgeführt. In den einzelnen Gemeinden werden die mit der Erhebung beauftragten Beamten die Landwirte aufsuchen, um dort die Angaben einzuholen. Es ist dringend geboten, daß die Angaben genau den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, da diese als Unterlagen für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dienen sollen. In verschiedenen Gemeinden werden stichprobenweise Nachprüfungen der Angaben erfolgen und bei unrichtigen Angabe strenge Strafen verhängt werden.

### Rückführung!

Der Staatskommissar für die Umsiedlung teilt mit: „Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit wird ab 15. Mai 1947 die Rückführung in die amerikanische und russische Zone fortgeführt. Flüchtlinge (Evakuierte), deren Rückführung durch eine Entscheidung des Staatskommissars für die Umsiedlung bzw. Landratsamtes angeordnet wurde, müssen zwei Tage vor Abgang des Transportes im Grenzauffanglager Biberach-Gaisental eintreffen. Anträge auf Ausführgenehmigungen für Evakuiertengut haben keine die Rückführung aufschiebende Wirkung.

Abfahrtsdaten für die Transporte in Biberach: a) amerikanische Zone (Zielbahnhof Neu-Ulm) 16. Mai, 28. Mai, 9. Juni, 21. Juni, 3. Juli, 15. Juli, 26. Juli 1947. b) Russische Zone (Zielbahnhof Bebra) 21. Mai, 23. Juni, 22. Juli 1947.

Den Rückführungspflichtigen sind für sieben Tage Lebensmittel (in Reisemarken oder Natura) mitzugeben. Flüchtlinge in die russisch besetze Zone müssen im Besitz einer Zuzugsgenehmigung sein.

III

# Der Sport hat das Wort

*Fußball*

### Reutlingen und Konstanz sind Favoriten

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| VfL. Konstanz | 13 | 8 | 3 | 2 | 25:17 | 19 |
| SSV. Reutlingen | 11 | 7 | 1 | 3 | 33:18 | 15 |
| Spvgg. Friedrichshafen | 12 | 6 | 3 | 3 | 28:22 | 15 |
| SV. Offenburg | 13 | 5 | 5 | 3 | 20:19 | 15 |
| SV. Rastatt | 13 | 5 | 5 | 5 | 21:20 | 15 |
| VfL. Schwenningen | 14 | 5 | 5 | 6 | 29:28 | 15 |
| VfL. Freiburg | 11 | 2 | 2 | 7 | 24:25 | 6 |
| SV. Biberach | 13 | 1 | 2 | 10 | 27:56 | 4 |

Die Rastatter kommen mit ihrem Endspurt zu spät. Sie haben mit ihrem 2:0-Sieg gegen die Spvgde. Friedrichshafen die „Seehasen" ziemlich knieweich gemacht. Schade für die sympathische Elf, die sich lange Zeit so gut gehalten hat. Indessen, die letzten Spiele werden genau so gewertet wie die ersten. Der SSV. Reutlingen hat mehr daran gedacht. Er hatte in Biberach auch einen weniger gefährlichen Gegner und gewann verdient 4:2. Freiburg hat seinem Namensvetter aus Schwenningen den teuer bezahlten Einstand ziemlich deutlich zurückgegeben, denn mit 5:0 wurde unser Schwarzwaldvertreter abgefertigt. Wir sind ziemlich enttäuscht über die Schwenninger, die anfangs immer wieder die Tabelle anführten und ein sehr beachtliches Torverhältnis herausgespielt hatten. Jetzt haben sie am Ende der Spiele nur noch ein Pluster.

### Zonenliga Gruppe Nord

FSV. Trier-Kürenz — Mainz 05 6:2. — Die Begegnung VfB. Neunkirchen — Wormatia Worms fiel aus.

### Landesliga Gruppe Nord

SV. Birkenfeld — Tailfingen 2:1 (0:1). — Die Platzbesitzer erzielten trotz mehrfachen Ersatzes eine leichte Feldüberlegenheit. Tailfingen konnte nur in der ersten Hälfte etwas überzeugen, im übrigen enttäuschten die Gäste. Auf beiden Seiten wurden gute Torwartsleistungen gezeigt. Vor allem in der ersten Halbzeit hielt sich der Birkenfelder Torhüter mehrfach Sonderbeifall der Zuschauer. Das Ergebnis dieses fairen Spieles entspricht dem Spielverlauf. Die Entscheidungen des Schiedsrichters kamen schnell und sicher.

Birkenfeld II — Gräfenhausen 1 2:1 (0:0).

Hechingen verlor in Trossingen 5:0. — Das Ergebnis ist dem Spielverlauf nach zu hoch ausgefallen. Dagegen bezieht Sulzbambergs Sieg über Tuttlingen mit 1:5 völlig zu Recht.

### Süddeutsche Oberliga

VfR. Mannheim — VfB. Stuttgart 2:1; VfL. Neckarau gegen SV. Waldhof 0:3; Schwaben Augsburg — Ulm 46 4:0; Eintracht Frankfurt — BC. Augsburg 5:1; Spvgg. Fürth — FSV. Frankfurt 1:0; Bayern München — Karlsruher FV. 5:4; Phönix Karlsruhe — FC. Nürnberg 0:2; Offenbacher Kickers — 1860 München 0:1; Viktoria Aschaffenburg — FC. Bamberg 2:1.

### Sportfreunde Stuttgart ist Meister

VfL. Neckargartach — Sportfreunde Stuttgart 0:2; Stuttgarter SC. — SV. Göppingen 5:2; SG. Untertürkheim — Spfrde. Eßlingen 5:1; VfL. Kirchheim — Spvgg. Feuerbach 2:2; SSV. Ulm — Union Böckingen 4:1. Die nordwürttembergische Landesliga hat damit ihre Spiele abgeschlossen. Sportfreunde Stuttgart wurden Meister. — Kirchheim, Eßlingen und Münster steigen ab.

### Großbritannien — Kontinent 6:1

135 000 Zuschauer wohnten im Glasgower Hamptonpark dem Fußballspiel Großbritannien — Kontinentmannschaft bei, das Großbritannien überlegen mit 6:1 Toren gewann. Die britische Auswahl, bestehend aus fünf Engländern, drei Schotten, zwei Walisern und einem Iren zeigte ausgezeichnete Ballbehandlung, erstklassige Technik und sehr gutes Zusammenspiel. Die Kontinentelf, die sich aus Vertretern neun europäischer Länder zusammensetzte, wirkte dagegen verkrampft. Der Sturm konnte sich nicht durchsetzen. Die Hauptarbeit hatten der italienische Mittelläufer Parola und der rechte Verteidiger Steffen (Schweiz), der von englischen Sachverständigen als der „beste Verteidiger der Welt" bezeichnet wurde, zu leisten. Der französische Torhüter Darui verhinderte durch prachtvolle Paraden eine noch höhere Niederlage der Kontinentauswahl. In der 22. Minute eröffneten die Briten das Torreigen, Nordahl, Schweden schoß drei Minuten später das Ausgleichstor, nachdem er in den ersten Spielminuten zwei gute Torchancen verpaßt hatte. Ein verwandelter Handelfmeter, ein Fernschuß und ein aus schöner Kombination heraus erzieltes viertes Tor der Briten stellten das Halbzeitergebnis her. Später leistete sich Parola ein Eigentor und sieben Minuten vor dem Schlußpfiff köpfte Lawton eine Flanke zum 6:1 ein.

### Lille wieder französischer Pokalsieger

Vor 60 000 Zuschauern und in Anwesenheit des Präsidenten der französischen Republik besiegte am Sonntagnachmittag Lille — Racing Strasbourg im Pokalendspiel 2:0. Bereits in der 45. Sekunde ging Lille in Führung. Dann gab es bis zur Pause verteiltes Feldspiel. Das zweite entscheidende Tor fiel in der 55. Minute.

In Turin besiegte Italien am Sonntag im Fußballländerspiel die ungarische Nationalelf mit 5:2 Toren. Zwei Minuten vor Schluß stand der Kampf noch unentschieden. — In Warschau schlug Polen die bulgarische Ländermannschaft mit 2:0. Das Fußballstädtespiel Krakau — Sofia endete 2:1. — Die Tschechoslowakei besiegte Jugoslawien mit 3:1. — 72 000 Zuschauer wohnten dem Spiel Dynamo Moskau — Dynamo Leningrad bei, das von den Moskauern mit 5:2 gewonnen wurde. — Ein Basketballländerspiel Frankreich — Aegypten endete im Pariser Sportpalast mit 51:36 Körben zugunsten Frankreichs.

Fortuna Düsseldorf — Rheydter SpV. 2:0; Rot-Weiß Oberhausen — Sportfreunde Pateraberg 2:0; Duisburg SpV. — Hamburg 07 1:2; TuS. Werdohl — Schalke 04 0:9. St. Pauli behauptete in Hamburg mit einem knappen 1:0-Sieg über Union Altona die Führung. HSV. schlug Blankenese überlegen 4:0. Werden Bremen sicherte sich in der Spartie Niedersachsen West den ersten Platz durch einen 4:3-Erfolg über VfL. Osnabrück. In der Südstaffel schlug Eintracht Braunschweig Armenia Hannover mit 5:3 Toren erfolgreich. In Kassel siegte im Städtekampf der Amateurboxer die Vertretung von Düsseldorf im Gesamtergebnis mit 11:7 Punkten. TuS. Hamburg — Eimsbüttel 3:3; Post Hamburg — Altona 93 5:5; Konkordia Hamburg — Borussia Dortmund 1:5.

Niedersachsen: Cuxhaven — VfB. Oldenburg 2:3; Bremerhafen — Wuppertal 3:1; Wolfenbüttel — Hannover 96 1:4.

### Kreis Calw

Calw I — Calmbach I 2:2 (0:1). — Die Gäste konnten nach 20 Minuten Spielzeit durch Handelfmeter in Führung gehen. Die Calwer Elf kam nicht an ihre gewohnten Leistungen heran, was durch den Ausfall ihres rechten Verteidigers noch mehr in Erscheinung trat. Nach der Pause wurde das Spiel ausgeglichener und Calw zog durch ein schöneres Kopfballtor gleich. Im weiteren Spielverlauf wurden auf beiden Seiten Torchancen vergeben. In der letzten Viertelstunde erzielten beide Mannschaften noch je ein Tor. Das Vorspiel bestritten die zweiten Mannschaften. Calw entschied dieses Spiel knapp mit 2:1 für sich.

*Handball*

### Kreis Calw

Ebhausen I — Hirsau I 8:4 (4:2). — Im ersten Freundschaftsspiel nach Abschluß der Verbandsrunde hatte der neue Meister die aus früheren Kämpfen bestens bekannte Hirsauer Mannschaft verpflichtet. Es ist erstaunlich, was diese junge Gästemannschaft seit ihrer Wiederaufstellung gelernt hat. Sie vermochten das Spiel jederzeit offen zu gestalten. In Technik und Wurfkraft war Ebhausen allerdings etwas voraus, aber an Schnelligkeit stand keine Mannschaft der andern nach. Der junge Gästetorhüter hat sich tadellos gehalten und seine Kameraden vor einer höheren Niederlage bewahrt.

Ebhausen II — Hirsau II 10:6 (6:2). — In diesem Spiel war die gute Leistung des einheimischen Sturmes für den Erfolg entscheidend.

Ebhausen Frauen — Rohrdorf Frauen 8:1.

*Boxen*

Der deutsche Boxmeister im Schwergewicht Hein ten Hoff verteidigte am Samstag vor über 40 000 Zuschauern in Hamburg seinen Titel gegen den Herausforderer Richard Groppe. Er siegte bereits in der 3. Runde durch ko.

In der Waldbühne des Berliner Olympiastadions wurde am Sonntag die Deutsche Meisterschaft im Mittelgewicht zwischen Dietrich Hucks und dessen Herausforderer Erich Campe, Berlin ausgetragen. Vor 22 000 Zuschauern gewann Hucks den 12-Rundenkampf nach Punkten.

*Motorradsport*

### 200 000 beim Hockenheimer Rennen

Rund 200 000 Zuschauer erlebten in Hockenheim die bis jetzt gewaltigste motorsportliche Großveranstaltung, die in allen Teilen einen glänzenden Verlauf nahm. Die Tagesbestzeit der Motorräder fuhr Eberlein-München mit 132,6 km Stundengeschwindigkeit. Bei den Sport- und Rennwagen kam der Stuttgarter Kling sogar auf 153,9 km. Er bestritt das Rennen mit dem Rennwagen, mit dem Lang im letzten Jahr das Ruhesteinrennen fuhr. Stuck siegte zwar in seiner Klasse, brachte es aber nur auf 141,5 km Stundendurchschnitt.

## Familiennachrichten

**Dorothea** ist angekommen. Wir danken Gott und freuen uns mit Bernd und Ulrich über die Geburt eines gesunden Schwesterchens. Berti Römer, geb. Thoma, Pastor Hans Römer, Pfarrhaus Lelm über Helmsodt, 1. Mai 1947

**Als Verlobte grüßen:** Luise Seeburger, Gerhard Schmid, Hechingen, Tübingen, 27. 4. 47

## Geschäftliches

**Die neue Fachzeitschrift f. das Druckgewerbe** „Der Druckspiegel" erscheint monatl. einmal im Otto Elsesch-Verlag (14b) Stuttgart 1, Postf. 23. Bedeutender Kleinanzeigenteil. Das maßgebende Anzeigenblatt f. Stellenangebote, Stellengesuche, Kauf-, Tauschu. Vermittlungsanzeigen im gesamt. Druck-, Reprodukt.- u. Buchgewerbe

**Der „Ernährungsdienst"**, die Wochenzeitschrift für Dienststellen, Handel u. Gewerbe mit Veröffentlichungen üb. aktuelle Fragen der inierzat. u. deutsch. Ernährungswirtschaft. Halbjahresabonnement RM. 14.— einschl. Zustellgebühr. Bestellung nimmt entgegen Josef Fraeulin, GmbH., Freiburg i. B., Hochmeisterstraße 3

**Die Spezialisten für delikate Fälle:** ATLAS, Auskunftei u. Ermittlungsdienst, Tübingen, Poststr. 4, I, beim Hauptbahnhof

**Religiöse Artikel**, geschnitzte Kreuze, Kirchenleuchter, Hausaltäre, Marterln usw. Erzgebirgische Drechslerwaren, Schnitz- u. Drechslerwaren aller Art aus Naturholz. Handgemalte Bilder, gerahmt u. passepartiert usw. Gegen Voreinsendung von 30 RM. kleines, für 150 RM. großes Musterassortiment. (In bar oder Ueberweisung an Kreissparkasse Burg bei Mbg. Konto Nr. 50 485.) Franz Xaver Wattenberg, Altarbau-Werkstätten, Export, Fabrikation, Import. (19) Burg, Bez. Magdeburg, Postbox 13. Ueber 700 Fachkräfte

**400 Zettel mit Ihrer Anschrift**, 25×30 mm, sauber gedruckt, auch mit anderen Aufdrucken als Etiketten usw. für RM. 4.90 liefert G. Gerdes, Köln-Riehl, Schwannstraße 14. Wiederverkäufer Rabatt

**Leichte Musik** für Klavier, Akkordeon u. SO. Verlangen Sie Verlagsschrift von Abt. Stg Merion-Verlag, (23) Ahlhorn, Oldenbg. Rückporto erbeten!

**Suche Schreinerei, Wagnerei od. Zimmergeschäft**, gut eingerichtet, zur laufenden Herstellung v. Holzteilen für Gestelle. Gutbezahlte Arbeiten. Holz und Leim wird gestellt. Angebote u. S. T. 1431

**Keine Trommel- oder Blähsucht mehr!** ERGONA-Kaninchen-Aufzuchtpulver verhindert alle Verdauungsstörungen, erhöht die Qualität des Fleisches u. das Gewicht. Sie erhalten ERGONA-Präparate in Apotheken, Drogerien, Futtermittelhandlungen usw. Otto Koch, GmbH., chem. u. pharm. Fabrik Mörlenbach/Odenwald

**Steinmeißel**, 300 und 500 mm, für Baugeschäft sof. lieferbar. Baugesellsch. W. Fr. Loock, GmbH. Niederdollendorf am Rhein

**Gugel-Planen.** Wir vermieten Planen in den Größen 4×5 4×8 5×8, 8×8, 8×10 m für Auto- u. Bahntransporte, für Handel, Industrie und Landwirtschaft. Auskünfte u. Bestellungen an Gugelwerke GmbH., Abt. Mietplanen, Freiburg/Brsg., Starkenstr. 15 Telefon 2564

**Welche Möbelschreinerei** oder Fabrik liefert Wohn- und Schlafzimmer in Kompensat. geg. Fahrräder u. Fahrradbereifung? Angeb. u. G 1142 an Obanex, Anzeigen-Expedition, Freiburg im Breisgau

**Fernunterricht im Zuschneiden** nur für Schneider u. Schneiderinnen. Lizenzverkauf f. „Plastika", zweimal patentiert, an tausende führende Firmen verkauft, der kürzeste sicherste Weg in der Maßschneiderei. Bei Anfragen Freiumschlag beilegen. Zuschneideschule Meinhardt, Minden in Westf., Dankerserstraße 32

**Schilder, Stempel und Metallbuchstaben** für alle Zwecke liefert Schilder-Schleicher, Konstanz Döbelestraße 30

**Strickfassungen**, Galvanos, Klischees. Karl Schäfer (17b) Villingen/Schw.

**Heute noch nicht! Manches Gute, das** jetzt noch entbehrt werden muß, wird eines Tages wieder kommen! Das gilt auch für Rheila, das konzentrierte Hustenmittel

## Stellenangebote

**Einstellungen von Arbeitskräften nur mit Zustimmung des zuständigen Arbeitsamtes zulässig!**

**Handelskammer - Geschäftsführer.** Die Stellung des Geschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Ravensburg ist neu zu besetzen und wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Bewerbungen qualifizierter Wirtschaftsjuristen oder Volkswirtschaftler (Volkskaufleute), die nach Möglichkeit praktische Wirtschaftserfahrung sowie französische u. englische Sprachkenntnisse besitzen sollen und politisch in keiner Weise belastet sein dürfen, werden unter Darlegung der persönlichen Verhältnisse, des Werdegangs und der Gehaltsansprüche erbeten an das Präsidium der Industrie- u. Handelskammer in Ravensburg

**Gute Verdienstmöglichkeiten!** Gewandte Damen u. Herren, auch solche, die sich eine neue Existenz aufbauen wollen, für interessante Werbetätigkeit bei Industrie u. Handel in der franzós. Zone gesucht. Bewerbungen an Bequna-Verlag, Mainz, Münsterstraße 12

**Einkäufer** für Textilien u. einschläg. Bedarfsart, auf Provisionsbasis ges. Angeb. u. F. 1067 an Obanex, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br.

**Bautechniker.** Reutlinger Industrie-Unternehmen sucht tüchtigen jüngeren, mit den Reutlinger Belangen vertrauten und bei den hiesigen Behörden u. Handwerkskreisen bestens eingeführten Baufachmann. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbitten wir unter S. T. 1357

**Erster Ingenieur** f. das Konstruktionsbüro einer bedeut. Firma (franzos. Zone) ges. Verlangt w. umfangr. Erfahr. im Kolben-, Kreisel-, Pumpen- u. Apparatebau. Herren, die zugl. befähigt sind, einem Konstruktionsbüro vorzustehen, woll. Bewerb. mit Lebenslauf u. Lichtb. einsenden unter B 1096 an Obanex, Anzeigen-Expedition, Freiburg/Breisgau

**Buchhandlungsgehilfen und Lehrling** sucht Franz Pietzcker, Buchhandlung Tübingen, Neue Straße 15

**Lithograph** für Schrift und Zeichnung, mit gutem Farbensinn; Schriftsetzer, durchaus selbständig in allen Setzarbeiten; in angenehme Dauerstellg. gesucht. Angeb., möglichst mit selbstgefertigt. Probearbeiten erbeten. Gustav Beisehlinger, Buch- u. Steindruckerei, Reutlingen, Aispanstraße 17

**Betriebselektriker gesucht.** Zur Betreuung u. Wartung unserer Voith-Turbine u. Hochspannungsanlage sowie der elektr. Anlagen in unserem Betrieb suchen wir zu sofortigem Antritt tüchtigen Elektriker in angenehme Dauerstellung. Werkswohnung steht zur Verfügung. Angebote mit üblichen Unterlagen erbeten an Carl Hepting & Co., Lederwarenfabrik, Reutlingen, Im Lindach 126

**Wir suchen** sofort tücht., erf. Zimmerpolier für Holzbaubetrieb, der an selbst. Arbeiten gewohnt ist. Bei Eignung Dauerstellung. Angeb. unter S. T. 1427

**Wir suchen** auf selbständiges Posten einen Betriebsschlosser für unsere Eisengießerei. Wurster & Dietz, Maschinenfabrik und Eisengießerei, Tübingen-Derendingen

**Baggermeister** für O- u. K-Dieselbagger, Type 6 für Beschäftigung in der Franzós. Südzone gesucht. Bauunternehmung Christian Krutwig, Duisburg

**Chauffeur** f. Pkw. (Holzvergaser) zum sofortigen Eintritt gesucht. Siemens-Schuckerwerke AG, Tübingen Wilhelmstraße 6

**Friseurgehilfe**, selbst., sof. od. später in Aushilfestelle od. Dauerstellung gesucht. Beste Behandlg. zugesichert. Angeb. unter S. T. 1452

**Die Univ.-Nervenklinik Tübingen** sucht zum 1. 6. 47 einen jüngeren, heilkundigen Gärtner (Hilfsgärtner). Kost u. Wohnung in der Klinik. Bewerbungen sind zu richten an die Verwaltung der Klinik

**Achtung! — Lehrlinge.** Sattler- u. Taschner-Lehrlinge werden in unserer Lehrlingswerkstätte von vorzüglichen Fachkräften zu tüchtigen Handwerkern ausgebildet. Dieser Beruf dürfte in Zukunft für Deutschlands Export von größtem Interesse sein. Bewerbungen bzw. Vorstellungen bei Fa. Carl Hepting, Lederwarenfabrik, Reutlingen, Im Lindach 126

**Redaktionssekretärin** mit guter Allgemeinbildung, Stenographie und Maschinenschreiben Voraussetzung, zum sofortigen Eintritt gesucht. Schwäb. Tagblatt, Tübingen

**Franz. Dienststelle in Baden-Baden** sucht Bibliothekarin. Materielle Vorteile. Angebote mit Referenzen und Lebenslauf an Martin, Baden-Baden, Lessingweg 1—3

**Sekretärin**, durchaus perfekt in Steno und Schreibm., gegen gutes Gehalt für Dienststelle in Tübingen gesucht. Bewerb. erbeten unter S. T. 1577

**Perfekte Stenotypistin**, möglichst mit Handels- od. Industriepraxis (franz. Sprachkenntnisse erwünscht) in Vertrauensstellung bei sehr guter Bezahlung sof. nach Tübingen gesucht. S. T. 1567

**Für Vorzimmertätigkeit** wird zuverlässige, aufrichtige Angestellte gesucht. Nach Einarbeitung und Bewährung, auch von jüngerer Kraft, selbständ. Posten. Steno- und Maschinenschriftkenntnisse sind erforderlich. Angebote unter S. T. 1466

**Die Volksheilstätte Charlottenhöhe sucht:** 1 tüchtige Beikköchin, f. gesund. Hausburschen u. mehrere Küchen- u. Stationsmädchen. Angebote an die Verwaltung der Volksheilstätte Charlottenhöhe, Post Calmbach/Enz

**Kinderschwester**, freundlich u. zuverlässig, zu 2 Kindern (1 u. 4 J.) in kl., gepflegt. Haushalt nach Reutlingen bei besten Bedingungen gesucht für sofort od. 1. September. Angeb unter S. T. 1458

**Für die Univ.-Kinderklinik Tübingen** wird f. sofort eine Nähterin u. eine Hausgehilfin gesucht. Verwaltung der Univ.-Kinderklinik

**Mädchen** für sofort gesucht zur Mithilfe für Haus u. Landwirtschaft, Josef Eger, Felldorf, Post Rottenburg

**Ordentl. Hausgehilfin** bei gut. Bezahlung ges. Frau Schweickhardt, St. Blasien, Schwarzwald, Villa Sonnenhalde

**Junges, zuverl. Mädchen** als Hausgehilfin in Landpfarrhaus gesucht. Angebote unter S. T. 1457

**Selbst. Mädchen**, nicht zu jung, sauber u. fleißig, für Geschäftshaushalt in Stuttgart mit 2 Kindern (4 u. 6 J.) gesucht. Hausfrau berufstätig. Angebote unter S. T. 1458

**Haustochter gesucht** für Landhaus am Bodensee. Zuschr. unter S. T. 1459

**Suche für franzlosen Haushalt** zuverlässige ev. Stütze im Alter von 30 bis 42 Jahren. Evtl. Einheirat nicht ausgeschl. Angeb. unter S. T. 1467

**Hausgehilfinnen** auf 15. Mai u. 1. Juni gesucht. Mediz. Univ.-Klinik, Tübingen

**Stütze oder Köchin**, selbständig, kinderlieb, als Ersatz für langjährige gesucht. Weitere Hilfe vorhanden. Prof. Butenandt, Tübingen, Goethestraße 19

## Stellengesuche

**Kaufm. Angestellter**, 26 Jahre, welcher die franz. Sprache fließend in Wort und Schrift beherrscht, sucht passende Stellung in Tübingen. Zuschriften unter S. T. 1398

**Empfangssekretärin.** Junge Dame mit guter Allgemeinbildung, arbeitsfreudig und verantwortungsbewußt, firm in Disposition, Journal und Kasse, sucht Stellung als Empfangssekretärin in größerem Hotel. Gute Zeugnisse u. entsprechende Garderobe vorhanden. Angebote erbittet Carola Harms, (23) Leer/Ostfriesland, Churchill-Straße 22

**24jähr. Freiburgerin**, kfm. geschult, s. zum 1. 6. 47 Stellg. in Hotel, Sanatorium od. Pension (Schwarzw. od. Bodensee). Angebote unt. H 1108 an Obanex, Anz.-Exped., Freiburg i. Br.

**Alleinstehende Frau**, 34 J., sucht Stellung bei alleinstehendem Herrn od. alter. Ehepaar, auch auf dem Lande. S. T. 1466

## Kaufgesuche

**Bücher und geschlossene Bibliotheken**, antiquarisch zu kaufen gesucht. Angebote an Martin, Baden-Baden Lessingweg 1—3

**Bücher aller Lebensgebiete** in engl., franz., ital. u. span. Sprache kauft laufend Julius Hampel, Heidelberg, Brunnengasse 20/24

**Altertümer**, alte Bücher, Stiche, Porzellan u. a. von Privatsammler zu Bestpreisen zu kaufen gesucht. Anschriften an Dr. Doucet, (17b) Insel Reichenau

**Elektr. Plattenspieler** (Wechselstrom) zu kaufen gesucht. Angebote an Gerhard Bonne, (16) Wiesbaden, Luxemburgplatz 1, I

**Kleinere Ölstampfmühle** mit Presse, ca. 2 Ztr. fassend, zu kaufen gesucht. E. Wiesmann, Tübingen, Hauffstr. 60

## Tauschgesuche

**Biete Markenradio „Saba"** oder neues Fahrrad; suche Mikroskop. Tübingen, Rappstraße 47

**Biete guterhaltenen Schreibtisch**; suche guterhaltenen Sportwagen. S. T. 1444

**Biete gutes Akkordeon**; suche Radio, Allstrom. S. T. 1445

**Gleichstrommotor** 220 Volt, 1,5 PS., 1100 Umdrehungen, geg. Drehstrommotor 220/380 od. gegen Reifen 5.25×16 zu tauschen gesucht. Angeb. u. S. T. 1459

**Biete Junghans-Sportuhr**, 15 Steine, neu; suche Rohrstiefel 42/43 (keine Knobelbecher). S. T. 1460

**Suche Schreibmaschine**; biete Leinen (auch für Kostüm usw. geeignet), Stiefelhose mit Wildlederbesatz, Zugstiefel Gr. 42, guten Wintermantel, Gehrock, Erhardt Bergmann, Tübingen-Lustnau, Wilhelmstraße 144

**Ein Elektroherd** mit Backofen 220 V., ein Elektro-Heißwasserspeicher 100 Liter, 220 Volt, zu tauschen geg. Autoradio 6 Volt u. Akkordeon 80 Bässe. S. T. 1446

**Biete Schneiderjackenkleid**, zweireihig, kaffeebraun, Gr. 42—44, neu, Buschjackenkleid, braun-weiß, Popeline, Seide, Gr. 44, fast neu. Suche erstklassiges Herrenanzugstoff mit Zutaten. Angebote unter S. T. 1451

**Biete Junghans - Sportuhr**, 15 Steine, neu; suche Elfservice, steilig. S. T. 1461

**Biete Schlafzimmer**, suche Autoreifen 6.00/16. Angeb. unter S. T. 1464

**Biete schönes Schlafzimmer**, suche gutes Klavier. Angeb. unt. S. T. 1465

**Moderner Rotations-Vervielfältigungsapparat**, Marke „Greiff", für Wachsmatrizen, automatische Blattzuführung, neuwertig oder eine normale Underwood-Schreibmaschine zu tauschen gesucht gegen Schreibmaschine mit breitem Wagen. S. T. 1479

**Biete Büroschreibmaschine**, suche Reiseschreibmaschine — gegenseitiger leihweiser Tausch. Angebote unter S. T. 1471

**Auto-Radio** (Körting), neu gekft. 1938, gebe f. guterhalt. Rundstuhl in Zahlung. Angeb. unter S. T. 1500

**Biete eleg. Damenhalbschuhe** Gr. 37 u. 39, suche Sommerkleiderstoff. Angebote unter S. T. 1507

**Biete 2 Reifen**, 8.25×20, neu gummiert; suche 2 Reifen, 7.50×20. Angeb. unter S. T. 1578

**Gute Maler-Deckenbürste** gesucht. Biete schwarze Herrenschnürschuhe, wie neu, für Sonntag, Gr. 44. S. T. 1478

**Biete Reifen** 4.00×19 mit Schlauch, 100-proz., suche gleichw. Reifen 4.50×16 mit Schlauch, Zuschr. unt. S. T. 1480

**Biete Drehstähle**, allerbeste Qualität, Schneidklappe, Bosch-Anlasser, suche Herrenfahrrad. S. T. 1481

## Heiraten

**Kaufmann**, selbst. (Großhandel), mit gut., sich. Einkommen, Endfünfzig, elast., jugendl. Ersch., beste Familie, tief. Charakter, ideal veranlagt, led., möchte Dame zw. bald. Heirat kennenlernen. Wohnsitz beliebig, Stadt od. Land. Bildzuschriften unter S. T. 1448

**Kaufmann**, 38 Jahre alt, charakterlich einwandfrei, v. Herzensbildung, mit gut. Einkommen, ersehnt mit nettem, häusl. Mädchen, welches ein gemütl. Heim bereiten kann, Liebesheirat. Angeb. u. NS 2933 an Inst. Frits, Stuttgart-W., Reinsburgstr. 42, 2. St.

**Elektromeister**, 40jähr. Witwer mit 10jähr. Jungen wünscht Einheirat in Geschäftsbetrieb der Elektro- oder einschl. Branche. Zuschr. u. S. T. 1479

**Kriegerwitwe**, ev., 32 J., 1,60 groß, schwarz, ohne Anhang, Wohnung, kompl. Aussteuer (Ersparnis) sucht lb. Lebenskameraden (auch Witwer mit Kind angenehm). Zuschriften unter S. T. 1475

**Aelteste Eheanbahnung Südd.** Frau Erika Hofmann, Stuttgart-W., Gutenbergstraße 9, Tel. 69 815

**Glückliche Ehe** u. einem charaktervoll. Mann treue, fürsorgende Frau werden ist der Wunsch eines netten, häusl. Mädchens Mitte 20, Vollwaise. Ausstatig., Hausbesitz mit Garten u. Barvermögen ist vorhanden, jedoch soll der Besitz nicht entscheiden, sondern die gegenseit. Zuneigung. Anfragen u. BS 2939 an Inst. Frits, Stuttgart-W., Reinsburgstr. 42, 2. St.

**Geschäftstochter**, 32 J., ev., kaufm. gebild., ersehnt baldige Heirat mit einem charaktervollen edlen Menschen eine harmonische u. christl. Ehe einzugehen. Zuschriften unter L. J. 3041 an Inst. Häuffler, Stuttgart-W., Marienstraße 14

## Verschiedenes

**Die nächste Zuchtviehabsatzveranstaltung** für die Zuchtvereine des Verbandes oberschwäbischer Fleckviehzuchtvereine in der französischen Zone findet statt in Riedlingen/Donau am 10. u. 11. Juni 1947. Sonderkörung am 10. 6. 1947 um 13 Uhr. Versteigerung am 11. 6. 1947 um 10 Uhr. Transportbegleitscheine werden am Versteigerungsplatz ausgestellt. Verband oberschwäb. Fle

# Die Sozialdemokratie ruft Euch!

## Unsere wirtschaftlichen Forderungen

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Südwürttembergs geht davon aus, daß der Nationalsozialismus nur möglich war als Produkt der im Verfall begriffenen kapitalistischen Gesellschaftsordnung,

daß die Monopolisierung der deutschen Wirtschaft die freie Konkurrenz längst beseitigte,

daß die Monopole zur Verschärfung der Wirtschaftskrise vor dem Jahre 1933 wesentlich beigetragen haben,

daß die monopolistisch organisierte Klasse der Großkapitalisten sich der NSDAP. bediente, um die Arbeiterbewegung blutig niederzuschlagen und ihre eigene schrankenlose Herrschaft zu errichten,

daß infolgedessen bei aller Anerkennung der Notwendigkeit gründlicher politischer Säuberung die Gefahr faschistischer Umtriebe in Deutschland nur durch Schaffung einer wirklich demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung gebannt werden kann.

**Der Parteitag erklärt daher:**

Aus dem Zusammenbruch, als Folge des Hitlerkrieges, kann sich das deutsche Volk nur erheben, wenn es bewußt eine sozialistische Gesellschaftsordnung schafft.

Es ist Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, im Kampf für den Sozialismus die Führung zu übernehmen. Die Partei wird damit zur Volkspartei im umfassenden Sinne des Wortes; ist doch das Zukunftssehnen der großen Volksmassen Deutschlands sozialistisch orientiert.

Als dringend erforderliche Maßnahmen auf dem Wege aus Not und Elend fordert die Partei:

1. Auflösung aller Monopole, Konzern- und Kartellbindungen, die die deutsche Kapitalistenklasse zum Mißbrauch ihrer Macht benutzte.
2. Ueberführung der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, der Verkehrsbetriebe, der Energiewirtschaft und der Großbanken in Gemeineigentum.
3. Staatliche Kontrolle des gesamten Kreditwesens.
4. Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten bei allen wesentlichen Fertigungs-, Verteilungs- und Verwaltungsfragen durch Wirtschaftsparlamente, Wirtschaftskammern und Betriebsräte.
5. Aufstellung einer Bedürfnis-Rangordnung; planmäßige Lenkung aller wirtschaftlichen Kräfte unter Leitung und Kontrolle demokratisch gewählter Körperschaften nach Richtlinien des Parlaments.
6. Bodenreform, die den Großgrundbesitz auf das Maß bäuerlichen Besitzes beschränkt, damit seiner reaktionären, politischen Rolle entkleidet und arbeitsloses Einkommen unmöglich macht.
7. Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch systematischen Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens. Gewährung von Kunstdünger, Geräten, Kleidungsstücken und Schuhwerk als Leistungsprämien für pflichtbewußte Ablieferungen. Maßnahmen zur Erzielung größerer Wirtschaftsflächen, rationellere Ausgestaltung mit Geräten und Maschinen.
8. Ausbau der Konsumgenossenschaften als Selbsthilfe-Organisation der Verbraucher. Förderung unmittelbarer Zusammenarbeit von Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften zur Verkürzung des Weges von der Erzeugung zum Konsumenten.
9. Einsatz für Gewährung von Rohstoff- und Nahrungsmittelkrediten. Aufhebung der Zonengrenzen und bürokratisch produktionshemmender Kontrollschwierigkeiten. Beendigung weiterer Zerstörungen der deutschen Wirtschaftskraft infolge Entnahme von Maschinen und Arbeitskräften. Freilassung der Kriegsgefangenen, deren Arbeitskraft in erlernten Berufen in der Heimat mehrfachen Nutzen im Vergleich zu ihrer jetzigen Verwendung bringen würde.
10. Eine Währungsreform, die nicht nur den Geld-, sondern auch den Sachwertbesitzer belastet, sozial gerecht ist und eine Vermögensabgabe zur Bereinigung der Kriegsschulden nach sich zieht, die wirklich die größten Vermögen am stärksten mit den Lasten des Krieges und der Niederlage bedenkt.
11. Rationelle Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, somit Erhöhung des Bedarfs an Arbeitskräften und planmäßigen Aufbau neuer arbeitsintensiver industrieller Fertigungen als Voraussetzung für eine bestmögliche Linderung des Flüchtlingselends.
12. Unterbindung jeglichen Einkommens, das nicht in angemessenem Verhältnis zu einer persönlichen, für die Gesellschaft nutzbaren Leistung steht.
13. Volle Unterstützung der sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften.
14. Darüber hinaus Maßnahmen zum Schutze der Lebensgrundlagen für alle, die unverschuldet nicht aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt sichern können.

## Werktätige aus Stadt und Land!

## Kämpft mit uns für

**die freiheitliche Selbstregierung des Volkes,**
**die sozialistische Neuordnung unserer Wirtschaft,**
**die Gleichberechtigung der Schaffenden,**
**den gerechten Lastenausgleich,**
**die christliche Gemeinschaftsschule!**

**Sorgt dafür, daß eine starke sozialdemokratische Landtagsfraktion die Möglichkeiten der Verfassung zu**

**sozialer Gerechtigkeit und geistiger Freiheit**

**nütze, um unserem Land den Weg des Neuaufbaues zu bahnen!**

## Sagt „ja" zur Verfassung!

## Wählt Sozialdemokraten!

## Unser Landesvorsitzender Staatsrat Schmid zur Verfassung

Meine Fraktion wird für die Verfassung stimmen. Der Anfang unseres Werkes schien unter keinem guten Stern zu stehen. Es ist in der ersten Zeit der Tätigkeit des Verfassungsausschusses turbulent zugegangen. Der erste Entwurf, der dem Ausschuß zur Beratung zugestellt wurde, erschien uns nicht als eine geeignete Verhandlungsgrundlage. Wir meinten, daß, wenn dieser Entwurf in seinen Grundzügen erhalten bliebe und daran lediglich Einzelheiten geändert würden, die Unterschiede gegenüber dem Rechtszustand in Nordwürttemberg sich zu sehr vertiefen könnten. Darum in erster Linie haben wir uns in der ersten Zeit der Tätigkeit des Verfassungsausschusses der Mitarbeit enthalten. Diese Haltung, der andere Fraktionen gefolgt sind, hat vielleicht bei unseren Kollegen von der CDU. Mißstimmung erregt. Ich glaube trotzdem, daß dieses Verhalten richtig gewesen ist. Ich glaube, daß durch diesen Schritt die Fronten klargestellt worden sind und die Luft gereinigt wurde, wie es manchmal nach Gewittern zu gehen pflegt. Ich glaube, daß sich die alte Regel bestätigt, daß man am besten in anständiger Weise zusammenkommen kann, wenn man genau festgestellt hat, was einen unterscheidet.

Es ist dann ein neuer Entwurf der Beratung zugrunde gelegt worden, und dieser Entwurf, der von den ersten Entwürfen ganz wesentlich, sowohl was die einzelnen Bestimmungen als auch die gesamte Struktur anbetrifft, abweicht, erschien uns als eine geeignete Verhandlungsgrundlage.

Ich glaube feststellen zu können, daß, was den materiellen Inhalt der Bestimmungen dieser Verfassung anbetrifft, der Rechtszustand in Württemberg-Baden annähernd erreicht ist. Wo sich die beiden Verfassungen unterscheiden, handelt es sich im Grunde um nicht sehr wesentliche Dinge.

Das hier geschaffene Werk erfüllt nicht alle unsere Wünsche. Wir glauben aber, daß das, was in anbetracht der in unserem kleinen Lande herrschenden besonderen soziologischen, weltanschaulichen und strukturellen Verhältnisse von Sozialdemokraten überhaupt erreicht werden kann, hier auch erreicht worden ist. Wir glaubten, daß es besser sei, dem Rahmen des hier und jetzt Möglichen Rechnung zu tragen, innerhalb dessen wir ja alle miteinander leben müssen, als auf Dingen zu bestehen, für die der Unterbau hier nicht vorhanden ist, und die darum nach dem Wort Ferdinand Lassalles vor der Realität nicht mehr hätten bedeuten können, als Papier und Literatur.

Wir glauben, daß die Bestimmungen dieser Verfassung die Möglichkeiten eines echten demokratischen Regimes geben. Es ist in ihr die Souveränität des Volkes gesichert. Sie richtet eine repräsentative Demokratie auf, bei der die Macht im wesentlichen beim Parlament liegt, das seinerseits ein getreuer Ausdruck des Willens des Staatsvolkes ist. Die Regierung ist ihm verantwortlich; und wenn auch in einigen Punkten die Stellung und die Befugnisse, die ihr gegeben sind, weitergehen, als wir es von uns aus beantragt haben würden, so scheint uns doch das hier Beschlossene nicht den Gesetzen einer demokratischen Ordnung zuwiderzulaufen.

Die Verfassung, die nun beschlossen worden ist, enthält einen Katalog der Menschenrechte, dem wir zustimmen können. Der Unterschied gegenüber dem Rechtszustand in Nordwürttemberg ist insoweit ganz unbeachtlich. Wir freuen uns insbesondere darüber, daß auch unsere Verfassung ein Bekenntnis zur Herrschaft des Völkerrechts enthält und ebenso eine Absage an den Krieg, die einer ausdrücklichen Aechtung gleichkommt.

Das Verfassungswerk sieht weiter vor, daß, und das war ein besonderes Anliegen unserer Partei, auf dem Gebiet der Selbstverwaltung der Gemeinden das Universalitätsprinzip herrschen solle, daß also die Gemeinden überall dort ihre Angelegenheiten selbst verwalten können, wo nicht durch ausdrückliches Gesetz die Aufgaben anderen Institutionen übertragen worden sind.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftsverfassung hat sich unser Verfassungswerk klar bekannt zu einer Absage an das Prinzip der Erwerbswirtschaft des liberalen kapitalistischen Zeitalters und sich bekannt zum Prinzip der Bedarfsdeckungswirtschaft und der daraus folgenden Notwendigkeit der Planwirtschaft. Insoweit ist der Text unserer Verfassung identisch mit dem Text, der in Nordwürttemberg gilt. Weiter enthält unser Verfassungswerk einen Artikel, der alle Möglichkeiten für die Durchführung der Sozialisierung, also die Ueberführung von Produktionsmitteln in Gemeineigentum ermöglicht. Wir sind der Meinung, daß die hier gefundene Fassung weitergeht als die in der nordwürttembergischen Verfassung enthaltene, und sind des sehr zufrieden.

Was die Sozialordnung anbetrifft, so verbrieft unsere Verfassung den Anspruch der Menschen, die in unserem Lande wohnen sollen, auf eine Arbeit, die sie ernähren kann, und es ist Vorsorge dafür getroffen, daß die Opfer der Arbeit und des Krieges versorgt werden. Das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist anerkannt und der Streik als ein legitimes Mittel des sozialen Kampfes sanktioniert. Wenn auch unser Verfassungswerk nicht all das vorschreibt, was zum Ausbau einer vollen Wirtschaftsdemokratie gehört, so enthält es doch außerordentlich beachtliche Ansätze dazu, und wir sind davon überzeugt, daß keine ihrer Bestimmungen einer Entwicklung zu immer weiterem Ausbau dieser Wirtschaftsdemokratie im Wege stehen wird. Die Arbeitnehmerschaft hat durch sie das Recht erhalten, gleichberechtigt in den Betrieben an der Gestaltung und Verwaltung und an der Entwicklung der Produktion mitzuarbeiten. Wir hätten es gerne gehabt, wenn man in diesen Dingen noch einen Schritt weitergegangen wäre. Die Mehrheit dieses Hauses ist dagegen gewesen. Wir glauben, daß damit vielleicht eine Gelegenheit versäumt worden ist, jetzt schon ein ganz klares und rundes Bekenntnis zu allen Konsequenzen des großen Gedankens der Wirtschaftsdemokratie auszusprechen; aber ich wiederhole, was ich vorhin sagte: ich bin der Ueberzeugung, daß das, was nun in der Verfassung steht, eine Entwicklung zum Besseren und zum Weiteren nicht absperren kann. Die Verhältnisse, unter denen wir zu leben haben, werden diese Entwicklung erzwingen!

Was das Gebiet der Erziehung und des Unterrichts anbelangt, so haben wir einen Wunsch nicht erfüllt bekommen, nämlich den, die christliche Gemeinschaftsschule schon in der Verfassung und nicht erst im Schulgesetz sanktioniert zu erhalten. Aber so, wie die Verfassung heute lautet, verbaut sie für das kommende Schulgesetz nichts. Man wird einem Antrag unsererseits, in diesem Schulgesetz die christliche Gemeinschaftsschule aufzurichten, nicht den Text der Verfassung entgegenhalten können. So wie der Text des maßgeblichen Artikels heute lautet, wird durch die Verfassung keine andere Lage geschaffen, als wenn in ihr überhaupt nichts über die Form der Schule stünde; denn eine christliche Schule wollen wir ja alle! Ich freue mich besonders, daß die Verfassung in diesem Abschnitt Bestimmungen enthält, die eine Demokratisierung des Bildungswesens gebieten; denn wir müssen uns klar darüber sein, daß ohne eine solche all unser Bemühen um eine lebendige Demokratie vergebens sein wird.

Es kommt alles darauf an, daß der Landtag, der nun gewählt werden wird, nun auch ein Gesetzgebungswerk schafft, das aus dem Geist dieser Verfassung die Realität der Zukunft macht. Es müssen die Einrichtungen geschaffen werden, und zwar sehr bald, die notwendig sind, um insbesondere das Wirtschaftsprogramm und das Sozialprogramm zu entwickeln, dessen Grund in der Verfassung gelegt ist. Vor allem aber gilt es, eines hier klar zu erkennen: was wir hier geschaffen haben, das ist kein endgültiges Haus, sondern das ist ein Notgebäude. In einem endgültigen Hause werden wir im Bereich unseres Lebens als Württemberger erst leben können, wenn die beiden Hälften des Landes wieder zusammengewachsen sind. Und bald, so hoffen wir, wird man auch daran gehen können, eine Verfassung für Deutschland zu schaffen; denn solange das nicht geschehen ist, ist auch eine Verfassung für ganz Württemberg nur ein vorläufiges Werk und nur ein Nothaus. Ich schließe mit dem Wunsche, daß das, was hier geschah, zum Segen unseres kleinen und unseres großen Vaterlandes gedeihen möge.

**Aus der Rede am Schluß der Verfassungsdebatte der Landesversammlung am 22. 4. 1947, früh 3 Uhr.**

## Die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei

### Die sozialdemokratische Landesliste

1. Prof. Dr. Karl Schmid, Staatsrat, Tübingen, 1. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Südwürttemberg-Hohenzollern.
2. Fritz Fleck, Tuttlingen, 1. Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes Südwürttemberg-Hohenzollern, Mitglied des Landesvorstands der SP.
3. Elise Berkmann, Tübingen, Hausfrau, Mitglied des Landesvorstandes der SP.
4. Christian Benz, Reutlingen, Lederarbeiter, Vorsitzender der Fachgruppe Textil des Gewerkschaftsbundes Südwürttemberg-Hohenzollern.
5. Melani Heide-Herwig, Freudenstadt, Hausfrau.
6. Jakob Nill, Bodelshausen, Schreinermeister und Bauer.
7. Josef Schneider, Schramberg, Abteilungsleiter.
8. Fritz Auch, Rottenburg, Betriebsleiter.
9. Wunibald Lutz, Krauchenwies, Rentner.
10. Erwin Geist, Schwenningen, Mechaniker, Mitglied des Landesvorstandes der SP., Landessekretär der „Falken".

### Spitzenkandidaten der Sozialdemokratischen Partei in den Kreisen

Balingen: 1. V. Renner, Staatssekretär. 2. Fritz Mebold, Gastwirt.

Biberach: 1. F. Erler, Landrat. 2. A. Mönch, Gemeindeangestellter.

Calw: 1. Dr. Roser, Oberregierungsrat. 2. Alfons Brenner, Gemeindeangestellter.

Ehingen: 1. Fr. Scholl, Friseurobermeister. 2. Joh. Ziegler, Schlossermeister.

Freudenstadt: 1. Nik. Schmitt, Gewerkschaftsangestellter. 2. Joh. Mast, Baiersbronn.

Meßkirch: 1. Josef Kunz, Meßner. 2. Fabian Zintgraf, Schreiner.

Horb: 1. Franz Algeidinger, Kaufmann. 2. Paul Faulhaber, Mechaniker.

Münsingen: 1. A. Wiedemann, Weber. 2. J. Lechner, Schlossermeister.

Ravensburg: 1. Karl Müller, kaufm. Angestellter. 2. Franz Schnell, Kontrolleur.

Reutlingen: 1. Oskar Kalbfell, Oberbürgermeister. 2. Otto Künzel, Ministerialrat.

Rottweil: 1. Herbert Holzhauer, Verleger. 2. Albert Bauer, Buchhändler.

Saulgau: 1. A. Musch, Buchdrucker.

Sigmaringen: 1. August Lamprecht, Zahntechniker. 2. Adolf Waldner, Bürgermeister.

Tettnang: 1. Anton Sommer, Werkmeister. 2. Ernst Höse, Konstrukteur.

Tübingen: 1. Adolf Hartmayer, Oberbürgermeister. 2. Franz Schmid, Krankenkassenangestellter.

Tuttlingen: 1. Eugen Rosenfeldt, Polizei-Oberkommissar. 2. Josef Schnell, Landwirt und Gastwirt.

Wangen: 1. Gustav Schmid, Landwirt. 2. Erich Meier, Arbeiter.

**Wir wollen nicht die Verstaatlichung des Menschen, sondern die Vermenschlichung des Staates.** **Pestalozzi**

## Die Sozialdemokratie an die Bauern

Wir in der SP. organisierten Bauern fordern von der kommenden Volksvertretung die Berücksichtigung der kleinen und mittleren Landwirte.

Wesentliche Voraussetzungen hierfür sind:

1. Vermehrung und wirtschaftliche Stärkung der bäuerlichen Eigentümer durch eine gerechte Bodenreform und durch Eingliederung aller in der Landwirtschaft tätigen Menschen in eine gerechte soziale Ordnung, um ihre Arbeitsfreude und damit ihre Leistungsfähigkeit zur vollen Entfaltung zu bringen.
2. Intensivierung der Landwirtschaft zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung nach Menge und Gehalt durch Flurbereinigung, Unterbindung der Landzersplitterung, Bodenverbesserung und Drainage und durch Nutzbarmachung der Forschungsergebnisse für die kleinen und mittleren Betriebe.
3. Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden (gemeinsame Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte, von Saatgut und Düngemitteln zu erschwinglichen Preisen).
4. Unterbindung des Tauschhandels durch Erfassung und Verteilung der allernotwendigsten Verbrauchsgüter auf ähnliche Art, wie es mit den landwirtschaftlichen Erzeugnissen schon lange der Fall ist. Sie müssen dem Landwirt in dem notwendigen Umfang zugeteilt werden.
5. Steigerung der Rentabilität durch Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher über die Verbrauchergenossenschaften. Sie sollen die Zwischengewinne ausschalten, die heute noch nach der einen Seite die Erzeugerpreise drücken und nach der anderen Seite dem Verbraucher den Lebensunterhalt verteuern. Die Landwirtschaft muß auf eine solche Stufe gestellt werden, daß sie ihren Arbeitskräften Löhne zahlen kann, die sich den Industriearbeiterlöhnen annähern. So würde der Landflucht wirksam vorgebeugt und der landwirtschaftliche Kräftebedarf sichergestellt.
6. Schutz der Pächter. Pächter landwirtschaftlich nutzbarer Flächen und landwirtschaftliche Betriebe müssen so gesichert werden, daß sie alles Interesse haben, ihre Arbeitskraft in das gepachtete Land zu stecken. Landwirtschaftlich nutzbarer Grundbesitz der öffentlichen Hand, gemeinnütziger Körperschaften, Genossenschaften und Kirchen darf nur im Wege der Erbpacht oder zu einem so niedrigen Preis vergeben werden, daß die Pachtsumme nur eine unwesentliche Schmälerung des Arbeitsertrages bedeutet.

Wir sozialdemokratischen Bauern erklären uns gegen die Kluft zwischen Stadt und Land. Die Stadtbevölkerung erneuert sich seit je zum größten Teil aus den abgewanderten Söhnen und Töchtern der Landwirte. Die heutige Notzeit lehrt uns, daß Stadt und Land gemeinsam denken und handeln müssen.

Die Verwirklichung unserer Forderungen ist nur im Rahmen einer wahren demokratischen Staatsordnung möglich. Den Weg hierzu öffnet die von der Landesversammlung beschlossene Verfassung.

Wir sozialdemokratischen Bauern achten das Christentum und verwahren uns energisch dagegen, daß eine Partei das Wort „christlich" für sich allein beansprucht und mißbraucht. Wir setzen uns ein für das Christentum der Tat!

Darum rufen wir alle Bauern des Landes auf:

Sagt „ja" zur Verfassung! Wählt Sozialdemokraten!

Adolf Waldner, Bauer, Langenenslingen, 2. SP.-Kandidat des Kreises Sigmaringen,

Gustav Schmid, Bauer, Isny/Berg, SP.-Spitzenkandidat des Kreises Wangen,

Rudolf Hack, Bauer, Ohmenhausen, Mitglied des Landesvorstandes der SP.,

Josef Schnell, Bauer, Fridingen, 2. SP.-Kandidat des Kreises Tuttlingen.

## Um unsere Kriegsgefangenen

Die Teilnehmer des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Südwürttembergs und Hohenzollerns in Reutlingen senden Grüße an alle unsere Kriegsgefangenen im Ausland und in Deutschland.

Sie richten die Bitte an die Regierungen der Welt: „Gebt unseren Kriegsgefangenen so schnell als möglich ihre Freiheit wieder!" Insbesondere erbitten sie die Rückkehr der sich noch in Gefangenschaft befindenden Frauen sowie der antifaschistischen Kriegsgefangenen.

Sie appellieren an den guten Willen der UdSSR., die Sorge von Hunderttausenden zu nehmen, die in drückender Ungewißheit über das Schicksal ihrer noch nicht heimgekehrten Angehörigen sind.

Millionen deutscher Menschen fehlen beim politischen und wirtschaftlichen Neubau Deutschlands. Ihre Rückkehr in die Heimat und zu ihren Familien wird dazu beitragen, daß ein schnellerer Wiederaufbau Deutschlands und damit Europas möglich sein wird.

Die zurückgekehrten Kriegsgefangenen werden die besten Kämpfer für den Friedensgedanken sein. Sie werden sich gemeinsam mit uns für die Verwirklichung eines dauernden Friedens einsetzen.

Wir Sozialdemokraten bekennen, daß wir den Krieg ächten! Er ist kein geeignetes Mittel zur Beilegung von Differenzen zwischen den Völkern. Wir wollen den wahren Frieden und die Völkerverständigung!

Entschließung des Parteitags in Reutlingen am 22. und 23. Februar 1947.

# Jungwähler!

Der deutsche Staat ruft Euch am 18. Mai zur Wahl und zur Abstimmung über die Länderverfassungen der französischen Zone. Viele von Euch hören unmutig auf diesen Ruf, viele zögern, ihm zu folgen. Viele von Euch sind mit Recht mißtrauisch geworden gegen alles, was Politik und erst recht Parteipolitik heißt. Habt Ihr doch lange Jahre Eures Lebens, ja oft Gesundheit und Unversehrtheit dem Staate, der Politik geopfert, geopfert in reiner Absicht und doch zu einem Zwecke, der Euch rückschauend als sinnlos, ja verbrecherisch erscheinen muß.

Was liegt Euch da näher, als Euch jetzt von allem Politischen zurückzuziehen, Euch Euren privaten Neigungen zu widmen, die durch die privaten Nöte jedes einzelnen genugsam gefährdet und eingeschränkt sind! Und doch liegt Eurem Verhalten ein schwerer Denkfehler zugrunde: Ihr glaubt, Euch von der Politik fernhalten zu können, Ihr glaubt, einen privaten Bereich sichern zu können, der unberührt vom Politischen bliebe. Ein solches Biedermeier-Idyll gibt es nicht mehr. In Zeiten wie den unsrigen kann das Privatleben nicht durch Rückzug aus der Politik gerettet werden, es muß vielmehr politisch erkämpft und mit politischen Mitteln gesichert werden, um nicht unversehens von den Rädern der Politik zermalmt zu werden. Wer die hohen Werte der persönlichen Freiheit, der geistigen Weite, der bürgerlichen Selbstverantwortung liebt und ohne sie nicht leben kann, der muß mithelfen, sie im politischen Leben durchzusetzen. Wo die Bürger politisch nicht mithandeln, wird der Staat allmächtig, gewinnen staatliche und parteiliche Bürokratie die Oberhand; und bald wird das Privatleben, das Ihr Euch zu sichern glaubtet, zur Sklaverei, wird es überwuchert von Befehl, Kommando, Überwachung und Beaufsichtigung, unter denen ein freier Mensch nicht leben kann, weder politisch, noch privat.

Die Mitwirkung aller in Staat und Wirtschaft, gleichen Rechtes und gleicher Mitverantwortung, ist der letzte Grundsatz der Sozialdemokratie. Denn Sozialismus ist nichts anderes als die wirtschaftliche Voraussetzung echter Demokratie und zugleich die Folge der demokratischen Gestaltung des Wirtschaftslebens, in Gesamtplanung und im einzelnen Betrieb.

Zu solcher Mitwirkung, Jungwähler, rufen wir Euch auf: Gebt Eure Stimme der Partei des Neuaufbaus Deutschlands im Geiste der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerverständigung!

**Wählt sozialdemokratisch!**
**Arbeitet nach der Wahl mit uns für soziale Gerechtigkeit,**
**für geistige Freiheit und für den Frieden!**
**Tretet zu uns Jungsozialisten!**

# Demokratie und Selbstverwaltung

*Von Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid*

In Deutschland hat sich mit dem Begriff Selbstverwaltung im Laufe der letzten Jahrzehnte, vielleicht sogar schon im ganzen letzten Jahrhundert, ein seltsamer Wandel vollzogen. Die Gedanken des Freiherrn vom Stein sind zwar in aller Mund, aber nur die wenigsten haben sich die Mühe gegeben, sich genau anzusehen, was sich dieser große Mann unter Selbstverwaltung vorgestellt hat. Im allgemeinen versteht man, wenn man von Selbstverwaltung spricht, in Deutschland nicht sehr viel mehr, als daß man in den staatlichen Aufbau hinein etwas wie Oasen projiziert, in denen dann außerhalb des Kreislaufes der staatlichen Organisation und Hierarchie sich ein anderer Kreislauf vollzieht, der durchaus auch eine bürokratische Angelegenheit sein kann. Es hat aber mit den Gedanken des Freiherrn vom Stein nichts zu tun, an die Stelle der staatlichen Verwaltung oder neben die staatliche Verwaltung nun eine andere bürokratische Verwaltung, nämlich eine kommunale oder sonstige Verwaltung, zu stellen. Wenn wir mit den großen Gedanken Ernst machen wollen, müssen wir das Problem Selbstverwaltung wieder an der Grundlage anfassen. Wenn wir das tun, so müssen wir zwangsläufig dazu kommen, unter Selbstverwaltung nichts anderes zu verstehen als eine besondere Anwendungsform des demokratischen Gedankens überhaupt. Was ist denn Demokratie, diese so viel genannte heute? Im Grunde bedeutet es nicht viel anderes, als daß die, die von den hoheitlichen Dingen betroffen werden, selber an der Bildung des Willens verantwortlich mitarbeiten, der die Gemeinschaft regieren soll, in der sie sich befinden, und daß sie sich auch an der Ausführung dieses also gebildeten Willens aktiv und verantwortlich beteiligen. Demokratie ist nicht viel anderes als Unmittelbarkeit der Aktivität der Bürger einer Gemeinde oder eines Staates in allen öffentlichen Dingen.

Wir müssen mit dieser Demokratie in erster Linie dort beginnen und ganz Ernst machen, wo sich ihre Grundprinzipien am reinsten verwirklichen lassen, und das ist die Gemeinde, die Gemeinde deswegen, weil sie der kleinste und vom Einzelnen überschaubare Verband ist, der unser Gemeinschaftsleben außerhalb der privaten Sphäre regelt. Selbstverwaltung der Gemeinden ist also nicht sehr viel anderes als Demokratie im territorialen Rahmen der Gemeinde selbst. Die Gemeinde ist der Ort, an dem sie am reinsten verwirklicht werden kann. Sie ist der Ort, an dem sie am gesündesten entwickelt werden kann. Sie ist einerseits Selbstzweck und andererseits Vorbereitung auf die Verwirklichung der Demokratie in höheren Verbänden und ermöglicht daher gleichzeitig ein Ausleseverfahren, in dem die Menschen herausgefunden werden können, die sich in höheren Verbänden, als es die Gemeinde ist, um das Vertrauen ihrer Mitbürger werden bewerben können. Wir müssen also, wenn wir von der Selbstverwaltung der Gemeinde sprechen, in erster Linie daran denken, daß die Gemeinde die vollste, die größte und reinste Möglichkeit bietet, in der wir es mit der Demokratie ganz ernst meinen können. Das setzt voraus, daß wir bei unserer Gemeindeordnung uns überlegen, wie weit wir die Zuständigkeiten der Gemeinden ziehen wollen. Es gibt hier die Möglichkeit, den Gemeinden bestimmte Zuständigkeiten von Staats wegen zuzuschreiben mit der Folge, daß die Gemeinde dort zuständig ist, wo ihr eine Zuständigkeit ausdrücklich erteilt wurde. Es gibt aber auch ein anderes Prinzip, das man das Universalitätsprinzip nennt, und das besagt, daß die Gemeinde grundsätzlich zuständig ist in all den Dingen, die sie auf ihrem Gebiet in Anspruch nimmt, und daß sie nur dort nicht zuständig ist, wo diese Zuständigkeit ihr vom Staat entzogen worden ist, entweder so, daß hier überhaupt keine öffentliche Gewalt ausgeübt werden soll, oder daß der Staat deren Ausübung für sich in Anspruch nimmt. Am weitesten geht man in diesem Universalitätsprinzip in der Schweiz oder in England, oder in den Vereinigten Staaten. In diesen Ländern kennt man den Begriff der Selbstverwaltung in unserem Sinne nicht, denn Selbstverwaltung setzt ja voraus, daß prinzipiell die Staatsverwaltung den einzelnen Menschen unmittelbar erfaßt. In diese universale Staatsverwaltung hinein werden dann gewisse Lücken gebrochen und diese Lücken überträgt man dann der sogenannten Selbstverwaltung. In den drei Ländern, von denen ich sprach, ist es anders. Dort erstreckt sich die unmittelbare Staatsgewalt in all dem, was wir allgemein Verwaltung nennen, gar nicht bis zu dem einzelnen Bürger hin, sondern dort ist die Gemeinde mit ihren gewählten Organen die Ebene, in der der einzelne Mensch mit der Gemeinschaft, mit der „Autorität" — nennen wir das einmal so — in Kontakt tritt. Die Gemeinde ist also dort, wenn man so will, die untere Instanz des öffentlichen Lebens überhaupt. Sie ist dort schlechthin universal zuständig; und diese Zuständigkeit erstreckt sich auch auf das Finanzrecht, die Schule und auf vieles andere mehr. So weit werden wir wahrscheinlich nicht gehen können. Dem stehen Traditionen entgegen, die man nicht so ohne weiteres aufheben kann. Ich möchte mir aber wünschen, daß wir bei uns die Grenzen des Universalprinzips so weit als möglich ziehen, daß wir also so viel als möglich des öffentlichen Lebens in die Gemeindeebene verlegen, noch mehr als dies bis heute der Fall ist. Nur wenn wir das so machen, werden wir unsere Mitbürger und uns selbst an eine regelrechte Demokratie gewöhnen können, denn Demokratie, die nur beschränkt ist auf relativ beschränkte Tatbestände, wird sich nie zu politischer Fruchtbarkeit erheben können.

... Wir sollten das Problem der „Demokratie und Gemeindeverwaltung" sehr ernst nehmen. Im Grunde ist der Staat ja nichts anderes als ein „Verein" von Gemeinden, wie es so schön die württembergische Gemeindeordnung vom Anfang des letzten Jahrhunderts ausgedrückt hat. Nur wenn wir gesunde Gemeinden haben, werden wir einen gesunden Staat haben, und nur aus gesunden Gemeinden wird eine gesunde und starke Demokratie herauswachsen, denn eine Demokratie kann man nicht von oben herunter oktroieren, eine Demokratie muß von unten her werden. Demokratie ist ja nichts anderes als die Uebertragung des urdeutschen Genossenschaftsprinzips in moderner Form auf alle Zweige unseres Lebens, auf das Leben in der Gemeinde, auf das Leben im Staate und auf das Leben in der Gesellschaft. Wenn wir unsere Gemeinden demokratisch aktivieren und ihr Leben so breit ausbauen wie möglich und dabei so sehr intensivieren, als es möglich ist, dann leisten wir unserem Volk einen Dienst, von dem es sehr viel mehr haben wird, als nur eine gut besorgte Verwaltung seiner Gemeinden.

## Appell an die Vernunft

*Aus der „Deutschen Ansprache" von Thomas Mann am 17. Oktober 1930 zu Berlin*

Ich bekannte mich vor Ihnen, meine geehrten Zuhörer, zu meiner bürgerlichen Herkunft und den kulturellen Ueberlieferungen, die sie in sich schließt. Ich kenne die weltanschauliche Abneigung wohl, die deutsche Bürgerlichkeit gegen den Sozialismus, gegen das, was man „marxistische Gedankengänge" nennt, von Instinkt wegen hegt. Die Vorherrschaft des Klassengedankens vor denen des Staates, des Volkes, der Kultur; der ökonomische Materialismus: ich weiß, das ist bürgerlicher Ueberlieferung nicht geistig genug. Es ist wahr: der bürgerliche Kulturgedanke entstammt geistiger Sphäre, während die gesellschaftliche Klassenidee ihre rein ökonomische Herkunft nicht verleugnen kann. Aber der Augenblick ist längst gekommen, zu erkennen, daß die gesellschaftliche Klassenidee weit freundlichere Beziehungen zum Geist unterhält, als die bürgerlich-kulturelle Gegenseite, die nur zu oft zu erkennen gibt, daß sie die Berührung mit dem lebendigen Geist, die Sympathie mit seinen Lebensforderungen verloren und verlernt hat. Ich sprach einmal von dem krankhaften und gefahrdrohenden Spannungsverhältnis, das in der Welt sich hergestellt habe zwischen dem Geist, dem von den Spitzen der Menschheit eigentlich bereits erreichten und innerlich verwirklichten Erkenntnisstande — und der materiellen Wirklichkeit, dem, was in ihr noch immer für möglich gehalten wird. Diese beschämende und gefährliche Diskrepanz zu tilgen, legt aber die sozialistische Klasse, die Arbeiterschaft, einen unzweifelhaft besseren und lebendigeren Willen an den Tag als ihr kultureller Widerpart, handle es sich nun um die Gesetzgebung, die Rationalisierung des Staatslebens, die internationale Verfassung Europas oder um was immer. Die sozialistische Klasse ist, im geraden Gegensatz zum bürgerlich-kulturellen Volkstum, geistfremd nach ihrer ökonomischen Theorie, aber sie ist geistfreundlich in der Praxis, — und das ist, wie heute alles liegt, das Entscheidende ...

Wenn ich der Ueberzeugung bin — einer Ueberzeugung, für die es mich drängte nicht nur meine Feder, sondern auch meine Person einzusetzen —, daß der politische Platz des deutschen Bürgertums heute an der Seite der Sozialdemokratie ist, so verstehe ich das Wort „politisch" im Sinn dieser inneren und äußeren Einheit. Marxismus hin, Marxismus her, — die geistigen Ueberlieferungen deutscher Bürgerlichkeit gerade sind es, die ihr diesen Platz anweisen; denn nur der Außenpolitik, die der deutsch-französischen Verständigung gilt, entspricht eine Atmosphäre im Inneren, in der bürgerliche Glücksansprüche wie Freiheit, Geistigkeit, Kultur überhaupt noch Lebensmöglichkeit besitzen. Jede andere schlösse eine nationale Askese und Verkrampfung in sich, die den furchtbarsten Widerstreit zwischen Vaterland und Kultur und damit unser aller Unglück bedeuten würde.

## Die SP. zur Flüchtlingsfrage

Angesichts des offen zutage liegenden Elends der Flüchtlinge ist sich die Sozialdemokratische Partei Südwürttembergs bewußt, daß den in unserem Lande aufgenommenen und noch aufzunehmenden Neubürgern, die nicht nur ihre Existenz, ihr Hab und Gut, sondern auch ihre Heimat verloren haben, jede nur mögliche Hilfe gebracht werden muß. Der Parteitag fordert daher die Regierung und die Beratende Landesversammlung Südwürttembergs auf, schnellstens Maßnahmen zu treffen, welche das Recht der Flüchtlinge mindestens in folgenden Punkten sichern:

1. Die Unterbringung in Sammelunterkünften darf nur solange dauern, wie es die ärztliche und sonstige Ueberprüfung und die Vorbereitung der Verteilung auf die Gemeinden unbedingt erforderlich machen. Die Ausgewiesenen sind so schnell als möglich ihren künftigen Wohngemeinden zur Unterbringung in Privatunterkünften zuzuweisen.
2. Alle Gemeinden, auch soweit sie noch keine Ausgewiesenen aufgenommen haben, sollen den erforderlichen Wohnraum auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 und der Rechtsanordnung vom 31. Mai 1946 mit größter Beschleunigung bereitstellen. An den Wohnungsausschüssen sind nicht nur die politischen Parteien, die Gewerkschaften, die Wohlfahrtsverbände und die Behörden, sondern auch die Neubürger selbst zu beteiligen. Bei der Unterbringung der Neubürger ist darauf zu achten, daß Familien nicht getrennt werden.
3. Hilfsbedürftige Neubürger sind nach den Richtsätzen der gehobenen Fürsorge zu betreuen. Darüber muß sofort die Versorgung der Neubürger mit den Gegenständen des dringendsten Bedarfs (Kleidung, Hausrat, Möbel) vorbereitet werden. Bei der Größe des Bedarfs wird es vor allem auf eine entsprechende Lenkung und Verteilung der Neuproduktion ankommen.
4. Auf keinem Gebiet des Rechtes der Verwaltung und der Wirtschaft dürfen Unterschiede zwischen Alt- und Neubürger gemacht werden.
5. Die Organe des Staates und der Wirtschaft müssen alle Bemühungen darauf richten, die Neubürger möglichst schnell in eine produktive Tätigkeit zu bringen, um sie damit wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen (z. B. Produktionsgenossenschaften, Ausbau arbeitsintensiver Industrien, Intensivierung der Landwirtschaft, Siedlungs- und Wohnbauprogramme).

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Erler, Biberach, Dr. Dieter Roser, Tübingen

**Selbständig Politisch Denken!**